Allianz SE

Geschäftsbericht 2009

Durch Klick ➤➤ auf die jeweiligen Kapitel (Headlines oder Seitenangaben) gelangen Sie direkt an den Kapitelanfang

Inhalt

2 Bericht des Aufsichtsrats
8 Mitglieder des Aufsichtsrats
9 Mitglieder des Vorstands

11 Lagebericht der Allianz SE
12 Zusammenfassung und Ausblick
18 Geschäftsverlauf nach Rückversicherungszweigen
20 Bilanzanalyse
23 Risikobericht
52 Erklärung zur Unternehmensführung, Corporate-Governance-Bericht und Vergütungsbericht
74 Sonstige Angaben

80 Jahresabschluss

83 Anhang
83 Grundlagen der Darstellung
83 Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden
86 Angaben zu den Aktiva
90 Angaben zu den Passiva
96 Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung
99 Sonstige Angaben
103 Versicherung der gesetzlichen Vertreter
104 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
105 Mandate der Aufsichtsratsmitglieder
106 Mandate der Vorstandsmitglieder
109 Abkürzungsverzeichnis

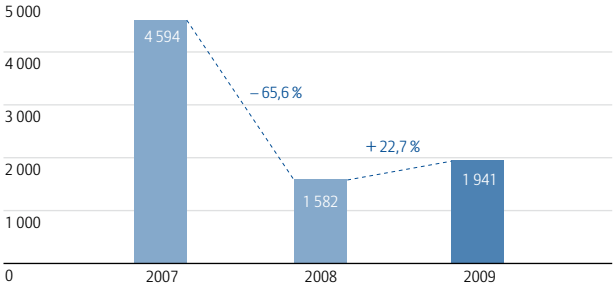
Allianz SE auf einen Blick

		2009	Veränderung zum Vorjahr in %	2008	Veränderung zum Vorjahr in %	2007	Veränderung zum Vorjahr in %	Mehr dazu auf Seite
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio €	3 811	10,5	3 449	– 2,4	3 533	– 19,4	18
Selbstbehaltsquote	in %	82,9	– 0,1 Pkt	83,0	15,2 Pkt	67,8	2,3 Pkt	12
Schadenquote f. e. R. Schaden/Unfall	in %	63,4	1,8 Pkt	61,6	3,8 Pkt	57,8	– 2,9 Pkt	12
Kostenquote f. e. R. Schaden/Unfall	in %	26,7	– 2,6 Pkt	29,3	0,9 Pkt	28,4	0,8 Pkt	12
Combined Ratio f. e. R. Schaden/Unfall	in %	90,1	– 0,8 Pkt	90,9	4,7 Pkt	86,2	– 2,1 Pkt	18
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	Mio €	325	73,8	187	– 32,7	278	– 11,6	12
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	Mio €	679	n/a	– 68	n/a	388	6,5	13
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	Mio €	983	– 8,0	1 069	– 71,0	3 684	37,1	
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	Mio €	1 662	66,0	1 001	– 75,4	4 072	33,4	
Steuern	Mio €	279	– 52,0	581	11,3	522	– 45,9	
Jahresüberschuss	Mio €	1 941	22,7	1 582	– 65,6	4 594	14,3	14
Kapitalanlagen	Mio €	87 442	0,5	87 018	2,6	84 782	0,2	20
Eigenkapital	Mio €	42 309	1,0	41 882	– 1,5	42 525	16,0	21
Versicherungstechnische Rückstellungen f. e. R.	Mio €	9 780	– 0,7	9 850	5,0	9 384	– 10,5	
Dividende je Aktie	€	4,10[1)]	17,1	3,50	– 36,4	5,50	44,7	14
Dividendensumme	Mio €	1 861	17,8	1 580	– 36,1	2 472	50,7	14
Aktienkurs zum Jahresende	€	87,15	16,2	75,00	– 49,3	147,95	– 4,4	
Marktkapitalisierung zum Jahresende	Mio €	39 557	16,4	33 979	– 49,0	66 600	– 0,4	

[1)] Vorschlag

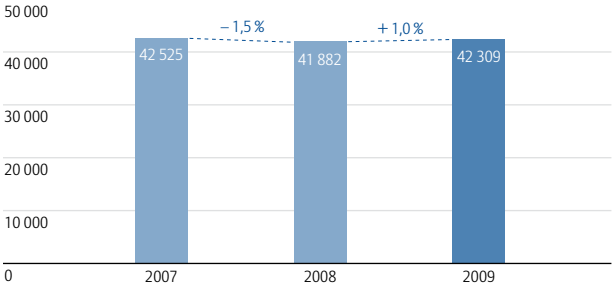
Jahresüberschuss

in Mio €



Eigenkapital

in Mio €



Bericht des Aufsichtsrats

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Aufsichtsrat nahm im Geschäftsjahr 2009 die ihm nach Gesetz und Satzung obliegenden Aufgaben wahr. Wir überwachten die Geschäftsführung der Gesellschaft und berieten den Vorstand bei der Leitung des Unternehmens. In alle Entscheidungen, die für das Unternehmen von grundlegender Bedeutung waren, wurden wir eingebunden.

Im Rahmen unserer Überwachungs- und Beratungstätigkeit ließen wir uns vom Vorstand regelmäßig, zeitnah und umfassend berichten, und zwar sowohl schriftlich als auch mündlich. Der Vorstand informierte uns über den Gang der Geschäfte, die wirtschaftliche und die finanzielle Entwicklung sowohl der Allianz Gruppe als auch der Allianz SE. Weitere Hauptpunkte der Berichterstattung waren die Risikosituation und das Risikomanagement, Compliance-Themen sowie grundsätzliche Fragen der Unternehmensstrategie. Auf der Grundlage der Berichterstattung des Vorstands erörterten wir in den Aufsichtsratssitzungen ausführlich die Geschäftsentwicklung sowie für das Unternehmen wichtige Entscheidungen und Vorgänge. Außerdem befassten wir uns mit der Planung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2010 und der mittelfristigen Planung sowie mit den Abweichungen des tatsächlichen Geschäftsverlaufs von den Planungen. Darüber hinaus berieten wir eingehend über die Vergütung des Vorstands, verabschiedeten ein neues Vergütungssystem ab dem Jahr 2010 und setzten die künftige Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder fest.

Im Geschäftsjahr 2009 hielt der Aufsichtsrat fünf Sitzungen und eine telefonische Aussprache ab. Die regulären Sitzungen fanden im März, im April, im September und im Dezember statt. Im Januar 2009 hielt der Aufsichtsrat eine außerordentliche Telefonkonferenz im Zusammenhang mit dem Verkauf der Dresdner Bank AG an die Commerzbank AG ab. Darüber hinaus wurde im Februar 2009 im Anschluss an die Sitzung des Prüfungsausschusses eine Aussprache über den Dividendenvorschlag des Vorstands durchgeführt, bei der alle Aufsichtsratsmitglieder die Möglichkeit hatten, sich telefonisch zuzuschalten. In der Zeit zwischen den Sitzungen informierte der Vorstand uns laufend schriftlich über wichtige Vorgänge. Der Aufsichtsratsvorsitzende wurde darüber hinaus ständig von wesentlichen Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt.

Die Vorstandsberichte zur Geschäftslage und Referate zu besonderen Themen waren von schriftlichen Präsentationen und Unterlagen begleitet, die jeweils vor der Sitzung zur Vorbereitung an jedes Aufsichtsratsmitglied geschickt wurden. Gleiches gilt für alle Abschlussunterlagen und Prüfungsberichte des Abschlussprüfers. Soweit die in diesem Bericht näher dargestellten Geschäftsführungsmaßnahmen der Zustimmung des Aufsichtsrats oder eines seiner Ausschüsse bedurften, wurde hierüber Beschluss gefasst. Über die satzungs- oder geschäftsordnungsmäßigen Anforderungen hinaus hat der Aufsichtsrat keine weiteren Zustimmungsvorbehalte festgelegt.

Breites Themenspektrum im Aufsichtsratsplenum

In allen Aufsichtsratssitzungen des Berichtsjahrs 2009 mit Ausnahme der Telefonkonferenz im Januar 2009 erläuterte uns der Vorstand, wie sich Umsatz und Ergebnis im Konzern entwickelten; ferner ging er auf den Verlauf in den einzelnen Geschäftssegmenten näher ein und berichtete über die Finanzlage. Kontinuierlich wurden wir vom Vorstand über das Hartford-Investment, das US-Lebensversicherungsgeschäft, das Allianz Banking und die Entwicklung des Kreditversicherungsgeschäfts bei Euler Hermes informiert und berieten über den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten.

Einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit im Aufsichtsrat bildete die weltweite Finanz- und Kapitalmarktkrise, die sich in der Folge der US-amerikanischen Immobilien- und Hypothekenmarktturbulenzen entwickelte. Wir ließen uns vom Vorstand fortlaufend die Auswirkungen auf die Allianz Gruppe erläutern. Besonderes Augenmerk richteten wir dabei auf die möglichen Konsequenzen für die Risikosituation und die Liquiditätsausstattung. Wir erörterten mit dem Vorstand auch die Bewertungsfragen und den aus den Marktstörungen abzuleitenden weiteren Handlungsbedarf.

Nachdem der Aufsichtsrat sich in mehreren Sitzungen im Jahr 2008 mit dem Verkauf der Dresdner Bank an die Commerzbank befasst hatte, trat er am 6. Januar 2009 hierzu noch einmal zu einer außerordentlichen Telefonkonferenz zusammen. Vor dem Hintergrund der Marktentwicklung im vierten Quartal 2008 war über eine Beteiligung der Allianz an einer weiteren Kapitalstärkung der Bank im Zusammenhang mit dem Vollzug zu beraten und Beschluss zu fassen. Der Aufsichtsrat erteilte den vorgestellten Maßnahmen seine Zustimmung. Auf diese Weise konnte ein zügiger Abschluss der Dresdner-Bank-Transaktion am 12. Januar 2009 sichergestellt werden.

In der Sitzung am 11. März 2009 wählte der Aufsichtsrat zunächst Herrn Rolf Zimmermann auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats, nachdem Frau Eggert-Lehmann mit dem Verkauf der Dresdner Bank aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden war. Der Aufsichtsrat stimmte der Verlängerung der Vorstandsmandate der Herren Dr. Achleitner und Dr. Zedelius bis zum 31. Dezember 2014 zu. Das Mandat von Herrn Dr. Faber wurde mit Blick auf die Vollendung seines 60. Lebensjahrs im Jahr 2010 bis zum 31. Dezember 2010 verlängert. In der weiteren Sitzung befassten wir uns vor allem mit dem Jahres- und dem Konzernabschluss sowie dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands für das Geschäftsjahr 2008. Auf der Grundlage des Berichts des Vorstands haben wir weiter über die Auswirkungen des Dresdner-Bank-Verkaufs beraten. KPMG berichtete über die wesentlichen Feststellungen der Abschlussprüfung. Dem Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag der Allianz SE mit der Allianz Shared Infrastructure Services SE erteilte der Aufsichtsrat aufgrund der schriftlichen und der mündlichen Erläuterungen des Vorstands die erforderliche Zustimmung. Darüber hinaus befasste sich der Aufsichtsrat mit der Tagesordnung für die Hauptversammlung 2009 der Allianz SE und verabschiedete die Beschlussvorschläge des Aufsichtsrats an die Hauptversammlung. Außerdem machten wir uns anhand eines schriftlichen und mündlichen Berichts des Vorstands im Einzelnen ein Bild über Aufbau und Organisation der Investment-Management-Funktion in der Allianz Gruppe.

Am 29. April 2009, unmittelbar vor der Hauptversammlung, informierte uns der Vorstand über den Geschäftsverlauf im ersten Quartal und die aktuelle Lage der Allianz Gruppe. Weiter nutzten wir die Sitzung, um die anschließende Hauptversammlung vorzubereiten.

In der Sitzung am 10. September 2009 behandelten wir im Rahmen einer Executive Session eingehend die gesetzlichen Änderungen durch das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG). Anlässlich dieser Änderungen und der öffentlichen Vergütungsdiskussion im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise berieten wir über eine Anpassung des Vergütungssystems für den Vorstand der Allianz SE an die aktuellen Entwicklungen, insbesondere mit Blick auf eine stärkere Langfristigkeit der variablen Vergütungskomponenten. Nach umfassender Beratung stimmte der Aufsichtsrat den Eckpunkten für ein neues Vergütungssystem zu, vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung in der Sitzung im Dezember 2009. Weiter setzten wir uns im Einzelnen mit den aktuellen Änderungen des Aktienrechts durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) und des Deutschen Corporate Governance Kodex auseinander und beschlossen entsprechende Anpassungen in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats. Im Zusammenhang mit den Änderungen des Aktiengesetzes durch das BilMoG stellte der Aufsichtsrat fest, dass Herr Dr. Humer (bis 31. Dezember 2009), Herr Dr. Bernotat und Herr Landau gemäß § 100 Abs. 5 Aktiengesetz als unabhängige und sachverständige Mitglieder des Prüfungsausschusses anzusehen sind. In dieser Sitzung beriet der

Aufsichtsrat auch über die Nachfolge von Herrn Dr. Humer, der sein Aufsichtsratsmandat zum 31. Dezember 2009 niederlegte. Der Aufsichtsrat folgte dem Vorschlag des Nominierungsausschusses, Herrn Peter Sutherland ab 1. Januar 2010 zunächst gerichtlich in den Aufsichtsrat bestellen zu lassen und im März 2010 über den Vorschlag zu seiner Wahl in den Aufsichtsrat an die Hauptversammlung zu beschließen. Weiter stimmten wir der Bestellung der Herren Dr. Christof Mascher zum 10. September 2009 und Jay Ralph zum 1. Januar 2010 in den Vorstand der Allianz SE zu. Nach Abschluss der Executive Session berichtete der Vorstand eingehend über den Geschäftsverlauf und die Finanzlage der Allianz Gruppe sowie die Entwicklung in den einzelnen Segmenten. Der Beschluss des Vorstands, Mitarbeitern der Allianz Gruppe in 19 Ländern Allianz Aktien zu vergünstigten Bedingungen zum Kauf anzubieten, wurde vom Aufsichtsrat begrüßt. Der Ständige Ausschuss stimmte der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2006/II zur Ausgabe der Mitarbeiteraktien zu.

In der Sitzung am 9. Dezember 2009 vertieften wir zunächst in einer Executive Session erneut die vorgesehenen Änderungen des Vergütungssystems für den Vorstand. Nach ausführlicher Beratung beschloss der Aufsichtsrat das geänderte und an die Regelungen des VorstAG angepasste Vergütungssystem und setzte auf dieser Basis die Ziele für die variable Vergütung sowie die Gesamtbezüge der einzelnen Vorstandsmitglieder fest. Weiter stimmten wir einer Anpassung der Altersversorgung für den Vorstand zu. Schließlich erteilte der Aufsichtsrat den geplanten Änderungen der Directors‘ und Officers‘ Haftpflichtversicherung die Zustimmung, insbesondere der Anwendung des Mindestselbstbehalts, den das Gesetz und der Deutsche Corporate Governance Kodex für den Vorstand beziehungsweise den Aufsichtsrat vorsehen. Im Anschluss nutzten wir die Sitzung für die regelmäßige Effizienzprüfung des Aufsichtsrats. Anhand der Vorbereitung durch den Ständigen Ausschuss diskutierten wir bestehende Verbesserungsmöglichkeiten und hielten entsprechende Maßnahmen für die Zukunft fest. Im weiteren Verlauf der Sitzung informierte uns der Vorstand über den Geschäftsverlauf und die Lage der Allianz Gruppe. Weiter behandelten wir die Planung für das Geschäftsjahr 2010 sowie die Mittelfristplanung und gaben die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex ab.

Corporate Governance und Entsprechenserklärung

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 17. Dezember 2009 die Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz abgegeben und diese den Aktionären auf der Website der Gesellschaft dauerhaft zugänglich gemacht. Auch nach der aktuellen Fassung des Kodex vom 18. Juni 2009 befolgt die Allianz SE sämtliche Empfehlungen der Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex.

Weitergehende Erläuterungen zur Corporate Governance in der Allianz Gruppe sind der von Vorstand und Aufsichtsrat gemeinsam verabschiedeten Erklärung zur Unternehmensführung einschließlich des Corporate-Governance-Berichts ab Seite 52 zu entnehmen. Auch der Internetauftritt der Allianz hält unter www.allianz.com/cg vertiefende Informationen zur Corporate Governance bereit.

Arbeit der Ausschüsse

Zur effizienten Wahrnehmung seiner Aufgaben hat der Aufsichtsrat den Prüfungsausschuss, den Ständigen Ausschuss, den Personalausschuss, den Risikoausschuss und den Nominierungsausschuss gebildet. Die Ausschüsse bereiten die Beratung und die Beschlussfassung im Plenum vor. Darüber hinaus sind den Ausschüssen für geeignete Fälle auch eigene Beschlusszuständigkeiten übertragen worden. Einen Vermittlungsausschuss gibt es nicht, weil das Mitbestimmungsgesetz, das diesen Ausschuss vorsieht, für die Allianz SE nicht gilt. Die derzeitige Zusammensetzung der Ausschüsse ist in der folgenden Aufstellung enthalten.

Vorsitz und Ausschüsse des Aufsichtsrats

Stand: 31. Dezember 2009
(und nachfolgende Veränderungen)

Vorsitzender des Aufsichtsrats
Dr. Henning Schulte-Noelle

Stellvertretende Vorsitzende
Dr. Gerhard Cromme
Rolf Zimmermann

Prüfungsausschuss
Dr. Franz B. Humer (Vorsitzender) (bis 31. Dezember 2009)
Dr. Wulf H. Bernotat (Vorsitzender seit 1. Januar 2010)
Igor Landau
Dr. Henning Schulte-Noelle (seit 1. Januar 2010)
Jean-Jacques Cette
Jörg Reinbrecht

Nominierungsausschuss
Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorsitzender)
Dr. Gerhard Cromme
Dr. Franz B. Humer (bis 31. Dezember 2009)
Prof. Dr. Renate Köcher (seit 1. Januar 2010)

Personalausschuss
Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorsitzender)
Dr. Gerhard Cromme
Rolf Zimmermann

Risikoausschuss
Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorsitzender)
Dr. Wulf H. Bernotat (bis 31. Dezember 2009)
Prof. Dr. Renate Köcher
Peter Sutherland (seit 1. Januar 2010)
Godfrey Robert Hayward
Peter Kossubek

Ständiger Ausschuss
Dr. Henning Schulte-Noelle (Vorsitzender)
Dr. Gerhard Cromme
Dr. Wulf H. Bernotat (seit 1. Januar 2010)
Dr. Franz B. Humer (bis 31. Dezember 2009)
Karl Grimm
Rolf Zimmermann

Im Berichtsjahr 2009 befasste sich der Ständige Ausschuss in drei turnusmäßigen Sitzungen vor allem mit Corporate-Governance-Fragen, der Vorbereitung der ordentlichen Hauptversammlung, dem Mitarbeiteraktienkaufprogramm und der Effizienzprüfung des Aufsichtsrats. Während des Geschäftsjahrs waren durch den Ausschuss Zustimmungsbeschlüsse zu fassen zur Ausnutzung des Genehmigten Kapitals 2006/II für die Ausgabe von Mitarbeiteraktien sowie zur Gewährung von Krediten an leitende Angestellte und Organmitglieder.

Der Personalausschuss tagte viermal. Behandelt wurden Personalangelegenheiten sowie Struktur und Höhe der Vorstandsvergütung. Der Personalausschuss bereitete die Überprüfung des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente vor und unterbreitete dem Plenum einen Vorschlag für die Neuregelung des Vergütungssystems. Darüber hinaus wurde die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder einschließlich der Ziele für die variable Vergütung vorbereitet. Weiter befasste sich der Ausschuss mit der Zielerreichung der Vorstandsmitglieder für das Geschäftsjahr 2009. Auf der Grundlage der vom Personalausschuss unterbreiteten Vorschläge behandelte das Aufsichtsratsplenum im Februar 2010 die Zielerreichung der einzelnen Vorstandsmitglieder und setzte deren variable Vergütung für das abgelaufene Geschäftsjahr 2009 fest.

Der Prüfungsausschuss hielt im Geschäftsjahr 2009 sechs Sitzungen ab, die im Februar, zweimal im März, im Mai, im August und im November stattfanden. Der Ausschuss erörterte in Gegenwart des Abschlussprüfers die Jahresabschlüsse der Allianz SE und des Konzerns, die Lageberichte und die Prüfungsberichte. Für das Jahr 2008 wurde auch der US-amerikanische Konzernabschluss „20-F“ behandelt. Ferner prüfte der Ausschuss den Halbjahresfinanzbericht sowie die übrigen Quartalsabschlüsse und besprach im Beisein des Abschlussprüfers deren prüferische Durchsicht. Der Prüfungsausschuss sah im Rahmen seiner Prüfungen keinen Anlass für Beanstandungen. Weiterhin befasste sich der Ausschuss mit der Erteilung der Prüfungsaufträge und der Festlegung der Prüfungsschwerpunkte sowie Fragen des internen Kontrollsystems und mit der Erfüllung der Anforderungen nach Section 404 des Sarbanes-Oxley Act für das Geschäftsjahr 2008. Der Vorstand informierte den Ausschuss über die Deregistrierung der Allianz Aktie an der New York Stock Exchange sowie deren Auswirkungen insbesondere auf die Rechnungslegung und die internen Kontrollen. Des

Weiteren wurde die Vergabe von Aufträgen für nicht prüfungsbezogene Dienstleistungen an den Abschlussprüfer besprochen. Laufend ließ der Ausschuss sich von den Leitern der Abteilung Group Audit und der Group Compliance-Abteilung über Revisions- und Compliance-Themen berichten. Durch den Leiter der Abteilung Group Audit ließ sich das Gremium außerdem zusammenfassende Berichte zu wesentlichen Revisionsergebnissen des jeweils letzten Geschäftsjahrs erstatten. Der Chefsyndikus informierte den Ausschuss regelmäßig über den Stand wesentlicher Rechtsstreitigkeiten. In der Sitzung im November 2009 ließ der Ausschuss sich den Prüfungsplan von Group Audit für das Jahr 2010 vorstellen.

Der Risikoausschuss hielt im Jahr 2009 zwei Sitzungen ab. In beiden Sitzungen ließen wir uns vom Vorstand zunächst die aktuelle Risikosituation der Allianz Gruppe darlegen und berieten mit dem Vorstand darüber. Weitere Punkte der Ausschussarbeit waren die Folgen der Kreditkrise und die Behandlung von Risiken aus Naturkatastrophen. Zudem befassten wir uns eingehend mit den Auswirkungen der auf europäischer Ebene beschlossenen risikoorientierten Weiterentwicklung der gesetzlichen Solvabilitätsvorschriften (Eigenmittelanforderungen) für Versicherungsunternehmen (Solvency II). Darüber hinaus setzten wir uns mit den aufsichtsrechtlichen Mindestanforderungen der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) an das Risikomanagement von Versicherungsunternehmen (MaRisk VA) auseinander und behandelten deren Umsetzung in der Allianz Gruppe. Die speziell risikobezogenen Aussagen im Jahres- und im Konzernabschluss sowie im Lagebericht und im Konzernlagebericht unterzogen wir einer Vorprüfung und informierten den Prüfungsausschuss über deren Ergebnis.

Der Nominierungsausschuss tagte im Geschäftsjahr einmal. Im August 2009 verständigte sich der Ausschuss auf die Auswahlkriterien für Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat und besprach mögliche Kandidaten für eine Nachfolge von Herrn Dr. Humer. Der Ausschuss schlug dem Aufsichtsratsplenum Herrn Peter Sutherland als Nachfolger vor.

Über die Arbeit der Ausschüsse ist der Aufsichtsrat regelmäßig umfassend unterrichtet worden.

Jahres- und Konzernabschlussprüfung

Aufgrund einer Sonderregelung für Versicherungsunternehmen (§ 341 k Abs. 2 Handelsgesetzbuch, HGB) werden der Abschlussprüfer und der Prüfer für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts durch den Aufsichtsrat der Allianz SE und nicht durch die Hauptversammlung bestellt. Zum Abschlussprüfer für den Jahres- und Konzernabschluss sowie für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts hat der Aufsichtsrat die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, München bestellt. Die KPMG hat die Jahresabschlüsse der Allianz SE und des Konzerns sowie die entsprechenden Lageberichte geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Konzernabschluss wurde gemäß § 315 a HGB auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind, aufgestellt. Ebenfalls wurden der Halbjahresfinanzbericht und die übrigen Quartalsabschlüsse durch die KPMG einer prüferischen Durchsicht unterzogen.

Die Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG für das Geschäftsjahr 2009 wurden allen Aufsichtsratsmitgliedern rechtzeitig zugeleitet. Im Prüfungsausschuss wurden am 24. Februar 2010 auf vorläufiger Basis die Abschlüsse und die Prüfungsergebnisse der KPMG erörtert. Außerdem fand an diesem Tag eine Aufsichtsratssitzung statt, in der wir eine Aussprache zum Dividendenvorschlag des Vorstands durchführten.

Über die fertiggestellten Abschlussunterlagen und die Prüfungsberichte der KPMG wurde am 17. März 2010 im Prüfungsausschuss und im Aufsichtsratsplenum beraten. An diesen Erörterungen nahmen die Abschlussprüfer jeweils teil. Sie legten die wesentlichen Ergebnisse der Prüfungen dar und standen für Fragen und ergänzende Auskünfte zur Verfügung.

Aufgrund eigener Prüfung des Jahres- und des Konzernabschlusses, des Lageberichts und des Konzernlageberichts sowie des Gewinnverwendungsvorschlags haben wir keine Einwendungen erhoben und dem Ergebnis der KPMG-Abschlussprüfung zugestimmt. Den vom Vorstand aufgestellten Jahres- und den Konzernabschluss haben wir gebilligt; der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstands schließen wir uns an.

Besetzung von Aufsichtsrat und Vorstand

Am 12. Januar 2009 ist Frau Claudia Eggert-Lehmann infolge des Verkaufs der Dresdner Bank an die Commerzbank aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden. Für ihren engagierten Einsatz hat der Aufsichtsrat ihr Dank und Anerkennung ausgesprochen. Als Nachfolger von Frau Claudia Eggert-Lehmann wurde Herr Karl Grimm zunächst gerichtlich in den Aufsichtsrat bestellt. Im Anschluss wählte die Hauptversammlung Herrn Grimm auf Vorschlag der Arbeitnehmer in den Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat hat am 11. März 2009 Herrn Rolf Zimmermann anstelle von Frau Eggert-Lehmann auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter zum weiteren stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrats gewählt.

Herr Dr. Franz B. Humer hat sein Mandat als Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat der Allianz SE zum 31. Dezember 2009 niedergelegt. Wir haben Herrn Dr. Humer für seine wertvolle Arbeit im Aufsichtsrat gedankt. Mit Beschluss vom 28. Dezember 2009 hat das Amtsgericht München Herrn Peter Sutherland, bis zum Jahresende 2009 Chairman der BP p.l.c., London, als Nachfolger von Herrn Dr. Humer bis zur nächsten Hauptversammlung in den Aufsichtsrat bestellt. Der Aufsichtsrat wird Herrn Sutherland der Hauptversammlung 2010 zur Wahl in den Aufsichtsrat vorschlagen. Die laufende Amtszeit des Aufsichtsrats endet mit Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012.

Zum 31. August 2009 ist Herr Dr. Helmut Perlet aus dem Vorstand der Allianz SE ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat hat Herrn Dr. Perlet für die geleistete Arbeit gedankt. Während der über 36 Jahre, in denen Herr Dr. Perlet für die Allianz Gruppe tätig gewesen sei, habe er die Geschicke der Allianz wesentlich mitgeprägt. Weiter ist Herr Jean-Philippe Thierry zum 31. Dezember 2009 aus dem Vorstand der Allianz SE ausgeschieden und in den Ruhestand getreten. Der Aufsichtsrat hat Herrn Thierry für seine erfolgreiche Tätigkeit für die Allianz Gruppe gedankt.

Mit Wirkung zum 10. September 2009 hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Christof Mascher in den Vorstand der Allianz SE bestellt. Herr Dr. Mascher, zugleich Mitglied des Vorstands der Allianz Deutschland AG, ist im Vorstand für das Ressort Operations sowie für Assistance und Reiseversicherung zuständig. Zum 1. Januar 2010 bestellte der Aufsichtsrat weiter Herrn Jay Ralph in den Vorstand der Allianz SE. Herr Ralph ist zudem Chairman der US-amerikanischen Gruppengesellschaften Allianz of America, Allianz Life Insurance Company of North America und Fireman's Fund Insurance Company. Im Vorstand der Allianz SE ist er für das Versicherungsgeschäft in Nordamerika und Mexiko verantwortlich. Beide Herren sind bereits langjährig in der Allianz Gruppe beschäftigt. Die zuvor von Herrn Thierry wahrgenommenen Regionalzuständigkeiten wurden zum 1. Januar 2010 von Herrn Enrico Cucchiani übernommen, der nunmehr das Versicherungsgeschäft in Europa, Südamerika und Afrika betreut. Das Kreditversicherungsgeschäft wurde Herrn Clement B. Booth zusätzlich zu seinen bestehenden Verantwortlichkeiten übertragen. Die Zuständigkeit für das Ressort Controlling, Reporting, Risk liegt seit dem 1. September 2009 bei Herrn Oliver Bäte.

Herr Dr. Gerhard Rupprecht wird zum Jahresende 2010 in den Ruhestand gehen. Herr Dr. Werner Zedelius, der derzeit für die Wachstumsmärkte verantwortlich ist, soll zum 1. Januar 2011 die Ressortverantwortung von Herrn Dr. Rupprecht für Deutschland, die Schweiz und Österreich übernehmen. Herr Manuel Bauer, der zur Zeit verantwortlicher Leiter für die Allianz in Zentral- und Osteuropa, im Mittleren Osten und in Nordafrika ist, wurde vom Aufsichtsrat mit Wirkung ab dem 1. Januar 2011 in den Vorstand berufen. Herr Bauer soll die Zuständigkeit für Wachstumsmärkte erhalten.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand jeweils über die Aufgabenverteilung im Vorstand informieren lassen und hierüber beraten.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Allianz Gruppengesellschaften für ihren großen persönlichen Einsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr.

München, den 17. März 2010

Für den Aufsichtsrat:

Dr. Henning Schulte-Noelle
Vorsitzender

Mitglieder des Aufsichtsrats

Dr. Henning Schulte-Noelle
Vorsitzender
Ehem. Vorsitzender des Vorstands, Allianz AG

Dr. Gerhard Cromme
Stv. Vorsitzender
Vorsitzender des Aufsichtsrats, ThyssenKrupp AG

Claudia Eggert-Lehmann bis 12. Januar 2009
Stv. Vorsitzende
Angestellte, Dresdner Bank AG

Rolf Zimmermann
Stv. Vorsitzender seit 11. März 2009
Angestellter, Allianz Deutschland AG

Dr. Wulf H. Bernotat
Vorsitzender des Vorstands, E.ON AG

Jean-Jacques Cette
Sekretär des Gesamtunternehmensausschusses,
Allianz France S.A.

Karl Grimm seit 28. Januar 2009
Angestellter, Allianz Deutschland AG

Godfrey Robert Hayward
Angestellter, Allianz Insurance plc

Dr. Franz B. Humer bis 31. Dezember 2009
Präsident des Verwaltungsrats, F. Hoffmann-La Roche AG

Prof. Dr. Renate Köcher
Geschäftsführerin, Institut für Demoskopie Allensbach

Peter Kossubek
Angestellter, Allianz Deutschland AG

Igor Landau
Mitglied des Verwaltungsrats, Sanofi-Aventis S.A.

Jörg Reinbrecht
Gewerkschaftssekretär, ver.di Bundesverwaltung

Peter Sutherland seit 1. Januar 2010
Vorsitzender, Goldman Sachs International

Mitglieder des Vorstands

Michael Diekmann
Chairman of the Board of Management

Dr. Paul Achleitner
Finance

Oliver Bäte
Chief Operating Officer bis 9. September 2009
Controlling, Reporting, Risk seit 1. September 2009

Clement B. Booth
Insurance Anglo Broker Markets/Global Lines
bis 31. Dezember 2009
Global Insurance Lines & Anglo Markets
seit 1. Januar 2010

Enrico Cucchiani
Insurance Europe I (South Europe & South America)
bis 31. Dezember 2009
Insurance Europe (& South America)
seit 1. Januar 2010

Dr. Joachim Faber
Asset Management (Worldwide)

Dr. Christof Mascher
Operations seit 10. September 2009

Dr. Helmut Perlet bis 31. August 2009
Controlling, Reporting, Risk

Jay Ralph seit 1. Januar 2010
Insurance NAFTA Markets

Dr. Gerhard Rupprecht
Insurance German Speaking Countries
Director responsible for Work and Social Welfare

Jean-Philippe Thierry bis 31. Dezember 2009
Insurance Europe II (France & Benelux)

Dr. Herbert Walter bis 12. Januar 2009
Banking Worldwide

Dr. Werner Zedelius
Insurance Growth Markets

Lagebericht der Allianz SE

Inhalt

12 Zusammenfassung und Ausblick
12 Ergebnisübersicht
14 Gewinnverwendungsvorschlag
15 Geschäftlicher Ausblick
16 Wirtschaftlicher Ausblick

18 Geschäftsverlauf nach Rückversicherungszweigen

20 Bilanzanalyse
20 Verkürzte Bilanz
20 Immaterielle Vermögensgegenstände
20 Kapitalanlagen
21 Eigenkapital
21 Genussrechtskapital
22 Finanzierungsverbindlichkeiten

23 Risikobericht
23 Turbulente Märkte im Jahr 2009
23 Das Risikomanagementsystem der Allianz
24 Risikoorganisation und Prinzipien (Risk Governance)
26 Internes Risikokapitalsystem
30 Kapitalmanagement
34 Konzentration von Risiken
35 Marktrisiken
38 Kreditrisiko
42 Versicherungstechnische Risiken
45 Geschäftsrisiko
46 Sonstige Risiken
48 Werterhalt für die Allianz in Krisenzeiten
50 Bewertung des Gesamtrisikoprofils
50 Prioritäten des Risikomanagements für 2010

52 Erklärung zur Unternehmensführung, Corporate-Governance-Bericht und Vergütungsbericht
52 Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a Handelsgesetzbuch und Corporate-Governance-Bericht
60 Vergütungsbericht

74 Sonstige Angaben
74 Unsere Mitarbeiter
74 Niederlassungen
74 Ereignisse nach dem Bilanzstichtag
75 Übernahmerelevante Angaben und Erläuterungen
78 Internes Kontrollsystem über die Finanzberichterstattung

Vorbehalt bei Zukunftsaussagen
Soweit wir in diesem Dokument Prognosen oder Erwartungen äußern oder die Zukunft betreffende Aussagen machen, können diese Aussagen mit bekannten und unbekannten Risiken und Ungewissheiten verbunden sein. Die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen können daher wesentlich von den geäußerten Erwartungen und Annahmen abweichen. Neben weiteren hier nicht aufgeführten Gründen können sich Abweichungen aus Veränderungen der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und der Wettbewerbssituation, vor allem in Allianz Kerngeschäftsfeldern und -märkten, aus Akquisitionen sowie der anschließenden Integration von Unternehmen und aus Restrukturierungsmaßnahmen ergeben. Abweichungen können außerdem aus dem Ausmaß oder der Häufigkeit von Versicherungsfällen (zum Beispiel durch Naturkatastrophen), der Entwicklung von Schadenskosten, Stornoraten, Sterblichkeits- und Krankheitsraten beziehungsweise -tendenzen und, insbesondere im Bankbereich, aus der Ausfallrate von Kreditnehmern resultieren. Auch die Entwicklungen der Finanzmärkte (zum Beispiel Marktschwankungen oder Kreditausfälle) und der Wechselkurse sowie nationale und internationale Gesetzesänderungen, insbesondere hinsichtlich steuerlicher Regelungen, können entsprechenden Einfluss haben. Terroranschläge und deren Folgen können die Wahrscheinlichkeit und das Ausmaß von Abweichungen erhöhen. Die Gesellschaft übernimmt keine Verpflichtung, Zukunftsaussagen zu aktualisieren.

Zusammenfassung und Ausblick

– Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung (f. e. R.) verbesserte sich auf 325 Millionen Euro.
– Der Jahresüberschuss stieg von 1 582 Millionen Euro auf 1 941 Millionen Euro.
– Wir schlagen eine Dividende von 4,10 Euro je Aktie vor.

Ergebnisübersicht

Verkürzte Gewinn- und Verlustrechnung

	2009 Mio €	2008 Mio €
Gebuchte Bruttobeiträge	**3 811**	**3 449**
Verdiente Beiträge f. e. R.	3 177	2 823
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.	– 2 110	– 1 898
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	– 867	– 796
Sonstige versicherungstechnische Positionen f. e. R.	125	58
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	**325**	**187**
Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	354	– 255
Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	**679**	**– 68**
Kapitalanlageergebnis	1 698	2 130
Technischer Zinsertrag	– 165	– 134
Sonstiges nichtversicherungstechnisches Ergebnis	– 550	– 927
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	**983**	**1 069**
Ergebnis vor Steuern	**1 662**	**1 001**
Steuern	279	581
Jahresüberschuss	**1 941**	**1 582**

Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.

Das versicherungstechnische Ergebnis f. e. R. verbesserte sich auf 325 (187) Millionen Euro.

Die gebuchten Bruttobeiträge erhöhten sich um 10,5 Prozent auf 3 811 Millionen Euro, teilweise deshalb, weil die Prämien im Lebensrückversicherungsgeschäft mit externen Kunden in Asien-Pazifik anstiegen und weil auch das Geschäft mit dem Allianz International Employee Benefits Network (All Net) um 191 Millionen Euro zulegte.

All Net führt spezielle Konzernversicherungsprogramme von Allianz Lebensversicherungs-Gesellschaften und externen Versicherern zusammen, um weltweit Risiken des Lebensversicherungs- und Altersvorsorgegeschäfts von internationalen Kunden rückversichern zu können. Außerdem wuchs der Umsatz mit Rückversicherungen in „Übrige Zweige“, wie z. B. Erweiterte Zusatzgefahren, Sturmrisiken und mit weiteren Spezial-Schaden- und Unfallversicherungen um 216 Millionen Euro.

Die verdienten Beiträge f. e. R. stiegen dank höherer Bruttobeiträge um 354 Millionen Euro. Der Nettoselbstbehalt blieb 2009 mit 82,9 (83,0) Prozent stabil.

Die Schadenquote f. e. R. des Geschäftsjahres in der Schaden- und Unfallrückversicherung stieg um 1,0 Prozentpunkt auf 67,3 Prozent, weil sich höhere Verluste aus Naturkatastrophen in Australien, Österreich, Deutschland und China ergeben hatten, wodurch sich die Schadenquote, die sich auf das Geschäftsjahr bezieht, um 1,2 Prozent verschlechterte. Zusammen mit einem Abwicklungsgewinn von 93 (118) Millionen Euro stieg die Gesamtschadenquote auf 63,4 (61,6) Prozent.

Die Kostenquote f. e. R. unseres Schaden- und Unfallrückversicherungsgeschäfts verbesserte sich auf 26,7 (29,3) Prozent. Der höhere Anteil nichtproportionalen Geschäfts verringerte die Abschlusskostenquote auf 24,5 (27,5) Prozent; hingegen stieg die Verwaltungskostenquote auf 2,2 (1,8) Prozent infolge einer höheren Anzahl von Mitarbeitern, die notwendig waren, um unsere Optimierungsstrategie für das Rückversicherungsgeschäft (Reinsurance Optimization Strategy) zu verwirklichen.

Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen

Die Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen mussten um 354 Millionen Euro verringert werden. Davon entfielen 206 Millionen Euro auf eine einmalige Auflösung, die durch die Harmonisierung der Rückversicherungssparten über alle Niederlassungen verursacht wurde. Das versicherungstechnische Ergebnis nach Schwankungsrückstellung und ähnlichen Rückstellungen belief sich auf 679 Millionen Euro.

Nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Kapitalanlageergebnis

	2009 Mio €	2008 Mio €	Veränderung Mio €
Erträge aus Kapitalanlagen			
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	1 096	1 828	– 732
Erträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	251	1 725	– 1 474
Erträge aus anderen Kapitalanlagen	575	995	– 420
Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	2 142	9 301	– 7 159
Erträge aus Zuschreibungen	38	65	– 27
Zwischensumme	**4 102**	**13 914**	**– 9 812**
Aufwendungen für Kapitalanlagen			
Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	– 1 223	– 1 705	482
Abschreibungen auf Kapitalanlagen	– 410	– 1 561	1 151
Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	– 518	– 335	– 183
Aufwendungen für übernommene Verluste	– 253	– 8 183	7 930
Zwischensumme	**– 2 404**	**– 11 784**	**9 380**
Kapitalanlageergebnis	**1 698**	**2 130**	**– 432**

Das Kapitalanlageergebnis ging um 432 Millionen Euro auf 1 698 Millionen Euro zurück. Sowohl die Erträge aus Kapitalanlagen als auch die Aufwendungen für Kapitalanlagen fielen im Vergleich zum Vorjahr deutlich niedriger aus; das Ergebnis 2008 enthielt hohe Verluste aus dem Dresdner-Bank-Verkauf und hohe Einmalgewinne aus der Realisierung von Bewertungsreserven.

Der Rückgang der Erträge aus Gewinnabführungsverträgen um 732 Millionen Euro auf 1 096 Millionen Euro war vornehmlich das Resultat einer erwarteten geringeren Gewinnabführung der Allianz Deutschland AG, welche um 651 Millionen Euro auf 946 Millionen Euro sank.

Die Erträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen gingen um 1 474 Millionen Euro auf 251 Millionen Euro zurück, weil 2009 von der Allianz of America, Inc. keine Dividendenzahlung angefordert wurde (2008: 1 322 Millionen Euro).

Der Rückgang der Erträge aus anderen Kapitalanlagen um 420 Millionen Euro auf 575 Millionen Euro ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sich wegen der geminderten Marktzinsen folgende Positionen verringerten: Zinseinkünfte auf Anleihen (– 165 Millionen Euro), Einlagen bei Kreditinstituten (– 97 Millionen Euro) und Darlehen (– 81 Millionen Euro). Da es sich hierbei überwiegend um Kapitalanlagen mit kurzer Laufzeit handelt, fiel der Durchschnittszinssatz von 5,3 Prozent auf 2,4 Prozent.

Wie erwartet gingen die Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen um 7 159 Millionen Euro auf 2 142 Millionen Euro zurück, nachdem sie im Vorjahr wegen der Zusammenlegung unserer westeuropäischen Versicherer außerordentlich hoch gewesen waren. Die Abgangsgewinne 2009 stammen aus der Realisierung von Bewertungsreserven unserer Tochtergesellschaft AGCS AG (1 011 Millionen Euro) und einer mit uns verbundenen Investmentholding mit Beteiligungen an ICBC, Unicredit und The Hartford (710 Millionen Euro). Weitere Gewinne resultierten aus der Auflösung von Absicherungsgeschäften (260 Millionen Euro) und dem Verkauf von Anleihen (137 Millionen Euro).

Die Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen sanken um 482 Millionen Euro auf 1 223 Millionen Euro. Wegen der niedrigeren Zinsen verminderten sich unsere Zinsaufwendungen für interne und externe Verbindlichkeiten um 316 Millionen Euro. Außerdem gingen die sonstigen Aufwendungen für Kapitalanlagen deutlich um 166 Millionen Euro zurück, hauptsächlich infolge verminderter M&A-Transaktionskosten und gesunkener Aufwendungen für Anleiheemissionen an den Kapitalmärkten.

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen fielen um 1 151 Millionen Euro auf 410 Millionen Euro. Im Geschäftsjahr nahmen wir Abschreibungen vor allem auf unsere strategischen Beteiligungen in Höhe von insgesamt 248 Millionen Euro vor, wovon 177 Millionen Euro auf unsere Beteiligung an ROSNO entfielen. Weitere Abschreibungen betrafen unser Darlehens- (80 Millionen Euro) und Anleiheportfolio (55 Millionen Euro).

Die Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen stiegen um 183 Millionen Euro auf 518 Millionen Euro; sie resultierten vor allem aus der Auflösung von Absicherungsgeschäften (270 Millionen Euro), dem Verkauf von Aktien der Commerzbank AG (96 Millionen Euro) und dem Abgang unserer eigenen Genussscheine (100 Millionen Euro). Nach der Kündigung der Genussscheine zum 31. Dezember 2009 wurde der eigene Bestand mit dem als Verbindlichkeit ausgewiesenen Betrag neu bewertet und verrechnet.

Die Aufwendungen für übernommene Verluste sanken signifikant um 7 930 Millionen Euro auf 253 Millionen Euro. Nach den außergewöhnlich hohen Verlusten 2008 im Zusammenhang mit dem Dresdner-Bank-Verkauf gingen die im Jahr 2009 übernommenen Verluste in erster Linie auf die Investmentholding AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH (181 Millionen Euro) zurück. Diese 181 Millionen Euro sind vor allem das Resultat realisierter Verluste aus dem Verkauf von Aktien der Beiersdorf AG (119 Millionen Euro). Weitere Verluste von 71 Millionen Euro stammten aus einem konzerninternen Verkauf von Collateralized Debt Obligations, die im Januar 2009 von der Dresdner Bank AG erworben wurden.

Sonstiges nichtversicherungstechnisches Ergebnis

Das sonstige nichtversicherungstechnische Ergebnis verbesserte sich von – 927 Millionen Euro auf – 550 Millionen Euro. Ursächlich hierfür waren ein um 329 Millionen Euro besseres Währungsumrechnungsergebnis, das in erster Linie aus Verbindlichkeiten in US-Dollar resultiert, und ein Anstieg des Ergebnisses aus Derivaten um 124 Millionen Euro. Dagegen stiegen die Aufwendungen für Finanzgarantien um 130 Millionen Euro.

Steuern und Jahresüberschuss

Soweit gesetzlich zulässig, bildet die Allianz SE als Organträgerin mit den deutschen Tochterunternehmen eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Nicht mit einbezogen ist im Wesentlichen die Allianz Lebensversicherungs-AG. Als Organträgerin ist die Allianz SE gegenüber den Steuerbehörden alleinige Steuerschuldnerin der Ertragsteuern des Organkreises.

Im Jahr 2009 erhielt die Allianz SE von den Konzerngesellschaften, die im Jahresverlauf ein steuerpflichtiges Einkommen erzielten, 453 (607) Millionen Euro für die Nutzung steuerlicher Verluste. Die Steuerschuld der Allianz SE betrug im Berichtsjahr 173 Millionen Euro.

Nach dem positiven steuerlichen Ergebnis belief sich der Jahresüberschuss auf 1 941 (1 582) Millionen Euro.

Gewinnverwendungsvorschlag

Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den 2009 erzielten Bilanzgewinn der Allianz SE von 1 860 990 000 Euro wie folgt zu verwenden:

- Ausschüttung einer Dividende von 4,10 Euro auf jede gewinnberechtigte Stückaktie: 1 860 990 000 Euro

Soweit die Gesellschaft am Tag der Hauptversammlung eigene Aktien hält, die gemäß § 71 b AktG nicht dividendenberechtigt sind, wird der auf diese Aktien entfallende Betrag auf neue Rechnung vorgetragen.

Geschäftlicher Ausblick

Dieser Ausblick geht davon aus, dass sich die Finanzkrise nicht weiter verschärft und nur eine geringe Wahrscheinlichkeit massiver Erschütterungen besteht, wie beispielsweise weitreichende politische Spannungen oder staatliche Schuldenkrisen in großen Industrieländern.

Unser Ausblick basiert auf den folgenden Prämissen:

- weitere Stabilität der allgemeinen Wirtschaftslage und Rückkehr zu moderaten Wachstumsraten
- ein etwas höheres Zinsniveau
- weder eine drastische Änderung des Zinsumfeldes noch massive Erschütterungen der Kapitalmärkte

Das Rückversicherungsgeschäft ist im Hinblick auf Anzahl und Höhe von Schäden Schwankungen unterworfen. Die Ergebnisentwicklung ist daher ungewiss. Das Produktangebot der Allianz SE Re ist groß; es wendet sich an die operativen Versicherungseinheiten der Allianz, aber auch an Dritte. Zu den Produkten zählen proportionale und nichtproportionale Rückversicherungsdeckungen für Schaden-, Unfall, Lebens- und Krankenerstversicherungen. Da die Risiken unterschiedlich und geografisch weit gespreizt sind, ist unser Geschäftsportfolio gut diversifiziert. Die Allianz SE Re steuert das gesamte Katastrophenrisiko der Gruppe. Jede operative Einheit ist für die Steuerung ihrer eigenen Katastrophenrisiken verantwortlich und entscheidet je nach individueller Risikobereitschaft und Finanzlage, wie hoch ihr Rückversicherungsbedarf ist. Dieser wird dann über die Allianz SE Re gedeckt.

Der Vorstand der Allianz SE legt die Risikobereitschaft der Gruppe fest. Für die entsprechenden Schutzvorkehrungen gegen bestehende Risiken ist sodann die Allianz SE Re zuständig. Die dargebotene Deckung kann unterschiedliche Formen annehmen und dient dem Zweck, die Gruppe vor übermäßigen Verlusten infolge großer Naturkatastrophen zu schützen. Dennoch besteht das Risiko fort, dass unerwartet häufig auftretende oder unerwartet heftige Naturkatastrophen das Ergebnis der Allianz SE wesentlich beeinflussen. Wie bereits dargelegt, können Naturkatastrophenschäden trotz Risikobegrenzung oder -verringerung die Schadenerwartung übersteigen, wenn eine höhere Anzahl von Schadenereignissen oder extreme Schadenhöhen eintreten. Die fünf größten Risiken, die in der Gruppe verbleiben, sind auf Seite 44 dargestellt.

Insgesamt betrachtet, erfolgte die Erneuerung der Rückversicherungsverträge für 2010 zu weitgehend unveränderten Tarifen und Bedingungen; in einigen Märkten jedoch gaben die Preise nach. Das hat in manchen Fällen dazu geführt, dass wir von einer Erneuerung des Rückversicherungsschutzes absahen. Die große Mehrheit unserer Verträge wurde aber zu versicherungstechnisch akzeptablen Bedingungen abgeschlossen. Daher rechnen wir im Wesentlichen mit gleich bleibenden Bruttobeiträgen von 3 790 Millionen Euro. Auf dieser Grundlage erwarten wir ein versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. vor Schwankungsrückstellungen von 190 bis 230 Millionen Euro. Aus den oben ausgeführten Gründen weisen wir darauf hin, dass das tatsächliche Ergebnis um mehrere Hundert Millionen Euro von dieser Prognose abweichen kann.

Für 2010 rechnen wir mit einem höheren Kapitalanlageergebnis. Wir gehen davon aus, dass das aufgrund geringerer durchschnittlicher Zinssätze reduzierte Zinsergebnis durch höhere Erträge aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mehr als ausgeglichen wird. Für das Kapitalanlageergebnis planen wir keine Abschreibungen auf strategische Beteiligungen.

Darüber hinaus rechnen wir mit einem stabilen sonstigen nichtversicherungstechnischen Ergebnis, obwohl es nicht möglich ist, Wechselkursgewinne oder -verluste sowie Derivateergebnisse vorauszuplanen. Diese können den Jahresüberschuss der Allianz SE jedoch wesentlich beeinflussen.

Aufgrund steuerlicher Verlustvorträge unterliegt die Allianz SE in 2010 voraussichtlich nur der Mindestbesteuerung in Deutschland. Deshalb werden die Steuerumlageforderungen gegenüber den Organgesellschaften zu einem Steuerertrag führen.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt ist keine genaue Vorhersage des Jahresüberschusses für 2010 möglich. Wir glauben, dass sich die Ergebnisse und Finanzlage der Allianz SE in den nächsten Jahren weiter verbessern werden. Aufgrund der ungewissen Wirtschaftslage sind zuverlässige Prognosen über das Jahr 2010 hinaus jedoch nicht möglich.

Wirtschaftlicher Ausblick

Der Weg aus der Krise

Im Berichtsjahresverlauf erlitt die Weltwirtschaft den stärksten Einbruch seit Jahrzehnten, obwohl sich die Lage in der zweiten Jahreshälfte merklich stabilisierte. Wir rechnen damit, dass die Konjunkturerholung 2010 anhalten wird, insbesondere weil die fiskal- und geldpolitischen Maßnahmen die Expansion weiter fördern dürften. In vielen Ländern wird es allerdings Jahre dauern, bis das Produktionsniveau wieder den Stand vor der Krise erreicht. Die Finanzmärkte, die sich im Großen und Ganzen überraschend schnell wieder gefangen haben, werden wahrscheinlich noch eine Zeitlang störanfällig bleiben. Die unverändert fortbestehenden Anpassungs- und Konsolidierungsrisiken machen das Geschäftsumfeld von Finanzdienstleistern ungewiss.

Moderates Wachstum

Nachdem die Weltwirtschaft im Vorjahr um rund 2 Prozent geschrumpft ist, wird sich 2010 wahrscheinlich ein Wachstum von etwa 3 Prozent einstellen. In den Industrieländern sieht es hingegen nicht ganz so gut aus. Der hier erwartete Anstieg um 2 bis 2,5 Prozent 2010 wird die Verluste von fast 3,5 Prozent im Vorjahr nicht vollständig wettmachen. Entsprechend steigt die weltwirtschaftliche Bedeutung der Schwellenmärkte weiter; sie sind jetzt der weltweite Wachstumsmotor. Ihre Gesamtproduktion soll 2010 nach einer Stagnation im Vorjahr um 5 Prozent steigen.

Volkswirtschaften ohne einen ernsthaft überschuldeten privaten und öffentlichen Sektor werden sich tendenziell schneller erholen als Länder, die auf eine Konsolidierung angewiesen sind. Das erklärt auch, warum die aufstrebenden, aber mitunter massiv verschuldeten Volkswirtschaften Osteuropas deutlich langsamer in Fahrt kommen als die asiatischen Schwellenländer mit ihren Überschüssen. Die robuste Entwicklung in den wichtigen Ländern Lateinamerikas ist eine erfreuliche Überraschung.

Die US-Konjunktur hat die Krise in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 abgeschüttelt. Inzwischen deutet einiges darauf hin, dass die USA 2010 ein etwas höheres Wachstum erzielen werden als der Euroraum. Die deutsche Wirtschaft wird wahrscheinlich etwas stärker expandieren als der europäische Durchschnitt.

Ebenso wichtig wie die unmittelbaren wirtschaftlichen Aussichten ist jedoch die mittelfristige Perspektive. Die Finanzmarktkrise wird die Wachstumsdynamik und die Wachstumsmuster der Weltwirtschaft dauerhaft verändern. Da der öffentliche Sektor seine Schulden konsolidieren muss, die Kapitalanforderungen angehoben worden sind und der Bankensektor inzwischen einer stärkeren Regulierung unterliegt, wird das Wachstum moderater ausfallen als in den Jahren vor der Krise. Die Schwellenmärkte in Asien, Lateinamerika und später auch in Osteuropa werden weiter aufholen und für die Versicherungsbranche zunehmend attraktiver werden.

Auch die Wertpapierkurse litten deutlich unter der Finanzkrise. Es war in erster Linie die Flucht in sichere Häfen, die eine heftige Talfahrt der Staatsanleiherenditen auslöste. Wir glauben indes nicht, dass die Renditen dauerhaft auf niedrigem Niveau verharren werden. Eher erwarten wir einen leichten Inflationsanstieg, eine massive Emission neuer Staatsanleihen, die schwer auf den Kapitalmärkten lasten wird, und eine schrittweise erfolgende Straffung der expansiven Geldpolitik. Bei der etwas freundlicheren Konjunkturlage wird dies für steigende Kapitalmarktrenditen sorgen. Der Wirtschaftsaufschwung dürfte den Aktienmärkten spürbaren Auftrieb verleihen.

Weiterhin schwieriges Umfeld für Finanzdienstleister

Das wirtschaftliche Umfeld hat sich weniger schlimm entwickelt als vielfach befürchtet. Das resolute Eingreifen von Zentralbanken und Finanzpolitikern hat zur Stabilisierung der Finanzmärkte beigetragen und damit die Geschäftsbedingungen für Finanzdienstleister verbessert. Dieser Aufwärtstrend wird sich 2010 aber kaum ungehindert fortsetzen. Wenn die zahlreichen Konjunkturprogramme allmählich auslaufen, werden Nervosität und Volatilität an den Märkten zunehmen.

Noch scheint die Konjunkturerholung recht fragil, zumal durch den ungleichmäßigen Aufschwungverlauf, der dazu noch mit überbordenden Staatsschulden einhergeht, ein neues Spannungsfeld entsteht. Nicht zuletzt wächst auch der politische Druck auf Finanzdienstleister. Die Bemühungen um eine neue globale Finanzmarktstruktur nähern sich der entscheidenden Phase, und es besteht kein Zweifel daran, dass man den Finanzinstituten noch mehr abverlangen wird. Bei diesen schwierigen Bedingungen wird die größte Herausforderung für die gesamte Finanzbranche darin bestehen, das Kundenvertrauen zurückzugewinnen und sich wieder dauerhaft als zuverlässiger Partner zu etablieren.

Die Entwicklungen in der Schaden- und Unfallversicherung sind eng mit den wirtschaftlichen Trends verknüpft. Wegen der verhaltenen Konjunkturaussichten sind vom Neugeschäft ganz allgemein wenig Impulse zu erwarten. Manche Geschäftsbereiche, beispielsweise Kreditversicherungen, leiden unverändert und unmittelbar unter der Finanzkrise. Da die meisten Versicherungsgesellschaften die Krise relativ gut überstanden haben und 2009 von größeren Katastrophen verschont geblieben sind, ist die Marktkapazität nach wie groß, mit der Folge eines anhaltenden Preisdrucks.

Die Aussichten im Lebensversicherungsgeschäft werden vornehmlich von der Tatsache überschattet, dass inzwischen viele Verbraucher langfristigen Prämienverpflichtungen sehr zurückhaltend begegnen. Grund dafür sind die unverändert schwierige Wirtschaftslage und der drohende Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die ausgesprochen niedrigen langfristigen Zinsen sind dabei nicht sonderlich hilfreich. Die Finanzkrise hat das langfristige Fundament der Lebens- und Krankenversicherungen stark beeinträchtigt. Allerdings unterstreicht die steigende Verschuldung der öffentlichen Hand, wie wichtig eine zusätzliche private Alters- und Gesundheitsvorsorge ist. Die Reform der Sozialversicherungssysteme muss auch nach der Finanzkrise weitergehen. Eine auf mehreren Säulen ruhende Altersvorsorge ist heutzutage ein Muss und eine Kapitaldeckung unumgänglich.

Das verspricht gute langfristige Aussichten für die Vermögensverwaltung. Es reicht nicht aus, einfach nur dem unvermeidbaren Auf und Ab an den Märkten zu folgen. Die Verbraucher haben die Finanzkrise noch nicht vergessen und verlangen aktiv gesteuerte Anlagestrategien, die ihnen langfristige Erträge garantieren können. Die Fondsbranche muss dafür sorgen, dass sie die richtigen Lösungen bereithält, um diese Kunden für sich zu gewinnen.

Geschäftsverlauf nach Rückversicherungszweigen

Die Bruttobeiträge stammen vorwiegend von Konzerngesellschaften. Sie stiegen im Geschäftsjahr 2009 um 10,5 Prozent auf 3 811 Millionen Euro, wobei folgende Einflüsse wirksam waren:

- Die Beitragseinnahmen aus „Übrige Zweige“, wie z. B. Erweiterte Zusatzgefahren-, Sturm- und einigen spezialisierten Schaden- und Unfallrückversicherungen erhöhten sich um 216 Millionen Euro.

- Wegen des Mehrgeschäfts mit externen Kunden wuchs das Lebensrückversicherungsgeschäft um 191 Millionen Euro.

Bruttobeiträge und versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R. nach Rückversicherungszweigen für 2009 und 2008

	Bruttobeiträge			Combined Ratio f. e. R. nur Schaden- und Unfallversicherung		Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen		Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.	
	2009	2008	Veränderung	2009	2008	2009	2008	2009	2008
	Mio €	Mio €	in %[1]	in %	in %	Mio €	Mio €	Mio €	Mio €
Kraftfahrt	639	661	– 3,3	100,1	105,0	28	– 19	26	– 47
Feuer	520	708	– 26,6	51,0	75,2	291	– 194	513	– 57
Leben	470	279	68,8	n/a	n/a	—	—	49	– 46
Haftpflicht	318	279	14,2	114,2	91,7	33	– 20	– 1	1
Unfall	286	282	1,4	99,7	89,0	3	– 2	23	26
Kredit und Kaution	241	181	33,4	112,7	125,8	8	31	– 21	– 14
Technische Versicherungen	197	216	– 8,7	94,0	84,1	—	—	11	31
Verbundene Wohngebäude und Verbundene Hausrat	165	149	10,6	89,5	112,2	—	—	11	– 13
Transport	108	113	– 4,6	93,9	74,6	– 1	– 22	5	5
Betriebsunterbrechung	78	18	331,0	87,3	96,3	—	—	8	—
Rechtsschutz	74	71	3,6	110,4	97,0	7	—	1	1
Kranken	40	42	– 5,7	n/a	n/a	—	—	– 1	1
Luftfahrt	18	9	106,5	65,2	64,1	– 4	– 4	1	1
Übrige Zweige	657	441	48,8	86,0	78,7	– 11	– 25	54	43
Summe	**3 811**	**3 449**	**10,5**	**90,1**	**90,9**	**354**	**– 255**	**679**	**– 68**

Die Prämieneinnahmen in der Kraftfahrtrückversicherung fielen um 3,3 Prozent auf 639 Millionen Euro. Die Combined Ratio verbesserte sich auf 100,1 (105,0) Prozent, verharrte damit aber auf einem enttäuschenden Niveau, was auf unverändert hohe Schäden 2009 in Deutschland zurückgeht.

Der Umsatz in der Feuerrückversicherung sank um 26,6 Prozent auf 520 Millionen Euro, vornehmlich infolge eines geringeren Geschäfts in Asien-Pazifik. Trotz Schäden aus dem Wintersturm „Klaus“, der einen Verlust von 12 Millionen Euro verursachte, verbesserte sich die Combined Ratio auf 51,0 Prozent, weil Schadenansprüche aus Naturkatastrophen sehr niedrig ausfielen. Die Auflösung von 291 Millionen Euro aus der Schwankungsrückstellung beinhaltet einen Einmaleffekt von 206 Millionen Euro, der durch die Harmonisierung der Rückversicherungssparten über alle Niederlassungen verursacht wurde.

In der Lebensrückversicherung vergrößerte sich das Beitragsvolumen auf 470 (279) Millionen Euro, weil einige umsatzstarke Verträge in Taiwan und Korea hinzukamen (153 Millionen Euro) und weitere externe Rückversicherungskunden für All Net gewonnen werden konnten (56 Millionen Euro). All Net bündelt spezielle Konzernversicherungsprogramme von Allianz Lebensversicherungs-Gesellschaften und externen Versicherer, um internationalen Kunden

[1] auf Basis des genauen, nicht gerundeten Betrags

weltweit Rückversicherung für das Lebens-, Berufsunfähigkeits-, Kranken-, Unfallversicherungs- und Altersvorsorgegeschäft zu bieten. Das versicherungstechnische Ergebnis verbesserte sich auf 49 (-46) Millionen Euro, weil sich die Finanzmärkte erholten und sich dies günstig auf das fondsgebundene Rentenversicherungsgeschäft mit Mindestgarantien (Variable Annuities) auswirkte. Zusammen mit dem im nichtversicherungstechnischen Bereich ausgewiesenen Ergebnis aus Absicherungsgeschäften von 19 (39) Millionen Euro führte das aktienindizierte Rentenversicherungsgeschäft zu einem Ergebnis von 5 (-13) Millionen Euro.

In der Haftpflichtrückversicherung stiegen die Prämieneinnahmen um 39 Millionen Euro auf 318 Millionen Euro. Die Combined Ratio verschlechterte sich wegen eines Abwicklungsverlusts im US-Geschäft.

Höhere Rückversicherungsbeiträge von Euler Hermes mehrten den Umsatz der Kreditrückversicherung um 33,4 Prozent auf 241 Millionen Euro. Ein erhöhtes Beitragsratenniveau und strengere Geschäftsbedingungen verbesserten zwar die Combined Ratio auf 112,7 (125,8) Prozent, doch ist dies weiterhin ein unbefriedigender Wert. Das versicherungstechnische Ergebnis verschlechterte sich, vor allem weil 2009 erheblich weniger Schwankungsrückstellungen aufgelöst wurden als im Vorjahr, nämlich 8 (31) Millionen Euro.

Das Beitragsaufkommen in den Technischen Rückversicherungen minderte sich auf 197 Millionen Euro, namentlich wegen eines verringerten Geschäfts mit externen Kunden. Die Combined Ratio nahm mit 94,0 Prozent einen unvorteilhaften Verlauf, weil die Geschäftsjahresschäden deutlich höher ausfielen und das Ergebnis auf 11 Millionen Euro schmälerten.

Die Einnahmen aus der verbundenen Hausrat- und der verbundenen Wohngebäuderückversicherung stiegen um 10,6 Prozent auf 165 Millionen Euro. Die Combined Ratio verbesserte sich wesentlich, weil das Ergebnis der Allianz Sachversicherung erneut anstieg und das Ergebnis im Geschäft mit externen Kunden deutlich höher ausfiel als im Vorjahr.

Das Beitragsaufkommen in der Transportrückversicherung ging leicht auf 108 Millionen Euro zurück. Die Combined Ratio stieg auf 93,9 Prozent, was vor allem auf die Verluste im Asien-Pazifik-Raum zurückzuführen war.

Der Umsatz in der Betriebsunterbrechungsrückversicherung wuchs auf 78 (18) Millionen Euro. Geringere Verluste als im Vorjahr verbesserten die Combined Ratio.

Das Prämienvolumen in der Rechtsschutzrückversicherung war mit 74 Millionen Euro faktisch unverändert. Eine auf das Geschäftsjahr bezogene höhere Schadenquote bei der Allianz Sachversicherung verschlechterte die Combined Ratio.

Das Neugeschäft mit Allianz Global Corporate & Specialty AG und externen Kunden ließ die Beitragseinnahmen in der Luftfahrtrückversicherung auf 18 Millionen Euro anwachsen. Die Combined Ratio und das versicherungstechnische Ergebnis f. e. R. verharrten auf dem positiven Vorjahresniveau; sie enthielten ein positives Abwicklungsergebnis mit externen Kunden von 3 Millionen Euro.

In den übrigen Rückversicherungszweigen stieg das Prämienaufkommen um 216 Millionen Euro auf 657 Millionen Euro; darin enthalten sind ein Plus von 93 Millionen Euro in der Erweiterte Zusatzgefahren-Rückversicherung, weitere 88 Millionen Euro aus der sonstigen Schadenversicherung und 27 Millionen Euro aus dem Sturmrückversicherungsgeschäft. Das versicherungstechnische Ergebnis blieb positiv und machte 54 Millionen Euro aus. Wegen der vielen Naturkatastrophen verschlechterte sich die Combined Ratio auf 86,0 (78,7) Prozent; besonders hohe Schadenbelastungen sind auf Buschfeuer in Australien (32 Millionen Euro) und auf das Sturmtief „Birgitta“ (24 Millionen Euro) zurückzuführen.

Unter „Übrige Zweige“ sind die folgenden Rückversicherungszweige zusammengefasst:

- Beistandsleistungsversicherung
- Einbruchdiebstahl- und Raub(ED)-Versicherung
- Einheitsversicherung (umfassender Schutz für Herstellungsgüter während des Herstellungsprozesses)
- Versicherung zusätzlicher Gefahren in der Feuer- beziehungsweise Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung (Extended-Coverage[EC]-Versicherung)
- Glasversicherung
- Hagelversicherung
- Leitungswasser(Lw)-Versicherung
- Sturmversicherung
- Tierversicherung
- sonstige Schadenversicherung

Bilanzanalyse

– Das Eigenkapital erhöhte sich auf 42,3 Milliarden Euro.
– Wir kündigten unsere Genussscheine zum 31. Dezember 2009.

Verkürzte Bilanz

	2009 Mio €	2008 Mio €
Immaterielle Vermögensgegenstände	543	62
Kapitalanlagen	87 442	87 018
Forderungen	2 927	4 610
Sonstige Vermögensgegenstände	655	465
Rechnungsabgrenzungsposten	183	160
Summe Aktiva	**91 750**	**92 315**
Eigenkapital	42 309	41 882
Genussrechtskapital	121	441
Versicherungstechnische Rückstellungen	9 780	9 850
Andere Rückstellungen	4 624	4 551
Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft	459	706
Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft	522	381
Nachrangige Verbindlichkeiten	6 834	6 878
Andere Finanzierungsverbindlichkeiten	27 093	27 623
Rechnungsabgrenzungsposten	8	3
Summe Passiva	**91 750**	**92 315**

Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände stieg um 0,5 Milliarden Euro. Davon beziehen sich 0,5 Milliarden Euro auf das Vertriebsrecht, das wir als Teil der Gegenleistung für den Verkauf der Dresdner Bank AG an die Commerzbank AG erhielten. Die Commerzbank AG wird ab dem zweiten Halbjahr 2010 exklusiv Versicherungsprodukte der Allianz vermarkten.

Kapitalanlagen

	2009 Mio €	2008 Mio €
Grundvermögen	310	318
Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	69 054	69 441
Sonstige Kapitalanlagen	14 101	13 310
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	3 977	3 949
Summe Kapitalanlagen	**87 442**	**87 018**

Das Grundvermögen ging in erster Linie aufgrund von Abschreibungen auf 310 (318) Millionen Euro zurück.

Der Buchwert der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen verminderte sich von 69,4 Milliarden Euro auf 69,1 Milliarden Euro. Der Buchwertrückgang resultiert hauptsächlich aus dem Dresdner-Bank-Verkauf (5,4 Milliarden Euro) und enthält Abschreibungen von insgesamt 0,3 Milliarden Euro, die vor allem unsere Beteiligung an ROSNO betreffen (0,2 Milliarden Euro).

Verschiedene Kapitalerhöhungen in Höhe von 4,2 Milliarden Euro und der Zugang von Aktien der Commerzbank AG, die wir als Teil der Gegenleistung für den Dresdner-Bank-Verkauf erhielten, glichen den Rückgang von Buchwerten teilweise aus. Nähere Details hierzu finden sich unter Anhangsangabe Nr. 4.

Die sonstigen Kapitalanlagen stiegen von 13,3 Milliarden Euro auf 14,1 Milliarden Euro. Die Einlagen bei Kreditinstituten erhöhten sich um 1,5 Milliarden Euro. Die Auflösung von Absicherungsgeschäften und der Abgang der eigenen Genussscheine der Allianz SE minderten diese Position um 0,2 Milliarden Euro beziehungsweise 0,5 Milliarden Euro.

Ende 2009 entfielen vom Gesamtbetrag der sonstigen Kapitalanlagen 7,8 Milliarden Euro auf Inhaberschuldverschreibungen, und davon 5,1 Milliarden Euro auf Staatsanleihen. Einige Staaten der Eurozone, darunter Griechenland, gerieten im Verlauf des Jahres 2009 in finanzielle Schwierigkeiten. Der Anteil von Staatsanleihen dieser Länder an unserem Gesamtportfolio von Staatsanleihen ist mit 0,3 Prozent äußerst gering.

Die Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft stiegen leicht auf 4,0 (3,9) Milliarden Euro.

Zum 31. Dezember 2009 belief sich der beizulegende Zeitwert der Kapitalanlagen auf 98,5 (98,2) Milliarden Euro. Der entsprechende Buchwert dieser Kapitalanlagen lag bei 87,4 (87,0) Milliarden Euro.

Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Eigenkapital 42,3 (41,9) Milliarden Euro. Der Anstieg war vornehmlich auf den Bilanzgewinn von 1,9 Milliarden Euro zurückzuführen, von dem 1,6 Milliarden Euro im Rahmen von Dividendenzahlungen für 2008 verwendet wurden.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Mitarbeiteraktienkaufplans 850 000 Aktien ausgegeben. Dadurch erhöhten sich das gezeichnete Kapital um 2,2 Millionen Euro und die Kapitalrücklage um 63,8 Millionen Euro.

	Ausgegebene Aktien	Gezeichnetes Kapital Tsd €	Kapitalrücklage Tsd €	Gewinnrücklagen Tsd €	Bilanzgewinn Tsd €	Stand 31. Dezember Tsd €
31. Dezember 2008	453 050 000	1 159 808	27 409 075	11 727 608	1 585 675	41 882 166
Mitarbeiteraktienprogramm	850 000	2 176	63 801	—	—	65 977
Abschreibungen auf eigene Aktien	—	—	—	6 470	—	6 470
Dividendenzahlung für 2008	—	—	—	—	–1 580 466	–1 580 466
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	—	—	—	—	– 5 209	– 5 209
Zuführung zur Gewinnrücklage	—	—	—	79 321	—	79 321
Bilanzgewinn	—	—	—	—	1 860 990	1 860 990
31. Dezember 2009	**453 900 000**	**1 161 984**	**27 472 876**	**11 813 399**	**1 860 990**	**42 309 249**

Insgesamt wurden 79 Millionen Euro des Jahresüberschusses den Gewinnrücklagen zugeführt, wodurch diese auf 11 813 Millionen Euro anstiegen. Der Vorstand schlägt vor, den verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 1 861 Millionen Euro für Dividendenzahlungen zu verwenden.

Genussrechtskapital

Zum 31. Dezember 2009 wurden die Genussscheine der Allianz SE gemäß § 6 Abs. 4 der Genussscheinbedingungen gekündigt. Die Inhaber erhielten zum 4. Januar 2010 für jeden Genussschein mit einem Nennwert von 5,12 Euro einen Ablösungsbetrag von 103,32 Euro. Der gesamte Ablösungsbetrag für die 1 175 554 ausstehenden Genussscheine wird zum 31. Dezember 2009 unter Genussrechtskapital in der Bilanz ausgewiesen.

Finanzierungsverbindlichkeiten

Zum 31. Dezember 2009 hatte die Allianz SE die folgenden ausstehenden Finanzierungsverbindlichkeiten:

	2009 Mio €	2009 Mio €	2008 Mio €
Nachrangige Verbindlichkeiten		**6 834**	**6 878**
Konzerninterne Anleihen	6 486		5 698
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3 075		274
Konzerninterne Finanzierungsverbindlichkeiten	16 129		17 410
Konzernexterne Finanzierungsverbindlichkeiten	1 403		4 241
Andere Finanzierungsverbindlichkeiten		**27 093**	**27 623**
Summe Finanzierungsverbindlichkeiten		**33 927**	**34 501**

Von diesen gesamten Finanzierungsverbindlichkeiten entfallen 26,5 (27,0) Milliarden Euro auf konzerninterne Verbindlichkeiten.

Infolge von Währungseffekten minderten sich die nachrangigen Verbindlichkeiten geringfügig um 0,1 Milliarden Euro auf 6,8 Milliarden Euro. Davon entfallen 3,9 (3,9) Milliarden Euro auf konzerninterne Verbindlichkeiten, die aus Emissionen nachrangiger Anleihen durch die Allianz Finance II B.V., Amsterdam resultieren. Die Allianz Finance II B.V., Amsterdam ist ein verbundenes Unternehmen, das den Erlös aus diesen Emissionen in der Regel an die Allianz SE in Form konzerninterner Darlehen weiterleitet.

Die Verbindlichkeiten aus konzerninternen Anleihen stiegen um 0,8 Milliarden Euro auf 6,5 Milliarden Euro. Die Rückzahlung von zwölf fälligen Anleihen in Höhe von insgesamt 0,6 Milliarden Euro wurde durch die Emission von 18 neuen Anleihen mit einem Volumen von 1,4 Milliarden Euro überkompensiert.

Nach dem Dresdner-Bank-Verkauf werden bestehende Darlehen in Höhe von 2,8 Milliarden Euro, die wir von der Dresdner Bank AG in vorangegangenen Jahren erhalten hatten, nun als „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ neu ausgewiesen (vorher „andere konzerninterne Finanzierungsverbindlichkeiten“). Entsprechend stieg diese Position auf 3,1 Milliarden Euro.

Die konzerninternen Finanzierungsverbindlichkeiten gingen um 1,3 Milliarden Euro auf 16,1 Milliarden Euro zurück und setzen sich wie folgt zusammen:

	2009 Mio €	2008 Mio €
Darlehen der Dresdner Bank AG	—	2 811
Sonstige konzerninterne Darlehen	10 781	8 826
Verbindlichkeiten aus Cashpool	4 029	4 498
Übrige	1 319	1 275
Konzerninterne Finanzierungsverbindlichkeiten	**16 129**	**17 410**

Der Rückgang um 2,8 Milliarden Euro in dieser Position aufgrund der Umgliederung der Dresdner-Bank-Darlehen sowie die Reduzierung der kurzfristigen Verbindlichkeiten aus dem konzerninternen Cashpool um 0,5 Milliarden Euro wurden teilweise von einem Anstieg der sonstigen konzerninternen Darlehen um 2,0 Milliarden Euro aufgewogen. Dieser Anstieg war auch auf einen konzerninternen Mitteltransfer in Höhe von 1,4 Milliarden Euro aus einer vorrangigen Anleihe zurückzuführen, die im Juli 2009 von unserer niederländischen Finanzierungstochtergesellschaft Allianz Finance II B.V., Amsterdam erfolgreich am Kapitalmarkt platziert wurde. Diese Anleihe mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Euro hat eine Laufzeit von zehn Jahren und einen festen Kupon von 4,75 Prozent.

Die konzernexternen Finanzierungsverbindlichkeiten gingen um 2,8 Milliarden Euro auf 1,4 Milliarden Euro stark zurück. Dies war in erster Linie auf die Reduzierung unserer kurzfristigen Fremdfinanzierung in Form von Euro Commercial Paper um 2,6 Milliarden Euro auf 1,2 Milliarden Euro zurückzuführen.

Risikobericht

Unser Risikomanagement ist darauf ausgerichtet, durch gezielte Abwägung von Risiken und Ertrag zur Wertschöpfung beizutragen. Die Allianz Gruppe ist gut kapitalisiert, und ihre Solvabilitätsquote ist stabil.

Turbulente Märkte im Jahr 2009

Die Risikomanagementverfahren aller Finanzinstitute standen während der Marktturbulenzen im Jahr 2009 auf dem Prüfstand. Das Risikomanagementsystem der Allianz ermöglichte es uns nicht nur, die Herausforderungen zu meistern, sondern wir gingen zum Vorteil der Aktionäre und Versicherten sogar als eine der stärksten Versicherungsgruppen der Branche aus dieser Krise hervor, gemessen an der Solvabilität und den Ratings. Dieser Erfolg konnte teilweise aufgrund unserer stetigen Abwägung von Risiken und Erträgen im täglichen Geschäft aber auch aufgrund der Definition von drei wesentlichen Risikozielen erreicht werden, die direkt auf die zu bewältigenden Herausforderungen abgestimmt waren. Während des Jahres 2009 haben wir uns als direkte Reaktion auf die erhöhten Marktturbulenzen auf die folgenden Ziele konzentriert:

- Schutz unseres Kapitals und unserer Solvabilität und Ausrichtung unseres Investmentportfolios auf anhaltende Marktturbulenzen,
- Schutz des Geschäftssegments Schaden- und Unfallversicherung vor Wertverlust und
- Schwerpunkt auf nachhaltige Rentabilität im Geschäftssegment Lebens- und Krankenversicherung.

Im Folgenden geben wir einen Überblick über das Risikomanagementsystem der Allianz und auch über die zielgerichteten Maßnahmen, die es der Allianz ermöglichten, aus den Marktturbulenzen als eine der stärksten Versicherungsgesellschaften der Branche hervorzugehen.

Das Risikomanagementsystem der Allianz

Risikomanagement ist eine Kernkompetenz der Allianz und daher ein wesentlicher Bestandteil unserer Geschäftssteuerung. Zum Schutz der Vermögenswerte der Allianz SE haben wir ein konzernweites Risikomanagementrahmenwerk eingeführt. Dessen Hauptelemente sind:

- eine starke Risikomanagementkultur, gefördert durch eine robuste Risikoorganisation und effektive Risikoprinzipien (Risk Governance);
- eine umfassende Risikokapitalberechnung, die auf die gesamte Gruppe angewandt mit dem Ziel wird, unsere Kapitalbasis zu schützen und effektives Kapitalmanagement zu unterstützen;
- Einbeziehung von Risikoerwägungen und Kapitalbedarf in den Entscheidungsfindungs- und Managementprozess, indem Risiko und Kapital den verschiedenen Geschäftssegmenten zugeordnet werden.

Dieser umfassende Ansatz stellt sicher, dass Risiken angemessen identifiziert, analysiert und bewertet werden. Unsere Risikoneigung wird durch eine klare Risikostrategie und ein Limitsystem definiert. Durch eine strenge Risikoüberwachung und entsprechende Berichte können wir frühzeitig Abweichungen von unserer Risikotoleranz feststellen.

Das Risikomanagementsystem der Allianz trägt mit seinen vier aufeinander geschichteten Hauptkomponenten (siehe Diagramm) zur Wertschöpfung der Allianz SE und von deren operativen Einheiten bei.

Risikozeichnung und -identifikation

Grundlage für angemessene Entscheidungen zur Risikoübernahme und zum Risikomanagement ist ein solides System für Risikozeichnung und -identifikation mit Risikoeinschätzung, Risikostandards, Bewertungsmethoden und

klaren Zielen. Dieses System kommt etwa bei der Genehmigung einzelner Transaktionen und neuer Produkte oder bei der strategischen oder taktischen Gewichtung von Anlageklassen zum Einsatz.

Risikobewertung, -berichterstattung und -controlling

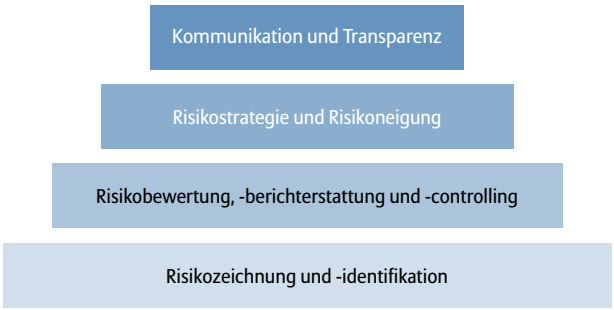
Unser umfassendes System für qualitative und quantitative Risikoberichterstattung und Controlling bietet der Geschäftsführung einen Überblick über das gesamte Risikoprofil und entsprechende Frühwarnindikatoren. Es beantwortet auch die Frage, ob unser Profil den festgelegten Limiten und Befugnissen entspricht. So werden regelmäßig sogenannte Risk Dashboards und Berichte zur Allokation von Risikokapital und Auslastung von Limiten erstellt, weitergeleitet und überwacht.

Risikostrategie und Risikoneigung

Unsere Risikostrategie legt unsere Risikoneigung fest. Sie stellt sicher, dass das Risiko-Ertrags-Verhältnis stimmt und die Entscheidungsbefugnisse mit unserer Gesamtrisikotragfähigkeit übereinstimmen. Das Risiko-Ertrags-Profil wird verbessert, indem Risikoerwägungen und Kapitalbedarf in den Management- und Entscheidungsfindungsprozess integriert werden. Dadurch wird auch sichergestellt, dass die Risikostrategie und unsere Geschäftsziele einander nicht widersprechen und wir im Rahmen unserer Risikotoleranz Vorteile aus sich ergebenden Chancen ziehen können.[1)]

Kommunikation und Transparenz

Eine transparente und fundierte Risikoberichterstattung bildet die Basis, auf der wir unseren internen und externen Stakeholdern unsere Risikostrategie kommunizieren können, um so nachhaltig positive Auswirkungen auf Bewertung und Finanzierung sicherzustellen.



Risikoorganisation und Prinzipien (Risk Governance)

Unsere Risk Governance ist so beschaffen, dass wir unsere lokalen und globalen Risiken ganzheitlich steuern können und gleichzeitig sicherstellen, dass unser Gesamtrisikoprofil in Übersteinstimmung mit unserer Risikostrategie und Risikotragfähigkeit bleibt. Die folgende Grafik zeigt, wer verantwortlich ist für risikobezogene Entscheidungen.

Der Vorstand der Allianz SE legt die geschäftspolitischen Ziele und die Risikostrategie sowie die Kapitalausstattung und die Limite der Allianz Gruppe mit dem Ziel fest, ein angemessenes Verhältnis von Ertrag und Risiko zu erreichen. Beispielsweise hat er 2009 die Naturkatastrophenlimite der Allianz Gruppe neu definiert.[2)] Der Risikoausschuss und der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Allianz SE tritt regelmäßig und auch ad hoc zusammen, um Risikostrategie und Risikoprofil der Allianz Gruppe anhand von Risikoberichten zu überwachen, die der Chief Financial Officer und Chairman des Group Risk Committee vorlegt.

Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats der Allianz SE kümmert sich um die Wirksamkeit des Allianz Risikomanagement- und Risikoüberwachungssystems, der Risikoausschuss des Aufsichtsrats hingegen konzentriert sich auf das allgemeine Risikoprofil der Allianz Gruppe und überwacht risikobezogene Entwicklungen und auch allgemeine und besondere Risiken. Der Risikoausschuss erstattet dem Prüfungsausschuss regelmäßig Bericht, insbesondere in Bezug auf erforderliche Verbesserungen des Risikomanagementsystems aufgrund von aufsichtsrechtlichen Änderungen oder Änderungen der Märkte bzw. des Geschäftsumfelds.

Der Vorstand der Allianz SE ist insgesamt für das Risikomanagement verantwortlich. Er hat jedoch einige Teile davon an verschiedene Ausschüsse delegiert. Wir haben 2009 die Struktur der Ausschüsse geändert, um Überschneidungen bei den Zuständigkeiten zu verringern und die Effektivität unserer Entscheidungsprozesse im Hinblick auf Risiko und Kapital zu steigern. Auf Vorstandsebene befassen sich nun drei Ausschüsse mit dem Thema Risiko.

Das Group Capital Committee wird vom Chief Executive Officer geleitet. Es hat einen gesamtheitlichen Blick auf die

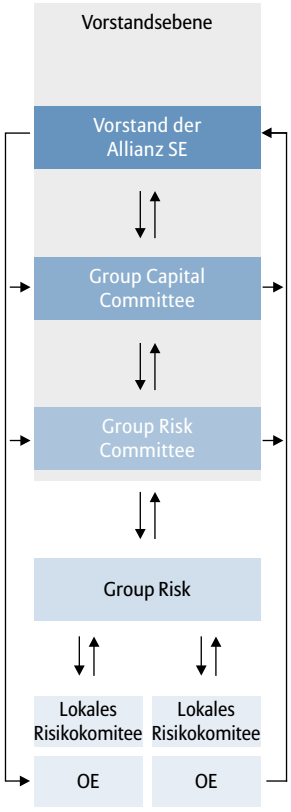
[1)] Weitere Informationen zu Chancen finden sich auf Seite 65 des Konzernberichts.

[2)] Weitere Informationen finden sich im Abschnitt „Werterhalt für die Allianz in Krisenzeiten".

	Verantwortlichkeiten für risikobezogene Entscheidungen
Vorstand der Allianz SE	• Genehmigt die Allianz Group Risk Policy • Definiert die Risikostrategie der Allianz Gruppe • Definiert die Risikokapitalallokation und strategische Gewichtung der Anlageklassen der Gruppe • Setzt Ziele für Solvabilität, Fremdfinanzierung und Ratings der Allianz SE

Group Capital Committee	• Erstellt Entscheidungsvorlagen für den Vorstand zu folgenden Themen:
	  • Risikostrategie der Allianz Gruppe
	  • Risikokapitalallokation und strategische Gewichtung der Anlageklassen der Gruppe
	  • Ziele für Solvabilität, Fremdfinanzierung und Ratings der Allianz SE
	• Entscheidet über Angelegenheiten aus dem Group Risk Committee und Group Finance Committee

Group Risk Committee	• Definiert Risikostandards • Dient als Frühwarnsystem • Überwacht risikorelevante Entwicklungen (Risikoprofil, Nachverfolgung von Audits/Entscheidungen) • Hat Befugnis, Limite festzusetzen (innerhalb des vom Vorstand der Allianz SE gesetzten Rahmens) • Empfiehlt und koordiniert Maßnahmen zur Risikominderung (z. B. bei Nichteinhaltung von Limiten)
Group Risk	• Verbessert den Risikodialog zwischen der Gruppe und den operativen Einheiten • Stärkt und fördert das Risikonetzwerk der Gruppe • Entwickelt das Risikomanagementsystem der Allianz, einschließlich Methoden und Prozesse • Berichtet der Geschäftsleitung über das Risikoprofil der Gruppe • Setzt operativ Limite und überwacht deren Nichteinhaltung und die Konzentration einzelner Risiken
Operative Einheiten (OEs)	• Sind für ihr eigenes Risikomanagement verantwortlich • Steuern proaktiv Risiken gemäß den Richtlinien und Limiten der Gruppe • Berichten an Group Risk über das lokake Risikoprofil



Allianz Gruppe und erarbeitet in erster Linie Vorschläge für Vorstandsentscheidungen der Allianz SE zur Risikostrategie und zur Allokation von Kapital und Limiten. Ferner befasst sich das Group Capital Committee mit Sachverhalten, die vom Group Risk Committee und vom Group Finance Committee vorgebracht werden und nicht dem gesamten Vorstand vorzulegen sind.

Das Group Risk Committee dient als Frühwarnsystem und überwacht das Risikoprofil und die Kapitalisierung der Allianz Gruppe, damit Ertrag und Risiko in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen. Es definiert die Risikostandards und setzt innerhalb des vom Vorstand der Allianz SE festgelegten Rahmens die Limite. Außerdem empfiehlt und koordiniert es Maßnahmen zur Risikominderung. Das Group Finance Committee entscheidet innerhalb des Risikomanagementsystems der Gruppe über Kapitalanlagen und Marktrisiken.

Im allgemeinen sind es die Geschäftsleiter der lokalen operativen Einheiten und der Allianz Investment Management Einheiten, die an erster Stelle stehen und die Verantwortung für die Risiken und Ergebnisse ihrer Entscheidungen tragen. Erst dahinter steht unser unabhängiges globales Risikomanagement unter der Leitung der Abteilung Group Risk.

Die Abteilung Group Risk, die an den Chief Financial Officer berichtet, entwickelt Methoden und Prozesse, die geeignet sind, Risiken gruppenweit auf der Grundlage einer systematischen qualitativen und quantitativen Analyse zu identifizieren, zu bewerten und zu überwachen. Group Risk informiert regelmäßig den Vorstand der Allianz SE und das Management über das Risikoprofil der Allianz Gruppe. Group Risk entwickelt auch das Allianz Risikomanagementsystem und wacht darüber, dass die operativen Einheiten dieses einhalten. Die Group Risk Policy, die vom Vorstand der Allianz SE genehmigt wurde, enthält die Hauptelemente des Risikomanagementsystems und schreibt Mindestanforderungen für alle operativen Einheiten der Allianz Gruppe fest. Darüber hinaus gibt es zusätzliche Risikostandards, die sich unter anderem auf spezifische Geschäftssegmente oder Risikokategorien beziehen. Zudem ist Group Risk für das operative Setzen der Limite verantwortlich und überwacht zentral über alle Geschäftsbereiche spezifische Konzentrationsrisiken, vornehmlich Naturkatastrophen-, Finanzmarkt- und Kontrahentenrisiken. Group Risk stärkt

und fördert darüber hinaus das Risikonetzwerk der Gruppe durch regelmäßige und enge Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung unserer operativen Einheiten und den dortigen Schlüsselbereichen wie den jeweiligen lokalen Finanz- und Kapitalanlagebereichen sowie der Risikofunktion und dem Aktuariat. Ein starkes gruppenweites Risikonetzwerk ermöglicht es uns, Risiken frühzeitig zu identifizieren und das Management darauf aufmerksam zu machen.

Innerhalb unserer dezentralen Organisation müssen sämtliche operativen Einheiten weltweit die externen Vorschriften (z. B. von lokalen Aufsichtsbehörden) und unsere internen Standards (z. B. gruppenweite Standards zur Risikozeichnung) erfüllen. Insbesondere sind die operativen Einheiten für ihr eigenes Risikomanagement verantwortlich. Die Struktur ihrer Risikoüberwachungsfunktionen und Ausschüsse entspricht derjenigen auf Gruppenebene. Es ist ein Grundprinzip unserer Risikoorganisation und unserer Risikoprozesse, dass die Risikoüberwachung unabhängig erfolgt. Geschäftsbereiche, die entscheiden und Risikoverantwortung übernehmen, sind von der unabhängigen Risikoüberwachungsfunktion klar getrennt. Diese muss das Risiko identifizieren, bewerten, überwachen und darüber Bericht erstatten. Sie muss aber auch Alternativen analysieren und Empfehlungen an die Risikokomitees, das lokale Management oder den Vorstand der Allianz SE aussprechen. Lokale Chief Risk Officers leiten die Risikoüberwachungsfunktionen der lokalen operativen Einheiten. Zur Stärkung des Risikodialogs zwischen Gruppe und operativen Einheiten ist Group Risk in den lokalen Risikokomitees vertreten.

Unsere Risk-Governance-Struktur wird überdies durch die Abteilungen Group Audit, Group Compliance und Group Legal Services ergänzt. Group Audit überprüft unabhängig und regelmäßig die Implementierung der Risikoorganisation und die Beachtung der Risikoprinzipien sowie die Risikoprozesse. Die Einhaltung der Unternehmensrichtlinien wird ebenfalls getestet. Group Compliance ist für das Integritätsmanagement verantwortlich, mit dem die Allianz Gruppe samt ihren operativen Einheiten und ihren Mitarbeitern gegen aufsichtsrechtliche Risiken abgeschirmt werden soll. Group Legal Services mindert die Rechtsrisiken und wird dabei von anderen Abteilungen unterstützt. Rechtsrisiken erwachsen aus Gesetzesänderungen, Rechtsstreitigkeiten, aufsichtsrechtlichen Verfahren und Vertragsklauseln, die für Gerichte unterschiedlich interpretierbar sind. Group Legal Services verfolgt das Ziel sicherzustellen, dass Änderungen in gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen beobachtet werden und angemessen auf anstehende Gesetzesänderungen und neue Entwicklungen in der Rechtsprechung reagiert wird, die Auswirkungen auf die Allianz Gruppe haben könnten. Die Einheit wickelt ferner Rechtsstreitigkeiten ab und erarbeitet juristisch angemessene Lösungen für Transaktionen und Geschäftsvorgänge.

Ständige Veränderungen unseres Geschäftsumfeldes beeinflussen unser Risikoprofil. Ein Trend Assessment Forum legt die Grundlagen dafür, dass wir uns jederzeit an die neuesten Entwicklungen anpassen können. Es soll frühzeitig neue Risiken und Chancen erkennen sowie langfristige Trends bewerten, die wichtige Auswirkungen auf das Risikoprofil der Allianz Gruppe haben könnten. Darüber hinaus engagiert sich die Allianz als Mitglied in der CRO Forum Emerging Risk Initiative. Dort werden fortlaufend branchenweite Risiken überwacht; gleichzeitig soll das Bewusstsein für wesentliche Risiken in der Versicherungsbranche geschärft werden.

Darüberhinaus untersuchen unsere eigenen Klimaexperten insbesondere, inwieweit Klimaänderungen möglicherweise unser Geschäft beeinflussen, entwickeln darauf abgestimmte Risikomanagementstrategien und identifizieren neue Geschäftsfelder, die sich aus der Klimaänderung für die Allianz Gruppe ergeben.

Internes Risikokapitalsystem

Internes Risikokapital sind für uns jene Finanzmittel, die wir benötigen, um uns gegen unerwartete, extreme wirtschaftliche Verluste zu schützen. Das interne Risikokapital wird segmentübergreifend zusammengeführt (Schaden- und Unfallversicherung, Lebens- und Krankenversicherung, Asset Management sowie Corporate und Sonstiges). Dadurch werden die Risiken unterschiedlicher Aktivitäten eines integrierten Finanzdienstleisters, wie die Allianz es ist, innerhalb eines gemeinsamen Systems gemessen und miteinander verglichen.

Value-at-Risk-Ansatz

Unser internes Risikokapitalmodell beruht auf einem Value-at-Risk („VaR“)-Ansatz. Er bestimmt den maximalen Wertverlust von Geschäftsbereichen, die vom Modell abgedeckt sind, und zwar innerhalb eines bestimmten Zeithorizonts („Haltedauer“) und mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit

(„Konfidenzniveau"). Der Wertverlust kann durch ungünstige Kapitalmarktbedingungen, Kreditausfälle, Versicherungsverluste und andere negative Geschäftsereignisse hervorgerufen sein. Wir berechnen den Nettomarktwert unseres gedeckten Geschäfts einmal unter den gegenwärtigen Bedingungen und ein weiteres Mal als nachteiligen Wert unter ungünstigen Umständen, die durch Szenarien für jede Risikokategorie bestimmt werden. Die Differenz zwischen den beiden Bewertungen zeigt an, wie hoch das interne Risikokapital je Risikokategorie ist. Das interne Risikokapital wird für jedes Quartal berechnet und über Risikokategorien und Regionen zusammengeführt, wobei Diversifikationseffekte berücksichtigt werden.

Zur Berechnung des internen Risikokapitals für die Allianz Gruppe mittels des VaR-Ansatzes verwenden wir ein Konfidenzniveau von 99,97 Prozent und eine Haltedauer von einem Jahr. Solche Annahmen entsprechen einem „AA"-Rating nach Standard & Poor's. Wir haben uns für diese Haltedauer entschieden, weil allgemein veranschlagt wird, dass es maximal ein Jahr lang dauert, bis ein Kontrahent gefunden ist, der die Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in unserem Portfolio übernehmen kann. Der so ermittelte Kapitalbedarf reicht also aus, um in einem Jahr Verluste zu decken, die in drei von 10 000 Jahren eintreten können. Obwohl unser internes Risikokapital stark darauf abhebt, Ereignisse mit extremen Auswirkungen zu betrachten, ist es doch auch darauf ausgerichtet, weniger extreme Risiken zu steuern, die möglicherweise in näherer Zukunft eintreten. Wir können das, weil unser internes Risikokapitalmodell fähig ist, sämtliche Risiken separat oder im Ganzen zu analysieren.

Unser internes Risikokapitalmodell setzt verschiedene Techniken ein, die zahlreiche Schätzungen und Annahmen im Hinblick auf Risiko- und Finanzdaten erforderlich machen. Schätzungen und Annahmen werden sowohl intern als auch extern abgeleitet. Das interne Risikokapital fällt unter unser Finanzberichterstattungssystem, das auch die Verwendung von Schätzungen und Annahmen einschließt. Im Folgenden möchten wir besonders auf zwei Arten von Annahmen eingehen.[1)]

Diversifikations- und Korrelationsannahmen

Wenn unser internes Risikokapitalmodell Ergebnisse gruppenweit zusammenfasst, berücksichtigt es Korrelations- und Konzentrationseffekte und bildet die Tatsache ab, dass potenzielle Verluste wahrscheinlich nicht alle gleichzeitig entstehen. Dies wird allgemein Diversifikationseffekt genannt. Ihn zu steuern ist ein zentraler Bestandteil unseres Risikomanagementsystems. Wir arbeiten also darauf hin, unsere Risiken zu streuen, um die Auswirkungen von Risiken gleichen Ursprungs einzuschränken und um gleichzeitig zu gewährleisten, dass der positive Geschäftsverlauf an einer Stelle die möglicherweise negative Entwicklung an anderer Stelle ausgleicht.

Inwieweit der Diversifikationseffekt genutzt werden kann, hängt teilweise davon ab, wie hoch die jeweilige relative Risikokonzentration ist. Die höchste Diversifikation erreicht im Allgemeinen ein Portfolio, das keine unverhältnismäßig großen Risiken enthält und ausgewogen ist. Ferner hängt die Größe des Diversifikationseffekts vom Verhältnis der Risiken untereinander ab. Lineare Korrelation ist eine Größe, die dieses Verhältnis zweier Risiken misst. Sie nimmt Werte zwischen „–1" und „+1" an. Wo immer möglich, entwickeln wir Korrelationsparameter für jedes Risikopaar, indem wir historische Daten statistisch analysieren. Falls diese Daten nicht in ausreichender Menge vorliegen, arbeiten wir mit Schätzungen unserer Fachleute. Diese Schätzungen sind konservativ angelegt und schließen negative Korrelationen aus. Die Korrelationsparameter werden so festgelegt, dass sie die wechselseitige Abhängigkeit unter ungünstigen Bedingungen darstellen.

Nicht vom Markt bestimmte Annahmen

Soweit verfügbar, folgen wir bei Modellannahmen, die nicht durch den Kapitalmarkt bestimmt sind, den Vorschlägen von Aufsichtsbehörden und Aktuarsvereinigungen. Außerdem treffen wir Annahmen zu Schadentrends und Inflation sowie zu Sterblichkeits-, Krankheits- und Stornoraten. Insgesamt halten wir unsere internen Annahmen für die Berechnung von Risikokapital und die Bildung von Rücklagen für angemessen und ausreichend.

[1)] Weitere Informationen zum Finanzberichterstattungssystem finden sich im Abschnitt „Kontrollen und Verfahren – Rahmenwerk für die Finanzberichterstattung" im Konzernbericht.

Anwendungsbereich

Unser internes Risikokapitalmodell berücksichtigt standardmäßig die folgenden Risikoquellen, eingestuft nach Risikokategorien je Segment:

Risikokategorie	Versicherung	Asset Management	Corporate und Sonstiges[1]	Beschreibung	Beispiel Managementmaßnahmen
Marktrisiko: • Zinsen • Aktien • Immobilien • Währungen[2]	 ✓ ✓ ✓ ✓	✓[4]	 ✓ ✓ ✓ ✓	Mögliche wirtschaftliche Verluste durch Änderung von Zinsen, Aktienkursen, Immobilienwerten und Wechselkursen	Vorgaben für strategische Gewichtung von Anlageklassen, Limite für Eigenkapital/Duration, etc.
Kreditrisiko: • Kapitalanlage • Rückversicherung, Kreditversicherung	 ✓ ✓[3]	✓[4]	✓	Mögliche wirtschaftliche Verluste aufgrund der Zahlungsunfähigkeit unserer Schuldner, Anleiheemittenten, Rückversicherungspartner bzw. Kontrahenten	Länderlimite, Konzentrationslimite für einzelne Kontrahenten, etc.
Versicherungstechnisches Risiko: • Prämie CAT[5] • Prämie Nicht-CAT[6] • Reserve • Biometrie	 ✓ ✓ ✓ ✓			Unerwartete wirtschaftliche Verluste aufgrund unzureichender Prämien für Katastrophen- und Nichtkatastrophen-Risiken, unzureichender Reserven oder der Unvorhersehbarkeit von Sterblichkeit bzw. Lebenserwartung	Standards für Risikozeichnung, Naturkatastrophenlimite, Rückversicherungsprogramme, etc.
Geschäftsrisiko: • Operationell • Kosten	✓ ✓	✓ ✓	✓ ✓	Wirtschaftliche Verluste aufgrund unzureichender oder versagender interner Prozesse, Mitarbeiter oder Systeme bzw. externer Ereignisse sowie unerwarteter Änderungen von Geschäftsannahmen und unerwarteter Ertragsschwankungen durch geringere Einnahmen ohne Kostensenkung	Interne Kontrollen, Business Continuity Management, etc.

Unser internes Risikokapitalmodell umfasst die folgenden Bereiche:

- wesentliche Versicherungsgeschäfte;
- wesentliche Vermögenswerte (einschließlich Anleihen, Hypotheken, Investmentfonds, Kredite, variabel verzinsliche Schuldtitel, Aktien, Immobilien) und Verbindlichkeiten (einschließlich der Zahlungsströme unserer gesamten technischen Rückstellungen sowie aller Einlagen und emittierten Wertpapiere); in der Lebens- und Krankenversicherung reflektiert das Modell auch, wie Vermögenswerte, Verbindlichkeiten und lokale Managemententscheidungen (etwa über Anlagestrategien und Beteiligungsregeln für Versicherungskunden) zusammenwirken;
- wesentliche Derivate (Optionen, Swaps, Futures), insbesondere wenn sie ein Teil des üblichen Geschäftsmodells der operativen Einheit sind (z. B. bei Allianz Life Insurance

[1] Das Segment Corporate und Sonstiges enthält auch unser Bankgeschäft in Deutschland, Italien, Frankreich und New Europe. Zusätzliche Informationen finden sich weiter unten.
[2] Das Fremdwährungsrisiko wird im Allgemeinen dem Segment Corporate und Sonstiges zugeteilt. Zusätzliche Informationen finden sich weiter unten.
[3] Das Rückversicherungsrisiko erfasst auch das Prämienrisiko, dem unser Kreditversicherer Euler Hermes aufgrund seines Geschäftsmodells ausgesetzt ist, weil diese Art von Risiko eine spezielle Form von Kreditrisiko darstellt.
[4] Obgleich die Anforderungen bezüglich des internen Risikokapitals an das Segment Asset Management nur das Geschäftsrisiko widerspiegeln (zusätzliche Informationen finden sich weiter unten), ist die Bewertung des Markt- und Kreditrisikos bei Kapitalanlagen für Dritte ein wesentlicher Bestandteil des Risikomanagementprozesses unserer lokalen operativen Einheiten.
[5] Prämien-Katastrophenrisiko
[6] Prämien-Nichtkatastrophenrisiko

Company of North America) oder wenn sie eine erhebliche Auswirkung auf das Risikokapital haben (z. B. Absicherungen der Allianz SE oder in der Lebens- und Krankenversicherung, wenn wesentliche Verpflichtungen gegenüber Policeninhabern durch Finanzderivate abgesichert werden); in der Regel zählen Derivate, die in strukturierte Finanztransaktionen eingebettet sind, ebenfalls dazu.

Für kleinere operative Versicherungseinheiten, die eine unwesentliche Auswirkung auf das Risikoprofil der Gruppe haben, und für das Asset Management stützt sich unsere Zuordnung der internen Risikokapitalanforderungen auf einen Ansatz, der dem Standardansatz der Rating-Agentur Standard & Poor's ähnlich und in die Risikokategorien unseres internen Risikokapitalmodells eingebettet ist. Das versetzt uns in die Lage, innerhalb unseres internen Risikokapitalsystems das Risikokapital für alle Segmente gruppenweit konsistent zusammenzufassen. Etwa 99 Prozent des im Segment Asset Management verwalteten Vermögens werden für Dritte oder Allianz Versicherungseinheiten gehalten. Sie bergen also keine wesentlichen Markt- und Kreditrisiken für dieses Segment. Daraus ergibt sich, dass die internen Risikokapitalanforderungen für das Asset Management nur Geschäftsrisiken abbilden. Die Bewertung von Markt- und Kreditrisiken Dritter ist indes unerlässlicher Bestandteil des Risikomanagementprozesses unserer lokalen operativen Einheiten.

Zusätzlich zu möglichen Anforderungen lokaler Aufsichtsbehörden fordern wir von unseren operativen Einheiten, dass sie ihre wesentlichen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten hinsichtlich der Währungen aneinander anpassen oder allgemein offene Währungsrisiken anderweitig absichern. Gemessen an der Bilanz der Allianz Gruppe, bleibt deswegen ein nur unwesentliches Währungsrisiko auf der Ebene der einzelnen operativen Einheiten. Daraus ergibt sich, dass unser Währungsrisiko in erster Linie aus dem beizulegenden Nettovermögenswert unserer Einheiten besteht, die nicht in Euro berichten, sowie aus einigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die auf Gruppenebene gehalten und nicht in Euro geführt werden. Dieses Fremdwährungsrisiko wird von der Abteilung Group Treasury & Corporate Finance zentral auf Gruppenebene überwacht und gesteuert und ist daher überwiegend dem Segment Corporate und Sonstiges zugeordnet.

Unser Bankgeschäft in Deutschland, Italien, Frankreich und New Europe, das dem Segment Corporate und Sonstiges zugerechnet wird, macht nur einen unwesentlichen Betrag von rund 1,4 Prozent des gesamten nichtdiversifizierten internen Risikokapitals aus. Aus diesem Grund gehen wir im Folgenden auf das Risikomanagement im Hinblick auf das Bankgeschäft nicht näher ein.

Zum 31. Dezember 2008 wurde die Dresdner Bank als zur Veräußerung gehaltener Vermögenswert und „aufgegebener Geschäftsbereich" ausgewiesen. Als „aufgegebene Geschäftsbereiche" bezeichnen wir diejenigen Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die von der Dresdner Bank bis zum Zeitpunkt ihres Verkaufs an die Commerzbank am 12. Januar 2009 gehalten wurden. Frühere Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Dresdner Bank, welche die Allianz Gruppe behalten hat und die nicht an die Commerzbank übertragen worden sind, werden nicht als den aufgegebenen Geschäftsbereichen zugehörig betrachtet. Im Allgemeinen enthalten die Zahlen zum Jahresultimo 2008 keine Angaben zu den aufgegebenen Geschäftsbereichen. Wenn wir die aufgegebenen Geschäftsbereiche für die Risikokapitalrechnungen ausschließen, berücksichtigen wir auch, dass die Aufgabe bestimmter Bankgeschäftsbereiche einen geringeren Diversifikationseffekt für uns zur Folge hat.

Einschränkungen

Unser internes Risikokapitalmodell stellt den potenziellen Betrag dar, den wir „im schlimmsten Fall", also unter besonders ungünstigen Bedingungen, zu einem bestimmten Konfidenzniveau verlieren könnten. Es besteht jedoch eine statistisch geringe Wahrscheinlichkeit von 0,03 Prozent, dass die tatsächlichen Verluste diese Schwelle überschreiten.

Nach unserer Auffassung eignen sich die Modell- und Szenarioparameter, die aus historischen Daten abgeleitet sind, für eine annähernde Darstellung möglicher künftiger Risikoereignisse. Sollten jedoch Marktbedingungen stark von bisherigen Entwicklungen abweichen, wie etwa während der beispiellosen Finanzkrise in 2008 und 2009 beobachtet, kann es sein, dass unser VaR-Ansatz zu hoch oder zu niedrig ist. Wir können die Modellgenauigkeit nur eingeschränkt mit der tatsächlichen Entwicklung in der Vergangenheit vergleichen, weil wir uns für ein hohes Konfidenzniveau von 99,97 Prozent und eine einjährige Haltedauer entschieden haben und für bestimmte Versicherungsrisiken wie Naturkatastrophen nur in begrenztem Umfang Daten zur Verfügung

stehen. Weil das Modell, sofern möglich, historische Daten verwendet, kann es nicht gleichzeitig an diesen überprüft werden. Stattdessen lassen wir Modell und Parameter durch unabhängige externe Beratungsfirmen prüfen, die auch die Methoden für die Parameterauswahl und die zugehörigen Kontrollprozesse betrachten. Insgesamt sind wir der Meinung, dass unser Modell unsere Risiken angemessen bewertet.

Weil unser internes Risikokapitalmodell darauf abstellt, wie der beizulegende Marktwert unserer Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sich ändert, muss dieser Wert für jeden Posten bestimmt werden. Bei einigen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten wird es in turbulenten Finanzmärkten schwierig, wenn nicht sogar unmöglich, entweder einen aktuellen Marktpreis zu ermitteln oder den „Mark to Market"-Ansatz sinnvoll zu verwenden. Für bestimmte Vermögenswerte und Verbindlichkeiten verwenden wir, sofern kein aktueller Marktpreis für dieses Instrument oder ihm ähnliche Instrumente zur Verfügung steht, einen „Mark to Model"-Ansatz. Die Genauigkeit der beizulegenden Marktwerte hängt bei einigen unserer Verbindlichkeiten außerdem davon ab, wie zutreffend die geschätzten versicherungstechnischen Zahlungsströme sind. Trotz dieser Einschränkungen halten wir die geschätzten beizulegenden Marktwerte für angemessen bewertet.

Für Derivate verwenden wir im internen Risikokapitalmodell Bewertungsmodelle, welche unser Geschäftsmodell grundsätzlich angemessen abbilden können. Gegenwärtig kann das interne Risikokapitalmodell für unsere wesentlichen Versicherungsgeschäfte nur herkömmliche Derivate wie Aktienkauf- und -verkaufsoptionen, Terminkontrakte und Zinsswaps direkt modellieren. Damit sich komplexere Instrumente in das interne Risikokapitalsystem einbeziehen lassen, etwa Derivate, die in strukturierten Finanztransaktionen eingebettet sind, werden sie im Modell durch diejenigen Standardderivate abgebildet, die ihnen am ähnlichsten sind. Das Volumen dieser komplexen, nichtstandardisierten Instrumente ist bei der Allianz unerheblich, sowohl auf lokaler als auch auf Gruppenebene. Dennoch kann sich eine präzisere Modellierung der Instrumente auf den beizulegenden Marktwert der Derivate und das interne Risikokapital auswirken. Wir sind jedoch der Ansicht, dass eine solche Veränderung unerheblich wäre.

Kapitalmanagement

Das interne Allianz Risikokapitalmodell spielt im Solvenzmanagement und bei der Kapitalzuteilung eine bedeutende Rolle. Wir wollen sicherstellen, dass die Allianz Gruppe jederzeit angemessen kapitalisiert ist, selbst nach einem maßgeblichen nachteiligen Ereignis, und dass unsere gesamten operativen Einheiten ihre jeweiligen Kapitalanforderungen erfüllen. Ferner verwenden wir für die Unterstützung der Entscheidungsfindung in den Geschäftsbereichen verschiedene wertorientierte Ansätze, die explizit internes Risikokapital und Kapitalkosten einbeziehen.

Außerdem berücksichtigen wir bei der Steuerung unserer Kapitalposition zusätzliche externe Anforderungen von Aufsichtsbehörden und Rating-Agenturen. Die Kapitalanforderungen der Aufsichtsbehörden sind eine bindende Auflage. Die Kapitalanforderungen der Rating-Agenturen einzuhalten gehört dagegen zu unserem strategischen Geschäftsziel. Üblicherweise sind die Anforderungen der Rating-Agenturen strenger. Aufsichtsbehörden und Rating-Agenturen setzen Mindestkapitalausstattungen sowohl für unsere operativen Einheiten als auch für die Gruppe insgesamt fest.

Als eine Folge unseres effektiven Kapitalmanagements ist die Allianz Gruppe zum Ende eines jeden Quartals in 2009 weit über ihren internen und aufsichtsrechtlichen Solvabilitätszielen geblieben.

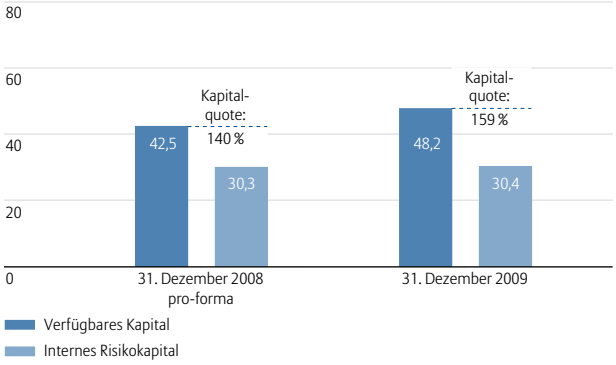
Interne Kapitalausstattung

Unser Ziel ist es, ausreichend Kapital auf Gruppenebene verfügbar zu halten, und zwar über die Mindestanforderungen hinaus, die unser internes Risikokapitalmodell mit einer Solvenzwahrscheinlichkeit von 99,97 Prozent bei einer Haltedauer von einem Jahr vorgibt. In dieser Absicht fordern wir von allen unseren operativen Einheiten, dass sie genügend verfügbares Kapital vorhalten, um bei einem leicht geringeren Konfidenzniveau von 99,93 Prozent und einer ebenfalls einjährigen Haltedauer solvent zu bleiben. Dieser Ansatz ist darauf ausgerichtet, einen über die Gruppe konsistenten Kapitalstandard sicherzustellen, mit dem sich mögliche Einschränkungen bei der Kapitalfungibilität verringern lassen. Indem wir zum Beispiel unseren lokalen operativen Einheiten vorschreiben, dass sie genügend verfügbares Kapital vorhalten, ist es weniger wahrscheinlich, dass der Konzern eine lokale operative Einheit, die einen Verlust erwirtschaftet hat, mit Kapital versorgen muss.

Damit ist die Gruppe auch weniger Risiken ausgesetzt, die sich aus dem Transfer von Kapital über die vielen verschiedenen Länder hinweg ergeben können, in denen sie tätig ist. Ferner kommen dadurch die Vorteile zum Tragen, die unseren operativen Einheiten aus der Zugehörigkeit zu einer großen, diversifizierten Unternehmensgruppe erwachsen.

Das verfügbare Kapital der Allianz Gruppe besteht aus dem Eigenkapital der Gruppe, das aber bereinigt wird, damit die vollständige wirtschaftliche Kapitalbasis wiedergegeben wird, die für den Ausgleich unerwarteter Schwankungen der Geschäftsentwicklung zur Verfügung steht. So werden beispielsweise der Barwert künftiger Gewinne in der Lebens- und Krankenversicherung sowie nachrangige Verbindlichkeiten dem Eigenkapital hinzugefügt, der Firmenwert und andere immaterielle Vermögenswerte indes vom Eigenkapital abgezogen.

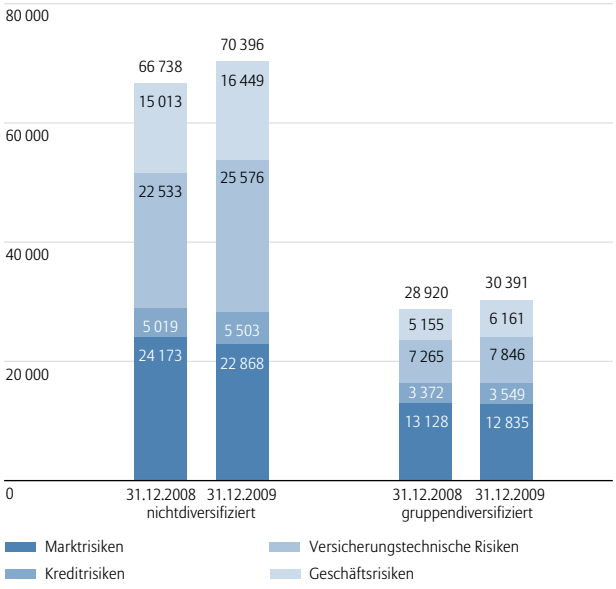
Verfügbares Kapital und internes Risikokapital[1)]
in Mrd €



Der Anstieg um 13 Prozent im verfügbaren Kapital war in erster Linie auf das höhere Eigenkapital der Gruppe und den höheren Barwert künftiger Gewinne in der Lebens- und Krankenversicherung zurückzuführen.

Vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre und nach Gruppendiversifikation betrug das interne Risikokapital der Allianz Gruppe zum Jahresultimo 2009 30,4 Milliarden Euro. In dieser Zahl ist ein realisierter Diversifikationseffekt von etwa 57 Prozent enthalten. Das nichtdiversifizierte und das gruppenweit diversifizierte interne Risikokapital unterteilten sich wie folgt:

Zugeordnetes internes Risikokapital nach Risikoquelle[2)] (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligung der Minderheitsaktionäre)
in Mio €



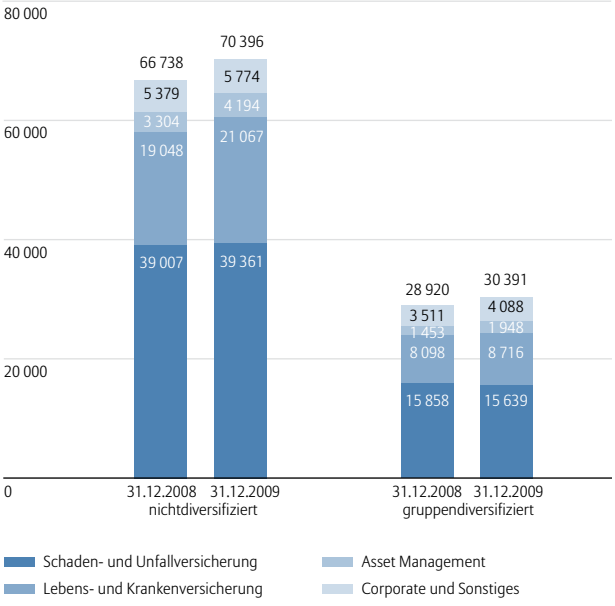
Im gesamten internen Risikokapital in Höhe von 28,9 Milliarden Euro zum 31. Dezember 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten. Allerdings spiegelt es die Risikokapitalanforderungen im Zusammenhang mit den Vermögenswerten, die im Rahmen des Verkaufs der Dresdner Bank an die Commerzbank am 12. Januar 2009 an die Allianz SE übertragen wurden, nur teilweise wider. Dies betrifft insbesondere das interne Markt- und Kreditrisikokapital der Gruppe. Diese Anforderungen wurden dagegen bei der Pro-forma-Berechnung gemäß den Angaben weiter oben berücksichtigt. Verglichen mit dem Pro-forma-Gesamtrisikokapital zum Jahresultimo 2008 (30,3 Milliarden Euro), liegt das gesamte interne Risikokapital 2009 in etwa auf demselben Niveau (30,4 Milliarden Euro). Dies ist im Wesentlichen auf ausgleichende Effekte zwischen den

[1)] Das verfügbare Kapital und das interne Risikokapital zum 31. Dezember 2008 unter Einbeziehung der aufgegebenen Geschäftsbereiche wurden für eine Pro-forma-Sicht unter der Annahme angepasst, der Verkauf der Dresdner Bank wäre vor Jahresultimo 2008 abgeschlossen. Beispielsweise bereinigten wir das verfügbare Kapital um nachrangige Verbindlichkeiten und Pensionsdefizite der Dresdner Bank, strichen die internen Risikokapitalanforderungen für die aufgegebenen Geschäftsbereiche und fügten diejenigen für die Aktien und die stille Beteiligung an der Commerzbank hinzu.

[2)] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten.

verschiedenen Risikokategorien zurückzuführen (beispielsweise fiel das Aktienrisiko, während das Geschäftsrisiko stieg). Die Veränderungen des internen Risikokapitals im Vergleich zum Vorjahr werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikokategorien näher erläutert.

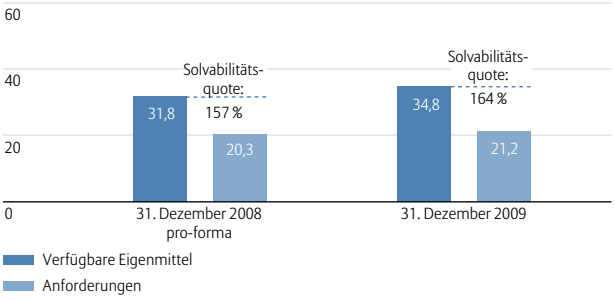
Zugeordnetes internes Risikokapital nach Geschäftssegment[1] (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligung der Minderheitsaktionäre)
in Mio €



Gesetzliche Kapitalanforderungen

Laut EU-Finanzkonglomeraterichtlinie, einer ergänzenden Richtlinie der Europäischen Union, versteht der Gesetzgeber unter einem Finanzkonglomerat eine Finanzholding und ihre Tochtergesellschaften, die grenzüberschreitend und branchenübergreifend aktiv sind. Bei der Allianz Gruppe handelt es sich nach dieser Richtlinie und den ausführenden deutschen Gesetzen um ein Finanzkonglomerat. Das Gesetz verlangt, dass ein Finanzkonglomerat die verfügbaren Eigenmittel zur Erfüllung der Solvabilitätsanforderung auf konsolidierter Basis berechnet.

Finanzkonglomerate-Solvabilität[2)3)]
in Mrd €



Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die Eigenmittel, die bei der Solvabilität für das Versicherungs-, das Asset-Management- und das Bank-Geschäft berücksichtigt werden dürfen, auf 34,8 (31,8) Milliarden Euro einschließlich außerbilanzieller Rücklagen[4)] in Höhe von 2,0 (2,2) Milliarden Euro. Damit wurden die gesetzlichen Anforderungen um 13,6 (11,5) Milliarden Euro überschritten, so dass sich eine vorläufige Deckungsquote[2)] von 164 (157[3)]) Prozent ergibt.

[1)] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten.

[2)] Immaterielle Vermögenswerte im Zusammenhang mit vollkonsolidierten Private-Equity-Investments wurden erstmals vollständig von den verfügbaren Eigenmitteln abgezogen.

[3)] Die verfügbaren Eigenmittel und die Solvabilitätsanforderungen zum 31. Dezember 2008 unter Einbeziehung der aufgegebenen Geschäftsbereiche wurden für eine Pro-forma-Sicht unter der Annahme angepasst, der Verkauf der Dresdner Bank wäre vor Jahresultimo 2008 abgeschlossen. Beispielsweise bereinigten wir die verfügbaren Eigenmittel um nachrangige Verbindlichkeiten der Dresdner Bank und passten den Abzug des Geschäfts- oder Firmenwertes und anderer immaterieller Vermögenswerte an. Darüber hinaus strichen wir die Kapitalanforderungen für die aufgegebenen Geschäftsbereiche.

[4)] Außerbilanzielle Bewertungsreserven werden im Rahmen der Berichterstattung an die Aufsichtbehörden nur auf Antrag als verfügbare Eigenmittel angesetzt; die Allianz SE hat bisher keinen Antrag auf Anerkennung gestellt. Ohne die außerbilanziellen Bewertungsreserven beläuft sich die Deckungsquote auf 155 (146) %.

Kapitalanforderungen der Rating-Agenturen

Rating-Agenturen haben ihre eigenen Modelle, um das Verhältnis zwischen erforderlichem Risikokapital und verfügbarer Kapitalausstattung eines Unternehmens festzustellen. Die Bewertung der Kapitalausstattung ist üblicherweise ein wesentlicher Bestandteil des Ratingprozesses. Zum Jahresende 2009 wurde die finanzielle Stärke der Allianz SE von Standard & Poor's mit „AA" (Ausblick stabil), von A.M. Best mit „A+" (Ausblick stabil) und von Moody's mit „Aa3" (Ausblick stabil) eingestuft. Zum 31. Dezember 2009 hatte die Allianz SE unter den international tätigen Erstversicherungsgruppen in Europa das beste Rating von Standard & Poor's. Selbst während der Finanzkrise 2008 und 2009 wurden diese Ratings bestätigt und blieben stabil.

Die folgende Tabelle bietet einen detaillierten Überblick über Bonitätseinstufungen der Allianz SE zum 31. Dezember 2009 durch große Rating-Agenturen:

Ratings [1]	Standard & Poor's	Moody's	A.M. Best
Insurer Financial Strength Rating (Finanzkraft-Rating)	AA Ausblick stabil (bestätigt 01.09.2009)	Aa3 Ausblick stabil (bestätigt 26.02.2009)	A+ Ausblick stabil (bestätigt 11.03.2009)
Counterparty Credit Rating (Emittenten-Rating)	AA Ausblick stabil (bestätigt 01.09.2009)	Ohne Rating	aa [2] Ausblick stabil (bestätigt 11.03.2009)
Senior Unsecured Debt Rating (Rating für vorrangige unbesicherte Anleihen)	AA (bestätigt 01.09.2009)	Aa3 Ausblick stabil (bestätigt 26.02.2009)	aa Ausblick stabil (bestätigt 11.03.2009)
Subordinated Debt Rating (Rating für nachrangige Anleihen)	A+/A [3] (bestätigt 01.09.2009)	A2/A3 [3] Ausblick stabil (bestätigt 26.02.2009)	aa– [3] Ausblick stabil (bestätigt 11.03.2009)
Commercial Paper Rating (kurzfristiges Rating)	A–1+ (bestätigt 01.09.2009)	Prime–1 Ausblick stabil (bestätigt 26.02.2009)	Ohne Rating

Neben der geläufigen Bonitätseinstufung hat Standard & Poor's eine neue Ratingkategorie für Enterprise Risk Management (ERM) eingeführt, die separat bewertet wird. Zum September 2009 bewertete die Agentur das ERM im Allianz Versicherungsgeschäft mit der Note „Strong". Gemäß diesem Rating hielt es Standard & Poor's für „unwahrscheinlich, dass die Allianz Gruppe wesentliche Verluste außerhalb ihrer Risikotoleranz erleiden wird". Die Rating-Agentur bezog sich dabei nach eigenen Angaben auf unsere starke Risikomanagementkultur, unsere umfassende Überwachung der wichtigsten Risiken und unser ausgeprägtes strategisches Risikomanagement.

Ergänzende Stresstest-Analyse

Neben unserer internen Risikokapitalanalyse führen wir regelmäßig Stresstests durch. Ihre Ergebnisse verstehen wir als Frühwarnindikatoren für die Gesamtgruppe, die uns helfen, die jeweiligen gesetzlichen Anforderungen an die Solvabilität einzuhalten und die Forderungen an die Kapitalausstattung durch die Rating-Agenturen zu erfüllen. Für unsere operativen Einheiten verwenden wir ebenfalls Stresstestanalysen, um die Kapitalanforderungen zu überwachen, die von den entsprechenden lokalen Aufsichtsbehörden und Rating-Agenturen festgesetzt worden sind.

So ergaben beispielsweise Stresstests auf Gruppenebene, dass ein zehnprozentiger Kursrückgang unseres unter Available for Sale verbuchten Aktienportfolios das Eigenkapital zum Jahresende 2009 um 0,9 Milliarden Euro verringert hätte, nach Abzug der Anteile unserer Minderheitsaktionäre. Ein paralleler Anstieg der Zinskurve um 100 Basispunkte zum Jahresultimo 2009 hätte unser Eigenkapital, wenn wir die unter Available for Sale verbuchten festverzinslichen Wertpapiere berücksichtigen, um 3,9 Milliarden Euro vermindert, wiederum nach Abzug der Minderheitenanteile.

[1] Einschließlich der Ratings für Wertpapiere, die von der Allianz Finance II B.V. und der Allianz Finance Corporation begeben werden

[2] Emittenten-Rating

[3] Ratings variieren letztlich auf Grundlage der jeweiligen Bedingungen.

Konzentration von Risiken

Als integrierter Finanzdienstleistungsanbieter mit einer breiten Produktpalette, die sich über verschiedene Geschäftssegmente und geographische Regionen erstreckt, ist die Diversifikation für unser Geschäftsmodell ausschlaggebend. Sie unterstützt uns bei der effizienten Handhabung unserer Risiken, weil sie den wirtschaftlichen Einfluss eines einzelnen Ereignisses beschränkt. Zudem trägt sie zu einem insgesamt relativ stabilen Ertrags- und Risikoprofil bei. Wie bereits oben erwähnt, hängt der Grad, in dem der Diversifikationseffekt realisiert werden kann, nicht nur von der Korrelation zwischen den Risiken ab, sondern auch von der relativen Konzentration derselben. Daher zielen wir stets darauf ab, große Einzelrisiken zu vermeiden und ein ausgewogenes Risikoprofil aufrechtzuerhalten.

Unverhältnismäßig große Einzelrisiken, die sich häufen und zu substanziellen Verlusten führen können (zum Beispiel Naturkatastrophen oder Kreditereignisse), werden einzeln (das heißt vor Eintritt des Diversifikationseffekts) streng beobachtet und unterliegen einem globalen Limitsystem. Deshalb hat der Vorstand der Allianz SE beispielsweise für die operativen Einheiten und für die Gesamtgruppe Limite für Naturkatastrophen bestimmt. Sie dienen dazu, potenzielle Ertragsvolatilität zu dämpfen und mögliche Verluste durch Ereignisse mit einer Eintrittswahrscheinlichkeit von einmal in 250 Jahren zu mindern. Diese Limite werden jährlich überprüft. Zwei Instrumente, die wir heranziehen, um Höchstrisiken zu mindern und finanzielle Folgen nachteiliger Ereignisse für Unternehmen und Eigentümer zu begrenzen (etwa bei schweren Schäden durch Naturkatastrophen), sind beispielsweise die traditionelle Rückversicherungsdeckung und zweckbestimmte Finanztransaktionen auf Gruppenebene. Um unsere größten Risiken aus Naturkatastrophen bei Orkanen in Europa sowie Hurrikanes und Erdbeben in den USA teilweise gegen Risiken bei Taifunen und Erdbeben in Japan zu tauschen (unsere Aktivitäten in der Schaden- und Unfallversicherung sind dort gering), haben wir zum Beispiel im Jahr 2009 eine Risiko-Swap-Transaktion abgeschlossen.

Zusätzlich werden Kreditforderungen an einzelne Schuldner und Schuldnergruppen von der Gruppe überwacht und beschränkt. Hierfür wird ein übergreifendes Limitsystem eingesetzt, das sicherstellt, dass Kredit- und Kontrahentenrisiken der Gesamtgruppe adäquat kontrolliert werden. Folgende Risikomerkmale eines Kontrahenten werden dabei verwendet: Bilanzzahlen, Bonität, Länder- und Branchenkategorie, die gegenwärtige Portfoliozusammensetzung der Allianz Gruppe und das Konzentrationsrisiko, das der betreffende Kontrahent auf Portfolioebene verursacht. Kontrahentenlimite mindern nicht nur Risiken, sie zeigen den operativen Einheiten auch auf, wo unter Berücksichtigung der aktuellen Portfoliostruktur auf Gruppenebene nicht genutzte Anlagechancen bestehen.

Im Allgemeinen identifizieren und messen wir die Risikokonzentration auf der Grundlage des nichtdiversifizierten internen Risikokapitals entsprechend den Risikokategorien unseres internen Risikokapitalmodells und einheitlich für die ganze Gruppe. In den folgenden Abschnitten werden alle Risiken vor und nach Diversifikation dargestellt und die Konzentration einzelner Risikoquellen entsprechend besprochen.

Marktrisiken

Nachfolgend zeigen wir das gruppenweite interne Risikokapital für Marktrisiken.

Zugeordnetes internes Marktrisikokapital nach Geschäftssegment und Risikoquelle (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre)

	Zinssatz		Aktien		Immobilien		Währung[2]		Summe	
Zum 31. Dezember	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €
Nichtdiversifiziert										
Schaden- und Unfallversicherung	3 119	3 550	3 809	4 183	1 351	1 250	108	79	8 387	9 062
Lebens- und Krankenversicherung	5 498	6 163	4 225	4 039	900	1 118	—	—	10 623	11 320
Asset Management[3]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Corporate und Sonstiges[4]	2 104	2 411	1 608	1 232	146	148	—	—	3 858	3 791
Gruppe insgesamt	**10 721**	**12 124**	**9 642**	**9 454**	**2 397**	**2 516**	**108**	**79**	**22 868**	**24 173**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %									32	36
Gruppendiversifiziert										
Schaden- und Unfallversicherung	926	1 108	2 742	2 997	686	646	31	23	4 385	4 774
Lebens- und Krankenversicherung	1 632	1 924	3 043	2 894	457	578	—	—	5 132	5 396
Asset Management[3]	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Corporate und Sonstiges[4]	625	752	1 158	883	74	76	1 461	1 247	3 318	2 958
Gruppe insgesamt	**3 183**	**3 784**	**6 943**	**6 774**	**1 217**	**1 300**	**1 492**	**1 270**	**12 835**	**13 128**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %									42	45

In unserem Versicherungsgeschäft trug das weltweit positivere Zinsumfeld zu den geringeren internen Risikokapitalanforderungen für Zinsrisiken bei. Dies wurde durch die aktive Reduzierung von Inkongruenzen zwischen der Duration von Aktiva und Passiva in bestimmten Portfolios unterstützt.

Im Segment Corporate und Sonstiges nahm das interne Risikokapital für Aktienrisiken zu, da Aktien und eine stille Beteiligung an der Commerzbank im Rahmen des Verkaufs der Dresdner Bank an die Commerzbank am 12. Januar 2009 an die Allianz SE übertragen wurden. Dies wurde durch Aktienverkäufe im Segment Corporate und Sonstiges teilweise ausgeglichen.[5]

Die folgende Tabelle zeigt das durchschnittliche interne Risikokapital für Marktrisiken über die vier Quartale von 2009 und 2008 sowie die Höchst- und Niedrigstbeträge über die Quartale aus jeweils beiden Jahren.

[1] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten.
[2] Fremdwährungsrisiken werden in erster Linie dem Segment Corporate und Sonstiges zugeordnet (für weitere Informationen siehe auch „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").
[3] Das interne Risikokapital des Segments Asset Management reflektiert nur das Geschäftsrisiko (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").
[4] Das Segment Corporate und Sonstiges enthält auch unser Bankgeschäft in Deutschland, Italien, Frankreich und New Europe (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").
[5] Zusätzliche Informationen zu den Aktienverkäufen finden sich im Abschnitt „Werterhalt für die Allianz in Krisenzeiten – Kapital- und Solvabilitätserhalt der Allianz Gruppe und Ausrichtung unserer Investmentportfolios".

Durchschnittliches zugeordnetes internes Marktrisikokapital sowie Höchst- und Tiefstbeträge nach Risikoquelle (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre und nach Gruppendiversifikation)

	2009[1]			2008[2]		
	Über Quartalswerte			Über Quartalswerte		
	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €
Zinssatz	3 638	4 665	3 183	1 983	3 292	1 138
Aktien	7 011	7 536	6 518	9 214	10 539	7 838
Immobilien	1 301	1 393	1 217	1 286	1 425	1 218
Währung[3]	1 470	1 543	1 344	1 374	1 454	1 301
Gruppe insgesamt	**13 420**	**14 450**	**12 827**	**13 857**	**14 196**	**13 466**

Im Rahmen der Steuerung ihrer Geschäfte hält und verwendet die Allianz Gruppe viele unterschiedliche Finanzinstrumente. Im Folgenden werden die (nach Marktwert) höchsten Marktrisiken aufgezählt, kategorisiert wie in unserem internen Risikokapitalmodell: Zinsrisiko (aus Anleihen, Darlehen und anderen Finanzierungsinstrumenten) und Aktienkursrisiko (einschließlich der Risiken aus Stammaktien und Vorzugsaktien).

Aufgrund unseres diversifizierten Immobilienportfolios ist das Immobilienrisiko für die Allianz Gruppe von nachrangiger Bedeutung. Etwa 3 Prozent des gesamten, nichtdiversifizierten internen Risikokapitals beziehen sich auf das Immobilienrisiko.

Schaden- und Unfall- sowie Lebens- und Krankenversicherung

Für gewöhnlich dienen die versicherungsbezogenen Aktienanlagen der Allianz Gruppe der Portfoliodiversifizierung bei den betreffenden operativen Einheiten. 66 Prozent des nichtdiversifizierten internen Risikokapitals, das den Aktienrisiken in diesen Segmenten zugewiesen ist, entfallen auf unsere operativen Einheiten in Deutschland, Italien, Frankreich und den USA.

Das Zinsrisiko in der Schaden- und Unfall- sowie Lebens- und Krankenversicherung ergibt sich aus den Nettopositionen zwischen unseren Versicherungsverbindlichkeiten und den Anlagen in festverzinslichen Instrumenten, insbesondere Anleihen, Darlehen und Hypotheken mit unterschiedlicher Fälligkeit und Höhe. Unser internes Risikokapitalmodell zeigt dem Management Zahlungsströme der Verbindlichkeiten. Dadurch können Vermögenswerte und Verbindlichkeiten überwacht und gesteuert werden. In der Schaden- und Unfallversicherung ist die Fälligkeit der Verbindlichkeiten üblicherweise kurzfristiger als die der Kapitalanlagen, die sie decken. In der Lebens- und Krankenversicherung ist im Allgemeinen das Gegenteil der Fall. Dadurch entsteht auf Gruppenebene ein natürlicher Ausgleich.

Ein beträchtlicher Anteil nichtdiversifizierten internen Risikokapitals für Zinsrisiken der Lebens- und Krankenversicherung entfällt auf Westeuropa, und zwar überwiegend zur Absicherung traditioneller Lebensversicherungsprodukte (zum 31. Dezember 2009: 74 Prozent). Diese Produkte zeichnen sich dadurch aus, dass die Versicherungskunden an den Gewinnen (wie an den Verlusten) derjenigen Versicherungsgesellschaften teilhaben, die den Vertrag ausstellen, vorbehaltlich einer garantierten Mindestverzinsung und innerhalb des Ermessens der Geschäftsleitung. Vor allem unsere Lebens- und Krankenversicherungsverträge in Deutschland, Frankreich, der Schweiz und Österreich beteiligen die Versicherungskunden in hohem Maße am Risiko,

[1] Nach dem vollständigen Verkauf der Dresdner Bank
[2] Einschließlich aufgegebener Geschäftsbereiche
[3] Fremdwährungsrisiken werden in erster Linie dem Segment Corporate und Sonstiges zugeordnet (für weitere Informationen siehe auch „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").

etwa an Markt- und Kreditrisiken, versicherungstechnischen Risiken und Kostenrisiken.[1] Dies begrenzt unsere Risiken. Andererseits müssen wir bei diesen Verträgen jeweils eine Mindestverzinsung garantieren (so in Deutschland, Frankreich, den USA, Italien und Südkorea).[2] In den meisten dieser Märkte übersteigen die effektiven Einkünfte aus Zinsen auf das Anlageportfolio jedoch jeweils diese garantierte Mindestverzinsung. Das Zinsrisiko liegt hier also darin begründet, dass die Zinssätze in diesen Märkten unter die zugesagte Verzinsung sinken können. Ein wesentlicher Bestandteil unseres internen Risikokapitalmodells ist es, diese Garantien unter Berücksichtigung des Wechselverhältnisses von Anlagestrategie und unseren Kundenverpflichtungen zu bewerten.

Rund 11 Prozent des nichtdiversifizierten internen Risikokapitals, das der Lebens- und Krankenversicherung für Zins- und Aktienrisiken zugerechnet wird, ist der operativen Einheit Allianz Life Insurance Company of North America zuzuordnen, die in erster Linie Equity Indexed Annuities und Fixed Annuities sowie Variable Annuities anbietet. Diese Rentenprodukte gewähren den Versicherungskunden in der Regel einige Garantien. Je nach Art gewinnen derlei garantierte Leistungen an Wert hinzu, wenn Zinsen sinken, Aktienmärkte einbrechen oder die Volatilität zunimmt. Wir betreiben Absicherungsgeschäfte, um diese Risiken zu mindern. Während wir die Risiken aus den Garantien der Variable Annuities größtenteils selbst tragen, können Verluste von Equity Indexed Annuities und Fixed Annuities mit Versicherungskunden geteilt werden, vorbehaltlich einer garantierten Mindestverzinsung und eines Höchstsatzes für den Index. Die Bewertung solcher Garantien schlägt sich in unserem internen Risikokapitalmodell nieder.

Asset Management

Trotz der Tatsache, dass lediglich das Geschäftsrisiko den internen Risikokapitalbedarf im Asset Management bestimmt, gehört die Bewertung des Markt- und Kreditrisikos für Kapitalanlagen Dritter zum festen Bestandteil des Risikomanagements unserer lokalen Gesellschaften. Unsere Asset-Management-Gesellschaften überwachen die Marktrisiken anhand von VaR-Modellen, Sensitivitätsanalysen und Stresstests, mit denen der potenzielle Verlust unter extremen Marktbedingungen geschätzt wird. Alle zugrunde liegenden Modelle werden regelmäßig von den Risikoabteilungen der jeweiligen lokalen Gesellschaften überprüft.

Corporate und Sonstiges

Die primären Marktrisiken im Segment Corporate und Sonstiges sind das Zins-, das Aktien- und das Fremdwährungsrisiko. Das Segment Corporate und Sonstiges steuert die Aktienanlagen der Allianz SE einschließlich strategischer Beteiligungen und ihrer Finanzholdinggesellschaften sowie die emittierten Wertpapiere zur Finanzierung des Kapitalbedarfs der Allianz Gruppe. Einige dieser Wertpapiere gelten als anrechnungsfähiges Kapital für gesetzliche Solvabilitätsanforderungen, und zwar in dem Umfang, wie sie nachrangige Verbindlichkeiten darstellen oder ihrem Wesen nach zeitlich unbegrenzt sind.

Aufgrund der Tatsache, dass das Management unseres Nettozinsrisikos auf Gruppenebene erfolgt, sind die Zinsdurationen der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten des Segments Corporate und Sonstiges nicht unbedingt identisch. Jedoch gibt das auf das Segment Corporate und Sonstiges entfallende interne Zinsrisikokapital diese Nichtübereinstimmung angemessen wieder.

Das Segment Corporate und Sonstiges ist einem Fremdwährungsrisiko ausgesetzt, weil einige Tochtergesellschaften in Ländern mit anderer Währung als dem Euro arbeiten. Wenn diese Währungen im Vergleich zum Euro abgewertet werden, vermindern sich auf Gruppenebene auch die Nettovermögenswerte in Euro. Unsere wichtigsten Engagements, mit Wechselkursrisiken bestehen in US-Dollar, Schweizer Franken, britischem Pfund oder südkoreanischem Won.

Nach dem Verkauf der Dresdner Bank an die Commerzbank am 12. Januar 2009 betrachten wir Marktrisiken im Zusammenhang mit unserem Bankgeschäft auf Konzernebene als unerheblich.[3]

[1] Weitere Informationen zum traditionellen Lebensversicherungsgeschäft mit Gewinnbeteiligung finden sich unter Anmerkung 20 im Konzernanhang.

[2] Weitere Informationen zu den gewichteten Durchschnittsgarantieverzinsungen der wichtigsten operativen Einheiten im Lebens- und Krankenversicherungssegment der Allianz Gruppe finden sich unter Anmerkung 20 im Konzernanhang.

[3] Für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich".

Kreditrisiko

Unter Kreditrisiken versteht man potenzielle Wertverluste von Portfolien innerhalb eines bestimmten Zeitraums, die auf die veränderte Bonität der Bestände in diesen Portfolien zurückzuführen sind. Kreditrisiken entstehen im Zusammenhang mit Forderungen gegenüber verschiedenen Schuldnern wie Kreditnehmern, Kontrahenten, Emittenten, Bürgen und Versicherern. Derlei Risiken erstrecken sich daher auf alle relevanten Produktkategorien, darunter Anlagen des Konzerns in festverzinslichen Produkten, Krediten, Kreditversicherungen und Rückversicherungsforderungen. Verluste können sich aus folgenden Ereignissen ergeben:

- Unvermögen eines Schuldners, seinen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, gleich aus welchem Grund, und

- Ausfall von Staatsanleihen oder vorübergehende Aussetzung der Zahlungsverpflichtungen (Moratorium), Verschlechterung der wirtschaftlichen oder der politischen Bedingungen, Enteignung von Vermögen, Unmöglichkeit von Vermögenstransfers ins Ausland aufgrund staatlicher Eingriffe, Einfrieren umgetauschter und nicht umgetauschter Geldbeträge und so weiter (Länderrisiko einschließlich Transfer- und Umtauschrisiko).

Unser Schuldnerkreditrisikomanagement folgt einem Ansatz, der in unserer Branche weit verbreitet ist. Es stützt sich auf interne Ratings, die Restschuld bei Ausfall (Exposure At Default, kurz EAD) und die Verlusthöhe bei Eintritt des Ausfallereignisses nach Verwertung der Sicherheiten (Loss Given Default, kurz LGD), wobei alle Schätzungen auf statistischen Analysen und Fachgutachten beruhen. Auch unsere Aggregationsmethode ist mit dem in der Branche üblichen Ansatz des „Strukturmodells“ vergleichbar. Dieses Modell unterstellt den Ausfall eines Kontrahenten, wenn der Wert seines Gesamtvermögens niedriger ist als seine Gesamtverbindlichkeiten. Da Vermögenswertänderungen eines Unternehmens festlegen, ob dieses als Schuldner ausfällt, bestimmt die Abhängigkeit der Vermögenswerte verschiedener Unternehmen voneinander die Korrelation zwischen den Ausfällen. Die Schätzung dieser Parameter erlaubt es uns, das Kreditrisiko individueller Schuldner unter Verwendung von Monte-Carlo-Simulationen gruppenweit zusammenzufassen. So erhalten wir das Verlustprofil eines bestimmten Portfolios; das heißt, wir kennen die Wahrscheinlichkeitsverteilung der Verluste. Das Verlustprofil ist die Grundlage unseres internen Kreditrisikokapitalmodells.

Wir überwachen und steuern die Kreditrisiken und die Kreditkonzentrationen in unserem Portfolio mittels eines gruppenweit gültigen Limitsystems. Im Hinblick auf das Kontrahentenrisiko werden Limite gesetzt, welche die wichtigsten Kreditrisikofaktoren berücksichtigen. Sie zielen darauf ab, Spitzenkonzentrationen nach Branche und Kontrahent im Portfolio zu vermeiden. Zur Überwachung der Kreditrisiken sowohl im Portfolio der Einzelgesellschaften als auch im Gruppenportfolio können über das Intranet Kreditberichte zur Portfolioanalyse abgerufen werden.

Zugeordnetes internes Kreditrisikokapital nach Geschäftssegment und Risikoquelle (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre)

	Kapitalanlage		(Rück-)Versicherung[2]		Summe	
Zum 31. Dezember	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €	2009 Mio €	2008[1] Mio €
Nichtdiversifiziert						
Schaden- und Unfallversicherung	970	872	1 800	2 324	2 770	3 196
Lebens- und Krankenversicherung	1 739	1 159	169	162	1 908	1 321
Asset Management[3]	—	—	—	—	—	—
Corporate und Sonstiges[4]	825	502	—	—	825	502
Gruppe insgesamt	**3 534**	**2 533**	**1 969**	**2 486**	**5 503**	**5 019**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %					8	8
Gruppendiversifiziert						
Schaden- und Unfallversicherung	565	494	1 362	1 811	1 927	2 305
Lebens- und Krankenversicherung	1 013	657	128	126	1 141	783
Asset Management[3]	—	—	—	—	—	—
Corporate und Sonstiges[4]	481	284	—	—	481	284
Gruppe insgesamt	**2 059**	**1 435**	**1 490**	**1 937**	**3 549**	**3 372**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %					12	12

Das interne Kreditrisikokapital für Kapitalanlagen nahm zu, da wir in 2009 Collateralized Debt Obligations von der Dresdner Bank erwarben, die zum Jahresultimo 2008 als aufgegebene Geschäftsbereiche ausgewiesen waren. Darüber hinaus stiegt das Volumen festverzinslicher Anlagen im Lebens- und Krankenversicherungssegment allgemein aufgrund von Neuanlagen in Credit-Spread-Produkte, die von der Verengung der Spreads profitierten.[5]

Der Anstieg des internen Kreditrisikokapitals für Kapitalanlagen wurde teilweise durch den Rückgang des Kreditrisikokapitals für Rück- und Kreditversicherung aufgehoben. Der Rückgang ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass unsere Kreditversicherungseinheit Euler Hermes ihr Nettorisiko aktiv reduzierte und die Rückversicherungsstruktur änderte.

Die folgende Tabelle zeigt das durchschnittliche interne Risikokapital für Kreditrisiken über die vier Quartale von 2009 und 2008 sowie die Höchst- und Niedrigstbeträge über die Quartale aus jeweils beiden Jahren.

[1] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten.

[2] Das Rückversicherungsrisiko erfasst auch das Prämienrisiko, dem unser Kreditversicherer Euler Hermes aufgrund seines Geschäftsmodells ausgesetzt ist, weil diese Art von Risiko eine spezielle Form von Kreditrisiko darstellt.

[3] Das interne Risikokapital des Segments Asset Management reflektiert nur das Geschäftsrisiko (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").

[4] Das Segment Corporate und Sonstiges enthält auch unser Bankgeschäft in Deutschland, Italien, Frankreich und New Europe (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").

[5] Zusätzliche Informationen zu den Neuanlagen in Credit-Spread-Produkte finden sich im Abschnitt „Werterhalt für die Allianz in Krisenzeiten – Kapital- und Solvabilitätserhalt der Allianz Gruppe und Ausrichtung unserer Investmentportfolios".

Durchschnittliches zugeordnetes internes Kreditrisikokapital sowie Höchst- und Tiefstbeträge nach Risikoquelle (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre und nach Gruppendiversifikation)

	2009[1]			2008[2]		
	Über Quartalswerte			Über Quartalswerte		
	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €
Kapitalanlage	2 137	2 222	2 059	4 358	4 771	4 181
(Rück-)Versicherung[3]	1 555	1 611	1 490	1 770	1 871	1 656
Gruppe insgesamt	**3 692**	**3 792**	**3 549**	**6 127**	**6 614**	**5 837**

Schaden- und Unfall-, Lebens- und Krankenversicherung sowie Corporate und Sonstiges

Das Kreditrisiko der Schaden- und Unfall- sowie der Lebens- und Krankenversicherung besteht aus dem Kreditrisiko, das sich im Zusammenhang mit Rückversicherungskontrakten ergibt, und jenem, das sich auf das Emittenten- und Kontrahentenrisiko in unserem Kapitalanlagegeschäft bezieht. Beide Fälle werden getrennt voneinander betrachtet, auch wenn dieselbe Methodik angewandt wird. Für das Segment Corporate und Sonstiges berücksichtigt unser internes Risikokapitalmodell nur das Kreditrisiko aus Kapitalanlagen, weil Rückversicherungsaktivitäten in der Regel der Schaden- und Unfallversicherung zugeordnet werden. Nach dem Verkauf der Dresdner Bank an die Commerzbank am 12. Januar 2009 betrachten wir die Kreditrisiken im Zusammenhang mit unserem Bankgeschäft auf Konzernebene als unerheblich.[4]

Kreditrisiko – Rückversicherung und Kreditversicherung

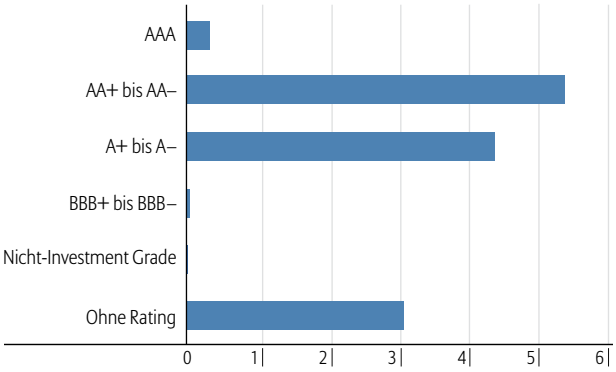
Zusammen mit dem Kreditrisiko aus Rückversicherungen wird auch das Prämienrisiko unseres Kreditversicherers Euler Hermes erfasst, das aus dessen Geschäftsmodell erwächst und eine Spezialform von Kreditrisiko darstellt. Zum 31. Dezember 2009 umfasste es rund 57 Prozent des gesamten nichtdiversifizierten internen Risikokapitals für Kreditrisiken im Rück- und Kreditversicherungsgeschäft.

Die Allianz Gruppe begrenzt ihre Haftung aus dem Versicherungsgeschäft, indem sie einen Teil der übernommenen Risiken an den internationalen Rückversicherungsmarkt weitergibt. Ein spezielles Team wählt unsere Rückversicherungspartner aus, wobei für uns ausschließlich Unternehmen mit hoher Kreditwürdigkeit in Betracht kommen. Wir können ferner Akkreditive, Bareinlagen oder andere finanzielle Maßnahmen fordern, um unser Kreditrisiko weiter zu senken. Um das jeweilige Kreditrisiko zu steuern, erfassen wir gruppenweit Daten über potenzielle und tatsächliche Forderungen im Fall von Rückversicherungsverlusten. Zum 31. Dezember 2009 entfielen 76 (74) Prozent der Rückversicherungsforderungen der Allianz Gruppe auf Rückversicherer, die von Standard & Poor's zumindest ein „A"-Rating erhalten haben. Die Forderungen an Rückversicherer, die nicht geratet sind, machten 23 (24) Prozent der gesamten Rückversicherungsforderungen aus. Zu dieser Kategorie zählten Engagements bei nichtgerateten Brokern, Unternehmen in der Abwicklung und Pools sowie bei Unternehmen, die nur durch A.M. Best geratet sind.

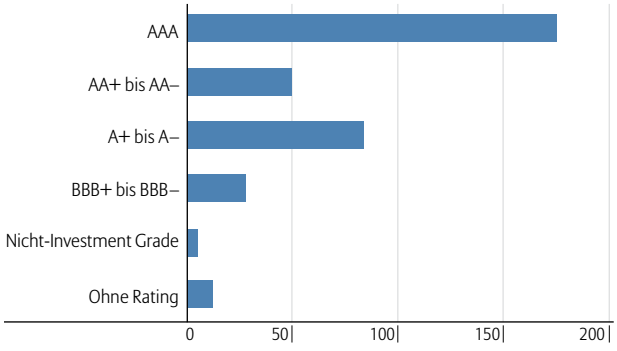
Zum 31. Dezember 2009 wurden 11 Prozent des gesamten nichtdiversifizierten internen Risikokapitals, das auf Kreditrisiken im Rück- und Kreditversicherungsgeschäft entfällt, unseren operativen Einheiten in den USA zugeordnet.

[1] Nach dem vollständigen Verkauf der Dresdner Bank
[2] Einschließlich aufgegebener Geschäftsbereiche
[3] Das Rückversicherungsrisiko erfasst auch das Prämienrisiko, dem unser Kreditversicherer Euler Hermes aufgrund seines Geschäftsmodells ausgesetzt ist, weil diese Art von Risiko eine spezielle Form von Kreditrisiko darstellt.
[4] Für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich".

Forderungen gegenüber Rückversicherern nach Ratingklassen[1] zum 31. Dezember 2009
in Mrd €



Festverzinsliche Kapitalanlagen nach Ratingklassen zum 31. Dezember 2009
Marktwerte in Mrd €



Kreditrisiko – Kapitalanlage

Zum 31. Dezember 2009 trugen unsere Gesellschaften in den USA und Deutschland 35 Prozent zum nichtdiversifizierten internen Risikokapital bei, das auf die Kreditrisiken aus Kapitalanlagen in der Schaden- und Unfall-, der Lebens- und Krankenversicherung sowie im Segment Corporate und Sonstiges entfällt.

Wir begrenzen das Kreditrisiko unserer Festzinsanlagen dadurch, dass wir hohe Anforderungen an die Kreditwürdigkeit unserer Emittenten stellen, unsere Kapitalanlagen diversifizieren und Limite für Kreditkonzentrationen einrichten. Die Einhaltung dieser Limite wird monatlich überwacht. Dazu werden unsere Engagements konsolidiert und geprüft, und zwar geschäftssegment- und anlagekategorienübergreifend über die einzelnen Schuldner. Zum 31. Dezember 2009 verfügten rund 95 (94) Prozent der Festzinsanlagen unserer Versicherungsgesellschaften über ein Investment Grade Rating, und rund 87 (88) Prozent der Festzinsanlagen waren auf Schuldner mit zumindest einem „A“-Rating von Standard & Poor’s verteilt.

Zusätzlich zu diesen Festzinsanlagen verfügt die Allianz Gruppe in Deutschland und den USA über Portfolios von nicht handelbaren, selbst ausgegebenen Hypothekendarlehen. 98 Prozent des deutschen Hypothekenportfolios wiesen zum Berichtsjahresende eine Bonität auf, die wir nach unserer internen Bewertung gleich einem Investment Grade Rating von Standard & Poor’s setzen. Die US-amerikanischen gewerblichen Hypothekenanlagen werden bei der Kreditvergabe im Einzelnen dahingehend überprüft, ob sie unseren konservativen Risikoübernahmerichtlinien entsprechen und Kreditwürdigkeit gegeben ist. Deshalb haben wir in diesem Portfolio noch keine Verluste erfahren, auch wenn in 2009 aufgrund der Finanzkrise drei Fälle von überfälligen oder zwangsvollstreckten nicht handelbaren gewerblichen Hypothekendarlehen beobachtet wurden. Allerdings hat es davor seit 1994 keine weiteren solcher Fälle gegeben. Deshalb halten wir ein Investment Grade Rating für das Portfolio immer noch für gerechtfertigt und stützen uns für diese Einschätzung darüber hinaus auf zusätzliche Stresstestanalysen. Die US-amerikanischen Versicherungsgesellschaften der Allianz sind mit weniger als 1,0 Millionen Euro im Hypothekengeschäft mit Wohnimmobilien engagiert.

Asset Management

Im Zuge des Investmentprozesses bewerten unsere Asset-Management-Gesellschaften die Kreditrisiken für ihre Kundenportfolios. Obwohl unser Asset Management nicht im Kreditgeschäft engagiert ist, können unter bestimmten Umständen Kontrahentenrisiken entstehen, beispielsweise bei „Over-the-Counter(OTC)-Geschäften“ in Verbindung mit

[1] Bezieht sich auf das Bruttorisiko, aufgegliedert nach Rückversicherern.

Maklern. Die operativen Einheiten im Asset Management bewerten die Kreditwürdigkeit ihrer Kontrahenten und legen Limite für jeden einzelnen nach objektiven Kriterien fest.

Versicherungstechnische Risiken

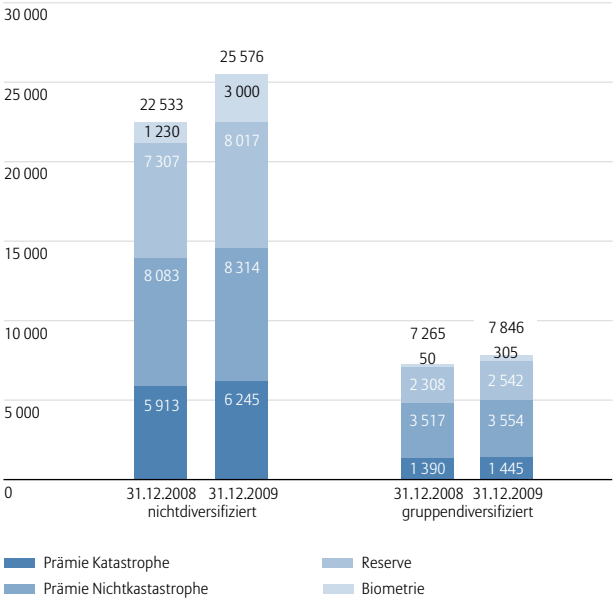
Versicherungstechnische Risiken setzen sich in erster Linie aus Prämien- und Reserverisiken (Schaden- und Unfallversicherung) sowie biometrischen Risiken (Lebens- und Krankenversicherung) zusammen. Im Asset Management und im Bankgeschäft sind versicherungstechnische Risiken unerheblich. Das Segment Corporate und Sonstiges bietet einige Garantien, durch die geringfügige Teile des versicherungstechnischen Risikos der lokalen Gesellschaften auf dieses Segment übertragen werden. Das Risiko wird jedoch in der Regel durch interne Rückversicherung weitergereicht und der Schaden- und Unfallversicherung zugewiesen.

Zugeordnetes internes versicherungstechnisches Risikokapital nach Geschäftssegment [1](Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre)

Zum 31. Dezember	Summe	
	2009 Mio €	2008[2] Mio €
Nichtdiversifiziert		
Schaden- und Unfallversicherung	22 149	20 851
Lebens- und Krankenversicherung	3 017	1 244
Corporate und Sonstiges [3]	410	438
Gruppe insgesamt	**25 576**	**22 533**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %	36	34
Gruppendiversifiziert		
Schaden- und Unfallversicherung	7 406	7 072
Lebens- und Krankenversicherung	310	55
Corporate und Sonstiges [3]	130	138
Gruppe insgesamt	**7 846**	**7 265**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %	26	25

Zugeordnetes internes versicherungstechnisches Risikokapital nach Risikoquelle [4] (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre)

in Mio €



Das interne Reserverisikokapital stieg in erster Linie aufgrund von Modellverbesserungen im Zusammenhang mit unserem Rückversicherungsgeschäft und einigen Krankenversicherungsaktivitäten in Frankreich. Das interne Risikokapital für biometrische Risiken stieg deutlich, da nun für einen Großteil des Lebensversicherungsportfolios das Langlebigkeitsrisiko besser in unserem internen Risikokapitalmodell berücksichtigt ist.

Die folgende Tabelle zeigt das durchschnittliche interne Risikokapital für versicherungstechnische Risiken über die vier Quartale von 2009 und 2008 sowie die Höchst- und Niedrigstbeträge über die Quartale aus jeweils beiden Jahren.

[1] Da die Risiken anhand eines ganzheitlichen Konzepts auf ökonomischer Basis gemessen werden, werden für das interne Risikokapital Rückversicherungseffekte berücksichtigt.

[2] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten. Obwohl unsere aufgegebenen Geschäftsbereiche keinen versicherungstechnischen Risiken ausgesetzt waren, wirkten sie sich aufgrund von Diversifikationseffekten auf das gruppendiversifizierte interne Risikokapital aus. Die Aufgabe bestimmter Bankgeschäftsbereiche hatte ein weniger diversifiziertes Versicherungssegment zur Folge.

[3] Unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts bestehen bedingte Verpflichtungen in Höhe von bis zu maximal 600 Mio USD gegenüber Fireman's Fund Insurance Company, Novato, im Zusammenhang mit bestimmten Versicherungsrückstellungen.

[4] Da die Risiken anhand eines ganzheitlichen Konzepts auf ökonomischer Basis gemessen werden, werden für das interne Risikokapital Rückversicherungseffekte berücksichtigt. In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten. Obwohl unsere aufgegebenen Geschäftsbereiche keinen versicherungstechnischen Risiken ausgesetzt waren, wirkten sie sich aufgrund von Diversifikationseffekten auf das gruppendiversifizierte interne Risikokapital aus. Die Aufgabe bestimmter Bankgeschäftsbereiche hatte ein weniger diversifiziertes Versicherungssegment zur Folge.

Durchschnittliches zugeordnetes internes versicherungstechnisches Risikokapital sowie Höchst- und Tiefstbeträge nach Risikoquelle (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre und nach Gruppendiversifikation)

	2009[1]			2008[2]		
	Über Quartalswerte			Über Quartalswerte		
	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €	Durchschnitt Mio €	Hoch Mio €	Niedrig Mio €
Prämie Katastrophe	1 452	1 473	1 434	1 245	1 258	1 218
Prämie Nichtkatastrophe	3 721	3 883	3 554	3 333	3 399	3 264
Reserve	2 514	2 544	2 480	1 979	2 098	1 872
Biometrie	134	305	72	41	45	35
Gruppe insgesamt	**7 820**	**7 977**	**7 669**	**6 597**	**6 796**	**6 421**

Schaden- und Unfallversicherung

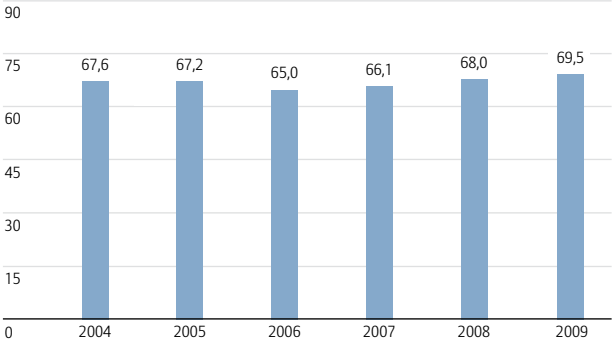
Ein wesentlicher Teil des nichtdiversifizierten, dem versicherungstechnischen Risiko zugerechneten internen Risikokapitals in der Schaden- und Unfallversicherung wurde zum 31. Dezember 2009 unseren Gesellschaften in Deutschland, Italien, Frankreich und den USA zugewiesen (44 Prozent).

Prämienrisiko

Das Prämienrisiko stellt das Risiko dar, dass innerhalb eines Jahres die Rentabilität der Risikoübernahme im Vergleich zum Erwartungswert niedriger ist. Veränderungen der Rentabilität über die Zeit lassen sich auf der Grundlage von Schadenquoten und deren Schwankungen messen.[3]

Schadenquoten[4] in der Schaden- und Unfallversicherung für die letzten sechs Jahre

in %



Man unterscheidet beim Prämienrisiko zwischen Katastrophenrisiko (CAT-Risiko) und Nichtkatastrophenrisiko (Nicht-CAT-Risiko). In erster Linie quantifizieren und steuern wir das Prämienrisiko mittels versicherungsmathematischer Modelle, mit denen jedem Risiko auch Verlustverteilungen zugeordnet werden.

[1] Nach dem vollständigen Verkauf der Dresdner Bank

[2] Einschließlich aufgegebener Geschäftsbereiche

[3] Eine Aufschlüsselung der Schadenquoten nach Geschäftsbereichen in den letzten drei Jahren ist dem Kapitel „Schaden- und Unfallversicherung – Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft nach Geschäftsbereichen" des Konzernberichts zu entnehmen.

[4] Verhältnis von Schadenaufwendungen (netto) zu verdienten Beiträgen (netto)

Eine besondere Herausforderung für das Risikomanagement sind wegen der Kumulierungseffekte und aufgrund ihrer naturbedingt äußerst begrenzten Vorhersehbarkeit Naturkatastrophen wie Erdbeben, Stürme und Überschwemmungen. Um solche Risiken zu quantifizieren und ihre potenziellen Auswirkungen besser abzuschätzen, nutzen wir spezielle Methoden zur Modellierung. Dabei werden Portfoliodaten, etwa über die geographische Verteilung sowie über Wert und Eigenschaft der versicherten Objekte, mit simulierten Naturkatastrophenszenarien kombiniert. Aus dieser Zusammenschau lassen sich sodann mögliche Schadenauswirkungen und -häufungen feststellen. Wo solche Modelle noch nicht existieren, zum Beispiel für das Überschwemmungsrisiko in Italien, verwenden wir szenariogestützte Ansätze.

2009 nahmen wir in unser integriertes Risikomodell für Naturkatastrophen einige zusätzliche Regionen auf, außerdem Risiken im Zusammenhang mit kleineren Geschäftsvolumina. Zusätzlich schufen wir in Bezug auf Katastrophenrisiken einen konzernweiten Standard für Risikodaten, der es uns ermöglicht, unsere Überwachungssysteme für Konzentrationsrisiken zu verbessern.

Mehr als ein Drittel (31. Dezember 2009: 35 Prozent) des nichtdiversifizierten internen Prämienrisikokapitals, das auf das Naturkatastrophenrisiko entfällt, lag bei unseren Gesellschaften in Deutschland und den USA. Unsere größten Risiken in Bezug auf Naturkatastrophen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Die fünf größten globalen Kumulationsszenarien: Verlustpotential für einzelne Ereignisse, und zwar unter Annahme einer Eintrittswahrscheinlichkeit von einmal in 250 Jahren (das heißt 0,4 Prozent) und bereinigt um die Rückversicherung

Zum 31. Dezember 2009	Risiko [1] Mio €
Orkane in Europa	1 093
Hagel in Deutschland	846
Hurrikane in den USA	751
Erdbeben in Australien	742
Erdbeben in Italien	668

[1] Für die Berechnung der Risiken nutzen wir die neusten verfügbaren Schätzwerte. Entweder werden erworbene Modelle oder eigene, von internen Experten entwickelte Modelle verwendet. Allen Modellen sind die Unsicherheiten aus wissenschaftlichen Annahmen und den zugrundeliegenden Daten gemein.

Reserverisiko

Das Reserverisiko bezieht sich auf das Risiko, dass Schadenrückstellungen sich innerhalb eines Jahres negativ verändern, weil die Abwicklung von Schadensersatzansprüchen zeitlich und in ihrer Höhe schwanken. Im Abschnitt „Vermögenslage und Eigenkapital – Rückstellungen für Schaden- und Unfallversicherungen“ wird der Nettoüberschuss[2] gegenüber den anfänglichen Rückstellungen für die vergangenen fünf Kalenderjahre aufgelistet. Die von uns verwandten Konzepte ähneln den Methoden zur Reservefestlegung. Mit ihnen messen und steuern wir das Reserverisiko, indem wir fortlaufend verfolgen, wie sich die Reserven für Schadenfälle entwickeln.[3] Bei Bedarf werden die Rückstellungen so korrigiert, wie es die versicherungsmathematischen Standards vorsehen.

Versicherungstechnische Risiken im Firmen- und Industriekundengeschäft

Die Grundlage für angemessene Entscheidungen zur Risikoübernahme und zum Risikomanagement bildet unser solides gruppenweites Risikozeichnungssystem. Dieses hilft uns, potenziell hohe Einzelrisiken, darunter Reputationsrisiken, zu beschränken. Zudem legt es gemeinsame Mindeststandards zur Risikoübernahme im internationalen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft für Firmen- und Industriekunden fest, und zwar für Erst- und Rückversicherungen.

Spezielle Mindeststandards dienen dazu, uns vor unerwünschten oder übermäßigen Risiken zu schützen. Mit ihnen wird festgelegt, welche Risiken nicht versichert werden können. Sie bieten klare Anforderungen an Genehmigungen auf den verschiedenen Konzernebenen. Vor allem bestimmen sie, welche Aktivitäten durch das Group Insurance Risk Committee, einem Unterkomitee des Group Risk Committees, zu genehmigen oder an dieses zu berichten sind. Diese Standards dokumentieren auch die einzelnen Zuständigkeiten bei der Risikozeichnung und legen verbindliche Vorschriften für einzelne Policen oder Versicherungsgeschäfte fest. Für Ausnahmen bedarf es der Zustimmung des lokalen Chief Underwriting Officer und der Unterrichtung des Group Insurance Risk Committee.

[2] Der kumulierte Nettoüberschuss resultiert aus der Neubewertung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für in früheren Geschäftsjahren eingetretene Schäden und enthält Effekte aus der Währungsumrechnung. Weitere Informationen finden sich im Abschnitt „Vermögenslage und Eigenkapital – Rückstellungen für Schaden- und Unfallversicherungen“.

[3] Weitere Informationen finden sich im Abschnitt „Vermögenslage und Eigenkapital – Rückstellungen für Schaden- und Unfallversicherungen“.

Lebens- und Krankenversicherung

Biometrisches Risiko

Wir berücksichtigen Sterblichkeits- und Langlebigkeitsrisiken, die Unsicherheit darüber schaffen, wie hoch die Leistungen für Versicherungskunden sein werden. Diese Unsicherheit ist bedingt dadurch, dass es nicht vorhersehbar ist, wann eine versicherte Person stirbt. Bei der Modellierung dieser Risiken in unserem internen Risikokapitalmodell unterscheiden wir zwischen Sterblichkeitsniveau, Sterblichkeitstrend und Kalamitätsrisiko. Biometrische Annahmen, etwa über die Lebenserwartung, spielen eine bedeutende Rolle.[1)]

Unser Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft weist keine bedeutende Konzentration biometrischer Risiken auf. Dies gilt zum einen deshalb, weil das Portfolio sowohl aus Lebens- als auch aus Rentenversicherungen besteht, also aus Sterblichkeits- und Langlebigkeitsrisiken, und auf diese Weise ein portfoliointerner Risikoausgleich stattfindet. Zum anderen verhindert unsere geographische Diversifikation eine übermäßige Konzentration biometrischer Risiken zum 31. Dezember 2009.[2)]

Geschäftsrisiko

Geschäftsrisiken setzen sich aus operationellen Risiken und Kostenrisiken zusammen. Operationelle Risiken beziehen sich auf Verluste, die entstehen, weil Betriebsabläufe, Mitarbeiter oder Systeme ungeeignet sind und Fehlentwicklungen nach sich ziehen, weil externe Ereignisse wie Stromausfall oder Überschwemmung zu einer Betriebsunterbrechung führen, weil Betrugsschäden durch Mitarbeiter anfallen oder weil das Unternehmen bei einem Gerichtsverfahren unterliegt. Während in den operationellen Risiken auch rechtliche Risiken enthalten sind, werden die strategischen und die Reputationsrisiken im Einklang mit den Anforderungen von Solvency II und Basel II ausgeschlossen. Kostenrisiken ergeben sich aus ungünstigen Veränderungen von Geschäftsannahmen und unerwarteten Ergebnisschwankungen, die dadurch entstehen, dass die Aufwendungen nicht im selben Ausmaß verringert werden können, wie die Erträge sinken. In die Kostenrisiken ist auch das Budgetdefizitrisiko eingeschlossen, das aus geringeren Einnahmen oder höheren Kosten herrührt, als dies im Budget vorgesehen ist.

Zugeordnetes internes Geschäftsrisikokapital nach Geschäftssegment (Gesamtbestand vor Abzug der Beteiligungen der Minderheitsaktionäre)

	Summe	
Zum 31. Dezember	2009 Mio €	2008[3)] Mio €
Nichtdiversifiziert		
Schaden- und Unfallversicherung	6 055	5 898
Lebens- und Krankenversicherung	5 519	5 163
Asset Management[4)]	4 194	3 304
Corporate und Sonstiges[5)]	681	648
Gruppe insgesamt	**16 449**	**15 013**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %	23	22
Gruppendiversifiziert		
Schaden- und Unfallversicherung	1 921	1 707
Lebens- und Krankenversicherung	2 133	1 864
Asset Management[4)]	1 948	1 453
Corporate und Sonstiges[5)]	159	131
Gruppe insgesamt	**6 161**	**5 155**
Anteil am gesamten internen Risikokapital für die Gruppe in %	20	18

Das interne Geschäftsrisikokapital für das Segment Assset Management stieg deutlich vor allem aufgrund der Zunahme des verwalteten Vermögens und der Übernahme von cominvest.

Da nahezu alle Asset-Management-Anlagen für Dritte oder für Allianz Versicherungseinheiten gehalten werden, bergen sie keine wesentlichen Markt- und Kreditrisiken in diesem Segment, so dass die internen Risikokapitalanforderungen nur Geschäftsrisiken einschließlich der Liquiditätsrisiken abbilden.[6)]

[1)] Für weitere Informationen zu biometrischen Annahmen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Nicht vom Markt bestimmte Annahmen".

[2)] Weitere Informationen zur Konzentration von Versicherungsrisiken im Segment Lebens- und Krankenversicherungen finden sich unter Anmerkung 20 im Konzernanhang.

[3)] In den Zahlen für 2008 sind aufgegebene Geschäftsbereiche nicht enthalten.

[4)] Das interne Risikokapital des Segments Asset Management reflektiert nur das Geschäftsrisiko (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").

[5)] Das Segment Corporate und Sonstiges enthält auch unser Bankgeschäft in Deutschland, Italien, Frankreich und New Europe (für weitere Informationen siehe „Internes Risikokapitalsystem – Anwendungsbereich").

[6)] Internes Risikokapital für Garantien im Segment Asset Management ist ohne Bedeutung.

Die Allianz hat ein gruppenweites Risikomanagementsystem entwickelt, durch das operationelle Risiken frühzeitig erkannt und gesteuert werden können. Es definiert Aufgaben und Zuständigkeiten, Risikoprozesse und Methoden und gilt in den großen Unternehmen der Allianz Gruppe. Dort kümmern sich die lokalen Risikomanager um seine Einhaltung. Die Gesellschaften identifizieren und bewerten ihre operationellen Risiken und überwachen Schwachstellen. Hierbei wird auf eine strukturierte Selbsteinschätzung aufgebaut. Ergänzend werden Verluste aus dem operationellen Risiko in einer zentralen Datenbank gespeichert. Fallen hohe Verluste an, erfolgt eine Ursachenanalyse mit dem Ziel, solche Verluste künftig zu vermeiden oder zumindest zu verringern, und zwar über folgende Maßnahmen: Prozesse, fehlgeschlagene oder unzureichende Kontrollen sowie Notfallpläne werden überarbeitet und verbessert und umfassende Sicherheitssysteme eingerichtet. Dieses strukturierte Berichtswesen erlaubt es uns, die Geschäftsführungen der Allianz Gruppe und der betreffenden Gesellschaft rechtzeitig und umfassend über Verbesserungspotenziale zu unterrichten.

Die Allianz Gruppe und ihre operativen Einheiten sind bei schwerwiegenden Ausfällen und Katastrophen, die eine ernste Unterbrechung für das Arbeitsumfeld sowie für Einrichtungen und das Personal mit sich bringen könnten, einem wesentlichen operationellen Risiko ausgesetzt. Unser Business-Continuity-Management(BCM)-System zielt darauf ab, kritische Geschäftsfunktionen vor derlei Auswirkungen zu schützen, damit diese ihre Kernaufgaben zeitgerecht und nach den erforderlichen Qualitätsstandards erfüllen können. BCM-Aktivitäten und -Know-How werden stetig verbessert; sie sind unablässiger Bestandteil der Unternehmenskultur.

Es gibt gruppenweite Mindestsicherheitsstandards für IT-Systeme, um die ordnungsgemäße Nutzung und den Schutz des Informationsbestandes der Gruppe sicherzustellen. Unser internes Kontrollsystem zielt darauf ab, bei der Finanzberichterstattung operationelle Risiken zu verringern.[1)] Wir sind im Allgemeinen bestrebt, Prozessversagen dadurch zu verringern, dass wir konzernweit relevante Methoden, Vorgehensweisen, Strukturen und Prozesse klar dokumentieren. Als ein wesentliches Prinzip, das in der Allianz Group Risk Policy aufgeführt ist, verlangen wir über die gesamte Gruppe hinweg eine umfassende und zeitnahe Dokumentation. Darüber hinaus befasst sich Group Legal Services mit der Minderung von Rechtsrisiken, unterstützt durch weitere Abteilungen.[2)]

Sonstige Risiken

Es gibt bestimmte Risiken, die mit unserem internen Risikokapitalmodell nicht hinreichend gruppenweit quantifiziert werden können. Um diese Risiken zu identifizieren, zu analysieren, zu bewerten und zu überwachen, verfolgen wir einen systematischen Risikobewertungsansatz. Er stützt sich im Allgemeinen auf qualitative Kriterien oder Szenarioanalysen. Zu den wichtigsten dieser sonstigen Risiken zählen das Liquiditäts-, das Reputations- und das strategische Risiko.

Liquiditätsrisiko

Darunter verstehen wir das Risiko, dass das Unternehmen seinen kurzfristigen oder künftigen Zahlungsverpflichtungen nicht oder nur unter geänderten Bedingungen nachkommen kann. Es umfasst ferner das Risiko, dass im Fall einer Liquiditätskrise des Unternehmens Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Zinssätzen beschafft beziehungsweise Aktivposten nur mit Abschlägen liquidiert werden können. Dieses Risiko kann insbesondere aus Inkongruenzen zwischen der Fälligkeit von Zahlungseingängen und Finanzierungsverpflichtungen entstehen. Zum Liquiditätsrisiko gehört nicht das Marktpreisänderungsrisiko aufgrund von Verschlechterungen der Marktliquidität von Aktiva, weil dieses als Marktrisiko durch unser internes Risikokapitalmodell abgebildet wird. So ziehen wir beispielsweise die historische Entwicklung heran, um die im Modell verwendeten Wertschwankungen von Immobilienanlagen zu schätzen. Das Refinanzierungsrisiko, das eine bestimmte Form des Liquiditätsrisikos ist, entsteht, wenn die erforderliche Liquidität zur Finanzierung illiquider Vermögenspositionen nicht zu den erwarteten Bedingungen und nicht rechtzeitig gegeben ist.

[1)] Weitere Informationen zum internen Kontrollsystem für Finanzberichterstattung finden sich im Abschnitt „Kontrollen und Verfahren – Rahmenwerk für die Finanzberichterstattung – Interne Kontrolle der Finanzberichterstattung" des Konzernberichts.

[2)] Weitere Informationen sind dem Abschnitt „Risikoorganisation und Prinzipien (Governance)" zu entnehmen.

Weitere, genauere Informationen zum Liquiditätsrisiko der Allianz, zu ihrer Liquidität und ihrer Finanzierung, darunter Änderungen hinsichtlich Barreserve und anderer liquiden Mittel, finden sich etwa im Kapitel „Liquidität und Finanzierung“ sowie in den Anmerkungen 17, 23, 24 und 44 des Konzernabschlusses.

Corporate und Sonstiges

Im Segment Corporate und Sonstiges entstehen Liquiditätsrisiken vornehmlich aus Kapitalanforderungen der Tochtergesellschaften und aus der Notwendigkeit, fällig werdende strategische Finanzierungsverbindlichkeiten zu refinanzieren. Die Liquiditätsposition der Allianz SE wird täglich überwacht und dem Vorstand regelmäßig mitgeteilt. Die wichtigsten Instrumente zur Begrenzung eines unvorhergesehenen Liquiditätsbedarfs sind verbindlich zugesagte Kreditlinien von Banken, Finanzierung über Commercial Papers, mittelfristige Kreditvergabeprogramme, Zugang zum Repo-Markt sowie interne Ressourcen (konzerninterne Darlehen und ein internationaler Cashpool).

Aufgrund des geringen Umfangs der risikogewichteten Aktiva und des Gesamtvermögens (zum 31. Dezember 2009 8,7 Milliarden Euro bzw. 19,5 Milliarden Euro) gilt das Liquiditätsrisiko für unser Bankgeschäft auf Gruppenebene als unerheblich.

Schaden- und Unfall- sowie Lebens- und Krankenversicherung

Unsere Versicherungsgesellschaften steuern das Liquiditätsrisiko lokal. Sie verwenden dabei lokale Systeme zum Management von Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, die sicherstellen, dass diese Positionen auf geeignete Weise aufeinander abgestimmt werden. In der Schaden- und Unfallversicherung ähneln unsere Konzepte zur Ermittlung der Zahlungsströme, die von unseren Verbindlichkeiten herrühren, bis zu einem gewissen Grad den Methoden zur Festlegung von Reserven.

In den Versicherungsgeschäftssegmenten ist das Liquiditätsrisiko ein Sekundärrisiko, das nach Eintritt externer Ereignisse, etwa einer Naturkatastrophe, wirksam wird. Solche Ereignisse werden für gewöhnlich in unserem internen Risikokapitalmodell berücksichtigt. Daher tragen Begrenzung und Überwachung der damit verbundenen Primärrisiken (zum Beispiel durch Rückversicherungen) ebenfalls zur Begrenzung des daraus herrührenden Liquiditätsrisikos bei. Äußerst ungünstige Veränderungen von Geschäftsannahmen wie Storno- oder Vertragserneuerungsfaktoren oder Kosten können ebenfalls zu Liquiditätsrisiken führen. Diese Auswirkungen werden jedoch von unserem internen Risikokapitalmodell ebenfalls abgedeckt.

Die lokalen Investmentstrategien konzentrieren sich insbesondere auf die Qualität der Kapitalanlagen und stellen sicher, dass die Portfolios einen nicht unerheblichen Anteil an liquiden Vermögenswerten enthalten (zum Beispiel Staatsanleihen oder Pfandbriefe). Darüber hinaus bietet die Qualität unserer Kapitalanlagen ein gewisses Maß an Sicherheit dafür, den erhöhten Liquiditätsbedarf nach eher unwahrscheinlichen Ereignissen zu decken.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass nach einem außergewöhnlichen Ereignis in der Regel ein Teil der anfallenden Zahlungen erst einige Zeit später geleistet werden muss. Dadurch verringert sich das Risiko, dass kurzfristige Zahlungsverpflichtungen nicht einzuhalten sind.

Wir wenden versicherungsmathematische Methoden zur Schätzung unserer Verbindlichkeiten aus Versicherungsverträgen an. Im Zuge unserer standardisierten Liquiditätsplanung stimmen wir die Zahlungsströme aus unserem Anlageportfolio mit den Schätzungen von Zahlungsströmen ab, die aus unseren Verbindlichkeiten resultieren. Diese Analysen werden für die einzelnen Gesellschaften vorgenommen und auf Gruppenebene zusammengeführt. Überschüssige Liquidität wird von der Gruppe in einem zentralen Cashpool verwaltet und kann bei Bedarf einzelnen Gesellschaften zugewiesen werden.

Asset Management

Liquiditätsprognose und -management sind im Hinblick auf das Asset-Management-Geschäft ein fortlaufender Prozess, der dazu dient, sowohl die aufsichtsrechtlichen Anforderungen als auch die Standards der Allianz Gruppe zu erfüllen. Im Jahr 2009 wurde dieser Prozess weiter verbessert, indem Liquiditätsrichtlinien für neue Produkte in den Allianz Global Investors Gesellschaften eingeführt wurden.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko ist das Risiko eines direkten Verlusts oder eines Verlusts künftigen Geschäftsvolumens, das aus einem Ansehensverlust der Allianz Gruppe insgesamt oder einer oder mehrerer ihrer Gesellschaften bei den

Stakeholdern (das heißt Aktionären, Kunden, Mitarbeitern, Geschäftspartnern oder in der Öffentlichkeit) erwächst. Zum einen kann jede Maßnahme, jedes bestehende oder neue Geschäft oder Produkt entweder direkt oder indirekt zu Ansehensverlusten führen und außerdem Verluste in anderen Risikokategorien nach sich ziehen. Zum anderen birgt jeder Verlust der Allianz in anderen Risikokategorien ein Reputationsrisiko, unabhängig davon, wie hoch dieser Verlust war. Das Reputationsrisiko kann also Verluste in weiteren Risikokategorien, darunter Markt- und Kreditrisiken, verursachen oder durch Verluste in anderen Risikokategorien selbst wirksam werden.

Unsere operativen Einheiten identifizieren und bewerten Reputationsrisiken innerhalb ihrer Geschäftsprozesse (beispielsweise im Zuge des Produktentwicklungsprozesses). Zudem identifiziert und bewertet Group Risk dieses Risiko qualitativ im Rahmen einer systematischen vierteljährlichen Analyse. Auf dieser Grundlage erstellt Group Risk einen Überblick über die lokalen und globalen Risiken einschließlich der Reputationsrisiken, analysiert das Risikoprofil der Allianz Gruppe und informiert die Geschäftsleitung regelmäßig über den aktuellen Stand.

Strategisches Risiko

Das strategische Risiko ist das Risiko einer unerwarteten nachteiligen Veränderung des Unternehmenswertes, die dadurch entsteht, dass Entscheidungen des Managements hinsichtlich der Geschäftsstrategie oder deren Ausführung negative Folgen haben. Dieses Risiko setzt sich zusammen aus strategischen Zielen, einzelnen Geschäftsstrategien und den Ressourcen, die dafür eingesetzt werden, diese Ziele zu erreichen. Dem strategischen Risiko zugehörig ist auch die Fähigkeit des Managements, externe Faktoren, welche die künftige Ausrichtung einer bestimmten operativen Einheit oder der gesamten Gruppe beeinflussen könnten, zu erkennen und darauf angemessen einzuwirken.

Das strategische Risiko wird vierteljährlich bewertet und analysiert, und zwar nach der Methode, wie sie auch beim Reputationsrisiko zum Einsatz kommt. Darüber hinaus werden strategische Entscheidungen in verschiedenen Ausschüssen diskutiert (z. B. Group Capital Committee, Group Risk Committee oder Group Finance Committee). Die Beurteilung der damit zusammenhängenden Risiken ist ein grundlegendes Element dieser Diskussionen.

Werterhalt für die Allianz in Krisenzeiten

Unser Risikomanagementsystem hat die Aufgabe, den Wert der Allianz vor unerwarteten Entwicklungen zu schützen. Ein Beispiel für dessen Effektivität ist unsere Risikostrategie, die 2009 angesichts der Risiken, denen die Versicherungsbranche während der Turbulenzen an den Finanzmärkten ausgesetzt war , bewusst an drei Hauptzielen ausgerichtet wurde:

- Schutz des Kapitals und der Solvabilität der Allianz Gruppe und Ausrichtung unserer Investmentportfolios auf anhaltende Marktturbulenzen;
- Schutz der Schaden- und Unfallversicherung vor Wertverlust;
- Schwerpunkt auf nachhaltige Rentabilität in der Lebens- und Krankenversicherung.

Kapital- und Solvabilitätserhalt der Allianz Gruppe und Ausrichtung unserer Investmentportfolios

Wegen der Finanzmarktturbulenzen 2009 wäre die Allianz möglicherweise der Gefahr ausgesetzt gewesen, dass ihre Kapital- und Solvabilitätsposition beeinträchtigt würde, vor allem aufgrund der Entwicklung der Bilanzaktiva des Konzerns. Daraufhin richteten wir unsere Anlagestrategie neu aus, um sicherzustellen, dass unsere Kapital- und Solvabilitätsposition anhaltend stark bleibt.

Weil das Aktienrisiko einer der Hauptrisikofaktoren für uns ist, haben wir vornehmlich die Aktienengagements und das Konzentrationsrisiko verringert, und zwar über Verkäufe und Absicherungsgeschäfte. Dieser Prozess begann 2007 und setzte sich auch in den Jahren 2008 und 2009 fort. Ziel war es, potenzielle Wertminderungen und die Ertragsvolatilität zu begrenzen. Daraufhin ging unser Aktienengagement sowohl in absoluten Zahlen als auch im Vergleich zum Eigenkapital des Konzerns zurück; dadurch sank das Equity Gearing. Auf diese Weise waren die Konglomeratesolvabilität und die interne Kapitalquote vor den Folgen weiterer Rückgänge an den Aktienmärkten besser geschützt. Im Einklang mit diesem Portfoliomanagement setzten wir

konservativere Risikogrenzen fest, indem unsere Solvabilitäts-Mindestziele unter Standard-Stressszenarien angehoben wurden.

Gleichzeitig hielten wir auch unsere Kreditstrategie konservativ. Unsere Anlagen in Schuldtiteln wurden nur leicht und selektiv erhöht, um teilweise die verringerten Aktienengagements auszugleichen. In diesem Zusammenhang profitierten wir außerdem von den attraktiven Liquiditätsprämien bei festverzinslichen Anlagen zu Beginn des Jahres 2009. Für den Fall, dass sich unerwartete Rückkäufe von Lebens- und Krankenversicherungsverträgen mehren sollten, konzentrieren wir uns in der Lebens- und Krankenversicherung auf den Liquiditätserhalt.

Was die mittelfristige Zinsentwicklung betrifft, gehen die Meinungen auseinander. Dies erschwert aktuell das Asset-Liability-Management. Daher analysierten wir zweierlei Szenarien und ihre jeweiligen Auswirkungen auf das Eigenkapital und den Wert der Gruppe, ihre Kapitalposition und diejenige der lokalen operativen Einheiten: einerseits für den Fall eines plötzlichen Zinsanstieg, andererseits für den Fall eines anhaltend niedrigen Zinsumfeldes. Daraufhin passten wir unsere Strategie für festverzinsliche Kapitalanlagen leicht an und nahmen angesichts der beispiellos hohen impliziten Zinsvolatilität und der damit verbundenen hohen Hedge-Kosten weitestgehend keine Veränderungen an unserer Hedge-Strategie vor.

Schutz der Schaden- und Unfallversicherung vor Wertverlust

Angesichts der möglichen Auswirkungen auf unsere Bilanzaktiva ist es wichtiger als zuvor, die Wertschöpfungskapazität durch unser Schaden- und Unfallversicherungskerngeschäft zu erhalten.

In der Regel ist die größte Risikokonzentration in der Schaden- und Unfallversicherung bei Naturkatastrophen gegeben. Da es sich dabei um unverhältnismäßig große Risiken handelt, die sich akkumulieren und zu substanziellen Verlusten führen können, werden sie so gesteuert, dass zwischen potenziellen Erträgen, Ertragsvolatilität und Solvabilitätsanforderungen abgewogen wird. Damit wird der Wert des Segments Schaden- und Unfallversicherung aufrechterhalten.

Das Naturkatastrophenrisiko 2009 entsprach unserer generellen Risikoneigung. Deshalb schlossen wir nach einer Überprüfung keine weiteren diesbezüglichen Rückversicherungen ab.

Nach Aufgabe bestimmter Geschäftsbereiche außerhalb des Versicherungswesens im Jahr 2009 überprüfte der Vorstand der Allianz SE indes das Konzernlimit für Naturkatastrophen und setzte es neu fest, um dem größeren Beitrag aus der Schaden- und Unfallversicherung am Gruppenergebnis gerecht zu werden. Das neue Limit fußt auf jährlichen Gesamtjahresverlusten unter Berücksichtigung von erwarteten Verlusten. Insgesamt bleibt das Limit recht konservativ.

Für alle operativen Einheiten wurden im Allgemeinen die Limite für Verluste aus Einzelereignissen bei Naturkatastrophen auf den gegenwärtigen Niveaus belassen, jedoch unter Berücksichtigung von Portfoliotransfers und Übertragungen von Geschäftsbereichen sowie vorbehaltlich einer maximalen Obergrenze von 15 Prozent des Nettovermögenswerts aus dem jeweiligen Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft.

Außerdem erhöhten wir über Rückversicherung den Schutz gegen mehrere, häufiger auftretende und mittelgroße Verluste, um die Ertragsvolatilität zu verringern.

Schwerpunkt auf nachhaltige Rentabilität in der Lebens- und Krankenversicherung

Wegen der Auswirkungen kurzfristiger Marktentwicklungen auf den Wert neuer und bestehender langfristiger Lebensversicherungsprodukte stärkten wir schließlich auch unseren disziplinierten und proaktiven Managementansatz bei Lebensversicherungsprodukten, um eine langfristig nachhaltige Rentabilität sicherzustellen.

Über marktkonsistente New Business Margins (NBM) messen wir im Hinblick auf Risiko und Management die Rentabilität von Lebensversicherungsprodukten. Der NBM-Ansatz fußt auf dem Market-Consistent-Embedded-Value (MCEV)-Konzept, das mit unserem Ansatz im internen Risikokapitalmodell übereinstimmt. Das MCEV-Konzept misst den ökonomischen Barwert künftiger Erträge der Anteilseigner aus dem bestehenden Lebens- und Krankenversicherungsgeschäft.

2009 konzentrierten wir uns im Lebensversicherungsgeschäft besonders auf Produktgestaltung und Preiskalkulation; Rentabilität in der Lebens- und Krankenversicherung ist unser oberstes Ziel. Wir entwickelten unser Genehmigungssystem für Lebensversicherungsprodukte weiter, um sicherzustellen, dass die Entscheidungen bei neuen und bestehenden Produkten im Einklang mit unserem Ziel einer NBM von durchschnittlich 3 Prozent auf Portfolioebene getroffen werden. Innerhalb dieses Systems werden Rentabilitätsstandards festgelegt, die angesichts der lokalen Marktgegebenheiten auch einzelne genehmigte Ausnahmen erlauben. Die Prozesse zur Überwachung der Rentabilität von neuen und bestehenden Produkten sowie zur periodischer Berichterstattung an den Vorstand der Allianz SE wurden gestärkt.

Wegen des schwierigen Marktumfeldes und um eine möglichst nachhaltige Rentabilität zu gewährleisten, stellten wir im ersten Quartal 2009 den Verkauf von ertragsarmen Komponenten unserer Variable Annuity Produkte in den USA ein. Anschließend wurden 2009 einige wichtige Produkte der Allianz Life Insurance Company of North America deutlich umgestaltet, neu kalkuliert und so verändert am Markt wiedereingeführt. Dergestalt gewappnet, können wir selbst unter schwierigen Marktbedingungen ein ausgewogenes und nachhaltiges Risiko- und Rentabilitätsprofil aufrechterhalten. In Ergänzung zu unserem dynamischen ökonomischen Hedging-Programm für Variable Annuities und Equity Indexed Annuities in den USA brachten wir mit dem Kauf eines Equity-Collar auch ein Hedging-Programm auf den Weg, durch das die Auswirkungen von Aktienmarktentwicklungen auf gesetzlich vorgeschriebene Kapitalanforderungen für unsere US-Tochtergesellschaft abgefedert werden sollen.

Bewertung des Gesamtrisikoprofils

Das Management der Allianz Gruppe hält das Gesamtrisikoprofil der Gruppe für angemessen und vertraut der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems der Gruppe im Hinblick auf die schnellen Veränderungen des Umfelds und die Erfordernisse für die tägliche Arbeit. Dieses Vertrauen basiert auf verschiedenen Tatsachen, die in den oben stehenden Abschnitten genauer beschrieben und im Folgenden zusammengefasst werden.

Die Allianz Gruppe ist gut kapitalisiert und konnte in den einzelnen Quartalen des Jahres 2009 über ihren internen und aufsichtsrechtlichen Solvabilitätszielen bleiben. Die Allianz ist als eine der stärksten Versicherungsgruppen der Branche aus den turbulenten Märkten hervorgegangen, gemessen an Solvabilität und Ratings. Dies zeigten externe Rating-Agenturen, die ihre Ratings für die Allianz SE sogar während der Finanzkrise 2008 und 2009 bestätigten. Insbesondere verfügte die Allianz SE zum 31. Dezember 2009 über das beste Standard & Poor's Rating aller international tätigen Erstversicherungsgruppen in Europa.

Das Management der Gruppe ist auch davon überzeugt, dass die Allianz im Falle möglicher zukünftiger negativer Ereignisse gut positioniert ist, unter anderem auch aufgrund unseres internen Limitsystems, durch das die Auswirkungen ungünstiger Finanzmarktentwicklungen auf unsere aufsichtsrechtlich vorgeschriebene Solvabilität in Grenzen gehalten werden. Das Nettorisiko der Gruppe gegenüber Naturkatastrophen ist ebenfalls begrenzt und entspricht unserer Risikoneigung. Das Management der Gruppe ist davon überzeugt, dass wir durch diese Risikoneigung ein angemessenes Gleichgewicht zwischen dem potenziellen Ertrag, Ertragsschwankungen und Solvabilität erreicht haben.

Nicht zuletzt verfügt die Allianz Gruppe über den zusätzlichen Vorteil, international diversifiziert zu sein, was für den Wettbewerb in der Versicherungsbranche wichtig ist. Darüber hinaus verfügt sie über ein konservatives Kapitalanlageprofil und disziplinierte Geschäftspraktiken sowohl in den Bereichen Schaden- und Unfallversicherung als auch Lebens- und Krankenversicherung.

Prioritäten des Risikomanagements für 2010

Im Hinblick auf Risikomanagement haben wir uns für das Jahr 2010 drei Ziele gesetzt. Zu allererst möchten wir im Risikomanagement und in der Berichterstattung so erfolgreich wie 2009 sein. Obwohl die Marktentwicklung 2010 ungewiss bleibt, rechnen wir mit einem positiveren Umfeld. Zweitens soll unser Risikomanagementsystem samt Risikonetzwerk global weiterentwickelt und gestärkt werden.

Drittens wollen wir alles Notwendige tun, um bis 2012 den internen Modellanforderungen nach Solvency II zu entsprechen. Dieses Ziel ist vom Vorstand der Allianz SE 2009 zu einer von zehn Top-Prioritäten der Allianz Gruppe erklärt worden.

Solvency II ist ein umfangreiches, auf mehrere Jahre angelegtes europäisches Projekt, dessen Ergebnisse, so die allgemeine Einschätzung, die Solvabilitätsanforderungen in der europäischen Versicherungsbranche wesentlich verändern dürften. Die Allianz nimmt aktiv an diesem Prozess teil. Wir geben laufend unsere Rückmeldungen zu den Vorschlägen und Analysen des Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors (CEIOPS) und der EU-Kommission. Des Weiteren nehmen wir an den Quantitative Impact Studies teil und bieten technische Beratung, zum Beispiel über das Chief Risk Officer Forum, das sich aus den Chief Risk Officers der größeren europäischen Versicherungsgesellschaften und Finanzkonglomerate zusammensetzt. Angesichts der Unsicherheiten um die endgültige Umsetzung der Maßnahmen und deren Auslegung unterliegen unser internes Risikokapitalmodell und die Risikoprozesse einer ständigen Prüfung gemäß der Weiterentwicklung der Solvency II Standards.

Die Allianz Gruppe verwendet nun schon seit einigen Jahren ein internes Modell für das Management ihrer Risiken und ihrer Solvabilität. Um den künftigen Anforderungen von Solvency II bis Ende 2012 gerecht zu werden, hat die Allianz 2008 ein mehrjähriges internes Projekt („Solvency II Umbrella Project“) ins Leben gerufen. Die übergeordneten Ziele dieses Projekts bestehen darin, (1) die Datenqualität zu verbessern, (2) die Analysekapazitäten auszuweiten, (3) die Robustheit des Modells und die Prozess-Governance zu stärken sowie (4) sicherzustellen, dass alle künftigen qualitativen Anforderungen hinsichtlich Solvency II erfüllt werden. Als Hauptinitiative dieses Projekts haben wir unsere Infrastruktur für die Risikoanalyse gestärkt, indem wir eine technische Best-Practice-Plattform etabliert haben, um so eine Methodenverbesserung und eine Ausweitung des Anwendungsbereichs sowie eine erhöhte Funktionalität und bessere Anwendervorteile im Rahmen eines effizienten Risikokapitalprozesses zu erreichen. Diese neue Plattform ist erfolgreich angelaufen und zwar zunächst parallel zu unserem bestehenden Modell. Daraufhin hat der Vorstand der Allianz SE intern seine Zustimmung dazu erteilt, dass ab 2010 für Zwecke der Berichterstattung ganz auf dieses neue Modell übergegangen wird.

Im Rahmen dieses neuen Modells werden wir strukturierte Monte-Carlo-Simulationen anwenden und moderne Portfolioreplizierungstechniken für unser Lebensversicherungsgeschäft nutzen. Mit einbezogen werden auch neue Risikofaktoren (zum Beispiel Credit Spread und implizite Volatilitäten), damit Finanzmarktrisiken konzernweit umfassend abgedeckt werden können. Unserer Überzeugung nach wird diese Plattform als internes Modell für aufsichtsrechtliche Zwecke den quantitativen Anforderungen der Säule I von Solvency II gerecht. Wir haben das neue interne Modell eingehenden Tests unterzogen, es parallel zu unserem bestehenden Modell eingesetzt und dabei beide Modelle miteinander abgeglichen. Das konzernweite interne Risikokapital nach Gruppendiversifikation dürfte in etwa den Kapitalanforderungen entsprechen, wie sie sich aus dem derzeitigen Modell ergeben. Obwohl das nichtdiversifizierte interne Risikokapital im Allgemeinen infolge neuer Risikofaktoren zunehmen wird, werden höhere realisierte Diversifikationsvorteile aufgrund des Einsatzes modernerer Aggregationstechniken diese Zunahme ausgleichen.

Gleichzeitig haben wir erfolgreich die Credit Risk Reporting Platform (CRisP), eine neue Intranetanwendung, für eine umfassende und flexible Portfolioanalyse und entsprechende Berichterstattung eingeführt. Hiermit lassen sich auch die Limite zum Kontrahentenrisiko besser steuern. Wichtiger Bestandteil dieses Projekts sind die verbesserten Prozesse und Kontrollen bei der Datenlieferung gewesen. Die Funktionalitäten für die Berichterstattung sind bereits etabliert. Das neue CRisP-Limitsystem wird Anfang 2010 eingeführt werden und einen positiven Beitrag zur Steuerung unserer Kreditrisiken leisten, unabhängig davon, ob diese auf Kapitalanlagen, das Kontrahentenrisiko bei Derivaten, auf Rückversicherungsforderungen oder auf Kreditversicherungen zurückzuführen sind.

Auch im Bereich des Managements von operationellen Risiken und der Sammlung entsprechender Daten, der stochastischen Modellierung von Prämien- und Reserverisiken im Segment Schaden- und Unfallversicherung sowie des Prozess- und Kontrollsystems wurden im Rahmen des Solvency-II-Projekts Fortschritte gemacht. Für 2010 haben wir vor, uns in all den oben erwähnten Bereichen weiter zu verbessern und uns überdies auf die Dokumentations- und Kontrollprozesse zu konzentrieren.

Erklärung zur Unternehmensführung, Corporate-Governance-Bericht und Vergütungsbericht

Gute Corporate Governance und Transparenz sind wesentliche Voraussetzungen für das Vertrauen unserer Aktionäre, Geschäftspartner und Mitarbeiter.

Erklärung zur Unternehmensführung gemäß § 289 a Handelsgesetzbuch und Corporate-Governance-Bericht

Eine gute Corporate Governance ist unabdingbar für einen nachhaltigen Unternehmenserfolg. Deshalb ist es wichtig, dass die bestehenden Corporate-Governance-Strukturen ständig überprüft und soweit nötig fortentwickelt werden. Weiterentwicklungen im abgelaufenen Geschäftsjahr folgten insbesondere aus dem Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) und dem Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG). Diese betonen die Bedeutung des Prüfungsausschusses bei der Überprüfung der internen Kontrollsysteme und stärken die Verantwortung des Aufsichtsratsplenums für die Vorstandsvergütung.

Unternehmensverfassung der Europäischen Aktiengesellschaft

Als Europäische Aktiengesellschaft unterliegt die Allianz SE zusätzlich zu dem deutschen Aktienrecht den speziellen europäischen SE-Regelungen und dem deutschen SE-Ausführungsgesetz. Daraus ergeben sich einige Unterschiede zur Verfassung einer deutschen Aktiengesellschaft. Diese betreffen vor allem den Aufsichtsrat. Die wesentlichen Grundzüge der bisherigen Unternehmensverfassung, insbesondere das duale Leitungssystem (Vorstand und Aufsichtsrat), und der Grundsatz der paritätischen Mitbestimmung im Aufsichtsrat bestehen in der Allianz SE unverändert fort. Auf unserer Internetseite unter www.allianz.com/se haben wir die Unterschiede zwischen einer deutschen Aktiengesellschaft und einer Europäischen Aktiengesellschaft mit Sitz in Deutschland dargestellt.

Arbeitsweise des Vorstands

Der Vorstand leitet die Allianz SE und den Allianz Konzern. Er umfasst zurzeit 10 Mitglieder aus unterschiedlichen Ländern, ist also international wie die Allianz selbst. Zu seinen Aufgaben zählen die Festlegung der Unternehmensziele und der strategischen Ausrichtung, die Steuerung und Überwachung der operativen Einheiten sowie die Einrichtung und Überwachung eines effizienten Risikomanagementsystems.

Die Mitglieder des Vorstands tragen gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Geschäftsführung. Unbeschadet der Gesamtverantwortung aller Vorstandsmitglieder führen die einzelnen Mitglieder des Vorstands die ihnen zugewiesenen Ressorts selbständig und in eigener Verantwortung. Die nähere Ausgestaltung der Arbeit im Vorstand wird durch eine Geschäftsordnung des Vorstands bestimmt. Darin hat der Vorstand insbesondere die Ressortzuständigkeiten der Vorstandsmitglieder, dem Gesamtvorstand vorbehaltene Angelegenheiten und sonstige Beschlussmodalitäten näher geregelt.

Der Vorstand tagt regelmäßig im Rahmen von Vorstandssitzungen. Diese werden vom Vorstandsvorsitzenden einberufen. Jedes Vorstandsmitglied kann die Einberufung einer Sitzung unter Mitteilung des Beratungsgegenstands verlangen. Der Gesamtvorstand entscheidet nach seiner Geschäftsordnung durch Beschluss mit der einfachen Mehrheit der an der Beschlussfassung teilnehmenden Mitglieder.

Der Vorstandsvorsitzende koordiniert die Arbeit im Vorstand. Seine Stellung wurde im Zuge der Umwandlung in die Allianz SE durch ein satzungsmäßiges Vetorecht bei der Beschlussfassung des Vorstands gestärkt. Widerspricht er einem Beschluss, so gilt dieser als nicht gefasst. Umgekehrt kann der Vorstandsvorsitzende jedoch keine Entscheidung gegen das Mehrheitsvotum im Vorstand durchsetzen. Im Falle der Stimmengleichheit gibt seine Stimme den Ausschlag.

Der Vorstand hat aus seiner Mitte das Group Finance Committee, das Group Risk Committee und das Group Capital Committee als Vorstandsausschüsse gebildet. Aufgabe des Group Finance Committee ist die Erstellung und Überwachung von Grundsätzen der konzernweiten Investmentpolitik sowie die Konzernfinanzierung und das konzerninterne Kapitalmanagement. Das Group Risk Committee ist für die Einrichtung und Überwachung eines konzernweiten Risikomanagement- und Risikoüberwachungssystems einschließlich dynamischer Stress-Tests verantwortlich. Das Group Capital Committee unterbreitet dem Vorstand Vorschläge betreffend die Risikostrategie und die strategische Vermögenszuweisung und Risikokapitalzuweisung im Konzern. Der Vorstand hat ferner gemeinsam mit Vorständen anderer Konzerngesellschaften das Compensation Committee und das International Executive Committee als ständige Konzernkommissionen gebildet. Die Konzernkommissionen haben die Aufgabe, dem Gesamtvorstand der Allianz SE vorbehaltene Entscheidungen vorzubereiten, Beschlussvorschläge zu unterbreiten und den Informationsaustausch im Konzern sicherzustellen. Die Zuständigkeiten und die Zusammensetzung der Vorstandsausschüsse und Konzernkommissionen sind in den jeweiligen Geschäftsordnungen festgelegt, die der Zustimmung des Vorstands bedürfen.

Der Vorstand berichtet dem Aufsichtsrat regelmäßig und umfassend über Geschäftsentwicklung, Finanz- und Ertragslage, Planung und Zielerreichung sowie Compliance-Themen, ferner über die Strategie und bestehende Risiken. Gemäß der Empfehlung des Deutschen Corporate Governance Kodex hat der Aufsichtsrat die Informations- und Berichtspflichten des Vorstands in einer Berichtsordnung näher festgelegt.

Bestimmte Vorstandsentscheidungen von besonderem Gewicht bedürfen der Zustimmung des Aufsichtsrats. Einige dieser Zustimmungsvorbehalte sind gesetzlich geregelt oder finden sich in Beschlüssen der Hauptversammlung, etwa in Ermächtigungen des Vorstands zur Erhöhung des Grundkapitals (Genehmigtes Kapital), zum Erwerb eigener Aktien oder zur Ausgabe von Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen. Über diese Zustimmungsvorbehalte hinaus entscheidet der Aufsichtsrat nach § 9 der Satzung über die Zustimmung zum Abschluss von Unternehmensverträgen und zur Erschließung neuer oder zur Aufgabe bestehender Geschäftssegmente, soweit die Maßnahme für den Konzern von wesentlicher Bedeutung ist. Ebenfalls zustimmungspflichtig sind der Erwerb von Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen sowie die Veräußerung von Beteiligungen an einer Konzerngesellschaft, sofern die Gesellschaft durch die Veräußerung aus dem Konzern ausscheidet. Voraussetzung für die Zustimmungspflicht ist in diesen Fällen, dass es sich nicht um eine Finanzbeteiligung handelt und dass im Einzelfall der Verkehrswert oder in Ermangelung des Verkehrswerts der Buchwert der erworbenen oder veräußerten Beteiligung 10 Prozent des Eigenkapitals der letzten Konzernbilanz erreicht oder übersteigt. Nach der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats bedarf darüber hinaus die Benennung des für Arbeit und Soziales zuständigen Vorstandsmitglieds durch den Vorstand der Zustimmung des Aufsichtsrats. Eine Übersicht über die Zusammensetzung des Vorstands findet sich auf Seite 9 dieses Geschäftsberichts.

Grundlagen und Arbeitsweise des Aufsichtsrats

Aufgrund der Rechtsform als Europäische Aktiengesellschaft (SE) gilt das deutsche Mitbestimmungsgesetz für die Allianz SE nicht. Größe und Zusammensetzung des Aufsichtsrats bestimmen sich vielmehr nach den europäischen Rahmenbedingungen für die SE. Ausgefüllt werden diese durch Satzungsregelungen und durch die Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Allianz SE, die mit Vertretern der europäischen Allianz Arbeitnehmer am 20. September 2006 geschlossen wurde. Diese Vereinbarung finden Sie auf unserer Internetseite unter www.allianz.com/se.

Die Größe des Aufsichtsrats ist in der Satzung festgelegt. Danach besteht der Aufsichtsrat aus zwölf Mitgliedern, die von der Hauptversammlung bestellt werden. Von den zwölf Mitgliedern sind sechs Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmer zu bestellen. Die Hauptversammlung ist an die Vorschläge der Arbeitnehmer gebunden.

Nach der Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Allianz SE sind die sechs Sitze der Arbeitnehmervertreter nach dem Verhältnis der Anzahl der Allianz Arbeitnehmer in den EU-Mitgliedstaaten zu verteilen. Dem derzeit amtierenden Aufsichtsrat gehören vier Arbeitnehmervertreter aus Deutschland und je ein Arbeitnehmervertreter aus Frankreich und Großbritannien an. Die letzte Wahl des Aufsichtsrats erfolgte 2007 für eine Amtszeit bis zum Ablauf der ordentlichen Hauptversammlung 2012.

Der Aufsichtsrat überwacht und berät den Vorstand bei der Führung der Geschäfte. Daneben ist er insbesondere für die Bestellung der Mitglieder des Vorstands und die Festsetzung der Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder sowie für die Prüfung des Jahresabschlusses der Allianz SE und des Konzerns zuständig. Die Tätigkeit des Aufsichtsrats im Geschäftsjahr 2009 wird im Bericht des Aufsichtsrats erläutert.

Der Aufsichtsrat trifft regelmäßig zu ordentlichen Sitzungen im März, im April oder Mai, im September und im Dezember zusammen. Nach Bedarf werden darüber hinaus außerordentliche Sitzungen abgehalten. Die Ausschüsse halten ebenfalls regelmäßig Sitzungen ab. Der Aufsichtsrat trifft alle Entscheidungen mit einfacher Mehrheit. Die besonderen Beschlusserfordernisse für die Vorstandsbestellung nach dem Mitbestimmungsgesetz entfallen bei einer SE ebenso wie der Vermittlungsausschuss. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden. Aufsichtsratsvorsitzender der Allianz SE kann nur ein Anteilseignervertreter sein. Im Falle der Verhinderung des Aufsichtsratsvorsitzenden gibt bei Stimmengleichheit die Stimme des von der Anteilseignerseite stammenden Stellvertreters den Ausschlag. Ein weiterer Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden wird auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter gewählt; ihm steht ein Stichentscheid nicht zu.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Effizienz seiner Tätigkeit. Die Effizienzprüfung wird vom Ständigen Ausschuss vorbereitet. Anschließend erörtert das Plenum Verbesserungsmöglichkeiten und beschließt in geeigneten Fällen entsprechende Maßnahmen.

Ein Teil der Aufsichtsratstätigkeit wird durch Ausschüsse des Aufsichtsrats wahrgenommen. Die Zusammensetzung der Ausschüsse und die von den Ausschüssen wahrzunehmenden Aufgaben sind in der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats geregelt. Über die Arbeit der Ausschüsse wird der Aufsichtsrat regelmäßig unterrichtet.

Der Prüfungsausschuss hat fünf Mitglieder. Drei Mitglieder werden auf Vorschlag der Anteilseignervertreter und zwei Mitglieder werden auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter vom Aufsichtsrat gewählt. Der Vorsitzende des Ausschusses wird ebenfalls vom Aufsichtsrat gewählt. Der Prüfungsausschuss (Audit Committee) hat die Aufgabe, den Jahres- und Konzernabschluss sowie den Lagebericht (einschließlich des Risikoberichts) und den Gewinnverwendungsvorschlag vorab zu prüfen. Darüber hinaus prüft er die Quartalsabschlüsse. Außerdem überwacht der Prüfungsausschuss den Rechnungslegungsprozess sowie die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems, des Risikomanagementsystems und des internen Revisionssystems und befasst sich mit Compliance-Themen. Schließlich ist der Prüfungsausschuss wichtiger Ansprechpartner des Abschlussprüfers und überwacht die Abschlussprüfung einschließlich der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers sowie die vom Abschlussprüfer zusätzlich erbrachten Leistungen.

Die Allianz befolgt die Anregung des Deutschen Corporate Governance Kodex, wonach der Vorsitzende des Prüfungsausschusses unabhängig und kein ehemaliges Vorstandsmitglied sein sollte, dessen Bestellung vor weniger als zwei Jahren endete. Außerdem muss mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen. Der Aufsichtsrat hat festgestellt, dass Herr Dr. Wulf H. Bernotat, Herr Igor Landau sowie Herr Dr. Franz B. Humer, der zum 31. Dezember 2009 aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist, diese Voraussetzungen erfüllen. Der Prüfungsausschuss hat sich eine Geschäftsordnung gegeben, in der die wahrzunehmenden Aufgaben und die Arbeitsweise im Einklang mit der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats weiter konkretisiert werden.

Der Ständige Ausschuss hat fünf Mitglieder. Ihm gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie zwei auf Vorschlag der Anteilseignerseite und zwei auf Vorschlag der Arbeitnehmerseite vom Aufsichtsrat zu wählende Mitglieder an. In der Regel soll dabei ein Mitglied der Arbeitnehmerseite der auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter gewählte Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden sein. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Dem Ständigen Ausschuss obliegt die Zustimmung zu einigen Geschäften, die vom Aufsichtsrat genehmigt werden müssen. Hierunter fallen insbesondere bestimmte Kapitalmaßnahmen und Akquisitionen beziehungsweise Desinvestitionen. Des Weiteren ist er zuständig für die Vorbereitung der Entsprechenserklärung nach § 161 Aktiengesetz und für die regelmäßige Kontrolle der Corporate Governance. Für die Prüfung der Effizienz der Aufsichtsratstätigkeit unterbreitet er dem Aufsichtsratsplenum Vorschläge.

Dem Personalausschuss gehören der Vorsitzende des Aufsichtsrats und je ein auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter und der Anteilseignervertreter vom Aufsichtsrat zu wählendes Mitglied an. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Der Personalausschuss ist für die Personalangelegenheiten der Vorstandsmitglieder sowie für die Vorbereitung der Arbeit des Plenums in diesem Bereich zuständig. Er bereitet die Bestellung von Vorstandsmitgliedern sowie die Entscheidung des Plenums über das Vergütungssystem und die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder vor und unterbreitet dem Plenum Beschlussvorschläge. In die langfristige Nachfolgeplanung für den Vorstand ist der Ausschuss eingebunden.

Der Risikoausschuss hat fünf Mitglieder. Drei Mitglieder werden auf Vorschlag der Anteilseignervertreter und zwei Mitglieder auf Vorschlag der Arbeitnehmervertreter vom Aufsichtsrat gewählt. Der Vorsitzende des Ausschusses wird ebenfalls vom Aufsichtsrat gewählt. Der Risikoausschuss überwacht die allgemeine Risikosituation sowie besondere Risikoentwicklungen in der Allianz Gruppe. Außerdem prüft er vorab die speziell risikobezogenen Aussagen im Rahmen von Jahresabschluss und Lagebericht und informiert den Prüfungsausschuss über das Ergebnis der Vorprüfung. Auch der Risikoausschuss hat eine Geschäftsordnung, die die Zuständigkeit des Ausschusses und seine Tätigkeit auf der Grundlage der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats näher regelt.

Im Dezember 2007 hat der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 5.3.3 des Deutschen Corporate Governance Kodex einen Nominierungsausschuss neu gebildet, der sich aus dem Aufsichtsratsvorsitzenden und zwei weiteren, von der Anteilseignerseite zu wählenden Anteilseignervertretern zusammensetzt. Den Vorsitz im Ausschuss führt der Vorsitzende des Aufsichtsrats. Aufgabe des Ausschusses ist es, Anforderungsprofile für Anteilseignervertreter im Aufsichtsrat zu erarbeiten, geeignete Kandidaten für die Wahl von Anteilseignervertretern in den Aufsichtsrat zu suchen und diese dem Aufsichtsrat für dessen Wahlvorschläge an die Hauptversammlung vorzuschlagen. Neben den gesetzlichen Anforderungen stellt der Ausschuss die Befolgung der Kodex-Empfehlungen zur Zusammensetzung des Aufsichtsrats sicher und achtet auch auf die Vielfalt (Diversity) der Zusammensetzung.

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse ist auf den Seiten 5 und 8 dargestellt.

SE-Betriebsrat

Für die Vertretung der europäischen Allianz Arbeitnehmer besteht ein SE-Betriebsrat, dem zur Zeit 34 Arbeitnehmervertreter aus 26 EU-Mitgliedstaaten, Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und der Schweiz angehören. Der SE-Betriebsrat hat im Wesentlichen Informations- und Anhörungsrechte bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten der Allianz Gruppe innerhalb Europas. Damit ist der SE-Betriebsrat ein Vertretungsorgan der europäischen Arbeitnehmer auf betrieblicher Ebene mit speziellen Zuständigkeiten für grenzüberschreitende Allianz Angelegenheiten innerhalb Europas. Die Einzelheiten zum SE-Betriebsrat sind in der Vereinbarung über die Beteiligung der Arbeitnehmer in der Allianz SE vom 20. September 2006 geregelt.

Hauptversammlung

In der Hauptversammlung üben die Aktionäre ihre Rechte aus. Bei der Beschlussfassung gewährt jede Aktie eine Stimme. Um die Wahrnehmung der Anteilseignerrechte zu erleichtern, bietet die Allianz ihren Aktionären an, die Hauptversammlung über das Internet zu verfolgen und sich in der Hauptversammlung durch von der Allianz benannte Stimmrechtsvertreter vertreten zu lassen, die das Stimmrecht ausschließlich auf der Grundlage der vom Aktionär erteilten Weisungen ausüben. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit zur Stimmabgabe per Briefwahl. Als Online-Briefwahl wird dieser Service auch über das Internet angeboten. Die Nutzung von E-Mail und Internetservices wird von der Allianz nachhaltig gefördert.

Die Hauptversammlung wählt die Mitglieder des Aufsichtsrats. Bei der Wahl der Arbeitnehmervertreter ist sie an die Vorschläge der Arbeitnehmer gebunden. Die Hauptversammlung beschließt über die Entlastung des Vorstands und des Aufsichtsrats. Sie entscheidet über die Verwendung des Bilanzgewinns, über Kapitalmaßnahmen und die Zustimmung zu Unternehmensverträgen, ferner über die Vergütung des Aufsichtsrats und über Satzungsänderungen der Gesellschaft. Sofern bei der Beschlussfassung über eine Satzungsänderung nicht mindestens die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist, bedarf es nach europarechtlichen Vorgaben und der Satzung einer Beschlussmehrheit von mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen. Jedes Jahr findet eine ordentliche Hauptversammlung statt, in

der Vorstand und Aufsichtsrat Rechenschaft über das abgelaufene Geschäftsjahr ablegen. Für besondere Fälle sieht das Aktiengesetz die Einberufung einer außerordentlichen Hauptversammlung vor.

Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Rechnungslegung des Allianz Konzerns erfolgt gemäß § 315 a Handelsgesetzbuch auf der Grundlage der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS, wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind. Der Jahresabschluss der Allianz SE wird nach Maßgabe des deutschen Rechts, insbesondere des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt.

Aufgrund einer Sonderregelung für Versicherungsunternehmen werden der Abschlussprüfer und der Prüfer für die prüferische Durchsicht des Halbjahresfinanzberichts durch den Aufsichtsrat und nicht durch die Hauptversammlung bestellt. Der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats bereitet die Bestellungen vor. Die Abschlussprüfung umfasst den Einzelabschluss der Allianz SE sowie den Konzernabschluss der Allianz Gruppe.

Um eine größtmögliche Transparenz zu gewährleisten, informieren wir unsere Aktionäre, Finanzanalysten, Medien und die interessierte Öffentlichkeit regelmäßig und zeitnah über die Lage des Unternehmens. Der Jahresabschluss der Allianz SE und der Konzernabschluss der Allianz Gruppe sowie die Lageberichte werden innerhalb von 90 Tagen nach Ende des jeweiligen Geschäftsjahrs veröffentlicht. Darüber hinaus werden Aktionäre und Dritte durch den Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsfinanzberichte der Allianz Gruppe informiert. Der Halbjahresfinanzbericht und die Quartalsfinanzberichte werden einer prüferischen Durchsicht durch den Abschlussprüfer unterzogen. Informationen werden auch in der Hauptversammlung, in Presse- und Analystenkonferenzen sowie auf der Internetseite der Allianz Gruppe gegeben. Auf der Allianz Internetseite besteht außerdem Zugriff auf einen Finanzkalender, der die Termine der wesentlichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen, wie Geschäftsbericht, Quartalsberichte und Hauptversammlungen enthält.

Unternehmensführungspraktiken – Compliance und Anti-Geldwäsche Programm der Allianz

Der nachhaltige Erfolg der Allianz Gruppe beruht auf Vertrauen, Respekt sowie verantwortungsbewusstem und von Integrität geprägtem Verhalten aller Mitarbeiter des Konzerns. Im Jahr 2008 wurde Allianz von Ethisphere Institute zu einem der ethischsten Unternehmen weltweit erklärt.

Mit ihrem Compliance und Anti-Geldwäscheprogramm unterstützt und befolgt die Allianz international und national anerkannte Vorgaben und Standards für eine regelgerechte und werteorientierte Unternehmensführung. Dazu gehören, unter anderem, der Deutsche Corporate Governance Kodex, das UN Global Compact Programm, die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen sowie die Empfehlungen der Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF). Mit der Anerkennung und Unterstützung dieser internationalen und nationalen Grundsätze steuert die Allianz das Risiko von Verstößen gegen gesetzliche und regulatorische Vorschriften und Anforderungen (Compliance Risiko). Zugleich wird damit Nachhaltigkeit und gesellschaftliche Verantwortung zu Gunsten der Kunden in das geschäftliche Verhalten integriert.

Die in dem Verhaltenskodex für Business Ethik und Compliance der Allianz Gruppe (Code of Conduct) festgelegten Verhaltensgrundsätze setzen diese Leitsätze und Prinzipien um und sind weltweit für alle Mitarbeiter verbindlich.

Der Code of Conduct und die auf dessen Basis erlassenen internen Richtlinien geben jedem Mitarbeiter klare Orientierungshilfen zu einem den Wertmaßstäben der Allianz entsprechenden Verhalten. Sie geben den Mitarbeitern praktikable Vorgaben, um eigene Entscheidungen treffen zu können und potenzielle Interessenkonflikte zu vermeiden. Sie helfen den Mitarbeitern auch zu erkennen, wann sie sich einer kritischen Grenze nähern, etwa bei der Annahme von Geschenken oder bei der Einladung von Geschäftspartnern. Der Code of Conduct bildet darüber hinaus die Grundlage für Richtlinien und Kontrollen, die einen fairen Umgang mit den Kunden der Allianz sicherstellen (Sales Compliance).

In Zweifelsfällen steht die zuständige Compliance-Abteilung beratend zur Verfügung. Zu den Aufgaben der Mitarbeiter der Compliance-Abteilungen gehört die Beratung der geschäftlichen Einheiten zu Gesetzen, Vorschriften und sonstigen Regelungen, die Erstellung, Umsetzung und Überwachung der Einhaltung von internen Richtlinien und Standards sowie die regelmäßige Schulung der Mitarbeiter zu den für diese geltenden Regeln.

In nahezu allen Ländern, in denen die Allianz geschäftlich vertreten ist, bestehen rechtliche Vorschriften gegen Korruption und Bestechung. Daher ist im Sommer 2009 ein weltweites Anti-Korruptions-Programm eingerichtet worden, welches die fortlaufende Überwachung und Verbesserung der internen Anti-Korruptionskontrollen gewährleistet.

Ein wesentlicher Bestandteil des Compliance-Programms der Allianz ist ein Hinweisgebersystem, über das Mitarbeiter die zuständige Compliance-Abteilung vertraulich auf Unregelmäßigkeiten hinweisen können. Kein Mitarbeiter muss Nachteile befürchten, wenn er in redlicher Absicht auf Unregelmäßigkeiten hinweist, selbst wenn sich diese später als unbegründet herausstellen.

Um die Grundsätze des Code of Conduct und der sonstigen internen Compliance-Richtlinien und Kontrollen effektiv und nachhaltig zu vermitteln, führt die Allianz weltweit interaktive Trainingsprogramme durch.

Für die wirksame Umsetzung und Überwachung des Compliance und Anti-Geldwäsche-Programms in der Allianz ist Group Compliance in enger Zusammenarbeit mit den zuständigen lokalen Compliance-Abteilungen zuständig.

Weitere Entwicklung der Corporate-Governance-Regeln

Die Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex hat im Juni 2009 verschiedene Änderungen des Kodex beschlossen. Neu hinzugekommen ist eine Empfehlung, wonach Vorstandsmitglieder börsennotierter Gesellschaften nicht mehr als drei konzernexterne Aufsichtsratsmandate wahrnehmen sollen. Zusätzlich aufgenommen wurde darüber hinaus die Empfehlung, bei der Besetzung von Vorstand und Aufsichtsrat auf die Vielfalt (Diversity) zu achten.

Durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz wurde die Rolle des Prüfungsausschusses im Aufsichtsrat nochmals gestärkt. Das Gesetz sieht vor, dass mindestens ein unabhängiges Mitglied des Prüfungsausschusses über Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung oder Abschlussprüfung verfügen muss. Darüber hinaus werden die Aufgaben des Prüfungsausschusses erstmals ausdrücklich im Gesetz genannt. Das Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung erhöht die Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung der Vergütung und weist zudem die Zuständigkeit für die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder dem Aufsichtsratsplenum zu.

Durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzmarkt- und Versicherungsaufsicht vom 29. Juli 2009 sind weiter die Anforderungen an die Qualifikation von Aufsichtsratsmitgliedern bei Versicherungsunternehmen näher geregelt worden. Die neue Regelung in § 7 a VAG sieht in diesem Zusammenhang vor, dass die Aufsichtsratsmitglieder zuverlässig sein müssen und die zur Wahrnehmung der Kontrollfunktion sowie zur Beurteilung und Überwachung der Geschäfte des Versicherungsunternehmens erforderliche fachliche Eignung besitzen müssen.

Insgesamt entsprechen die Änderungen des Gesetzes und des Kodex der allgemeinen Entwicklung hin zu einer stärkeren Professionalisierung der Aufsichtsratsarbeit.

Neuerungen im Bereich der Corporate Governance bringt darüber hinaus das im August 2008 verkündete Risikobegrenzungsgesetz (Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken) mit sich. Ziel der damit

verbundenen aktienrechtlichen Änderungen ist es vornehmlich, bei Namensaktien im Aktienregister für eine höhere Transparenz zu sorgen. Die Hauptversammlung 2009 der Allianz SE hat hierzu eine Satzungsregelung verabschiedet, die bei Erreichen bestimmter Schwellenwerte im Aktienregister der Allianz SE Nominees zur Offenlegung verpflichtet, für wen sie die Aktien halten. Durch die verbesserte Transparenz sollen künftig Hindernisse bei der Weiterleitung von Hauptversammlungsunterlagen und der Wahrnehmung der Stimmrechte, insbesondere im grenzüberschreitenden Bereich, reduziert werden. Die Vorteile einer Namensaktie können so besser genutzt werden.

Deutscher Corporate Governance Kodex und Entsprechenserklärung

Der Deutsche Corporate Governance Kodex gilt in der Fassung vom 18. Juni 2009. Er enthält neben der Darstellung wesentlicher gesetzlicher Bestimmungen Empfehlungen und Anregungen für eine gute Corporate Governance. Eine gesetzliche Pflicht zur Befolgung dieser Standards besteht nicht. Nach § 161 Aktiengesetz sind die börsennotierten Gesellschaften jedoch verpflichtet, jährlich im Sinne eines „comply or explain“ eine Entsprechenserklärung zu den Kodex-Empfehlungen abzugeben. Abweichungen von den Kodex-Empfehlungen sind dabei zu erläutern.

In Deutschland gilt der Kodex als Maßstab für gute Unternehmensleitung und -kontrolle. Analysen zeigen, dass die Zustimmung zum Deutschen Corporate Governance Kodex unverändert hoch ist. Zum Jahresende 2009 haben die DAX-30-Gesellschaften durchschnittlich 96 Prozent aller Empfehlungen verwirklicht, während im M-DAX etwa 92 Prozent und im S-DAX rund 86 Prozent der Empfehlungen von den Unternehmen befolgt wurden.

Vorstand und Aufsichtsrat haben am 17. Dezember 2009 die Entsprechenserklärung der Allianz SE zum Deutschen Corporate Governance Kodex wie folgt abgegeben:

„Erklärung des Vorstands und des Aufsichtsrats der Allianz SE zu den Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ gemäß § 161 Aktiengesetz

1. Die Allianz SE wird sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der Fassung vom 18. Juni 2009 entsprechen.

2. Seit der letzten Entsprechenserklärung vom 18. Dezember 2008, die sich auf den Deutschen Corporate Governance Kodex in der Fassung vom 6. Juni 2008 bezog, hat die Allianz SE sämtlichen Empfehlungen der ‚Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex‘ in der damals geltenden Fassung entsprochen.

München, 17. Dezember 2009
Allianz SE

Für den Vorstand:
gez. Michael Diekmann gez. Dr. Paul Achleitner

Für den Aufsichtsrat:
gez. Dr. Henning Schulte-Noelle“

Darüber hinaus erfüllen wir auch alle unverbindlichen Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Die Entsprechenserklärung und weitere Informationen zur Corporate Governance bei der Allianz finden Sie auch auf unserer Internetseite unter www.allianz.com/cg.

Die börsennotierte Gruppengesellschaft Oldenburgische Landesbank AG hat im Dezember 2009 eine eigene Entsprechenserklärungen abgegeben, wonach sie künftig allen Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex entsprechen wird.

US-amerikanische Corporate-Governance-Regeln

Nachdem das Delisting der Allianz Aktie von der New York Stock Exchange (NYSE) zum 26. Oktober 2009 und unsere Deregistrierung bei der US-amerikanischen Börsenaufsicht SEC zum 29. Januar 2010 wirksam wurde, unterliegen wir nicht mehr denjenigen für ausländische Emittenten geltenden US-amerikanischen Corporate-Governance-Regeln, die an die US-Börsennotierung anknüpfen.

Trotzdem werden wir die entsprechenden Standards, die wir in den vergangenen Geschäftsjahren eingeführt haben, im Wesentlichen beibehalten. Das interne Kontrollsystem im Bereich der Finanzberichterstattung wird weiterhin umfassend dokumentiert und laufend auf seine Effizienz hin überprüft.

Unser Prüfungsausschuss wird weiterhin diejenigen Aufgaben wahrnehmen, die ihm ursprünglich im Einklang mit dem US-Recht zugewiesen wurden. Dies umfasst insbesondere die Fortführung der etablierten Verfahren zum Umgang mit Beschwerden, die sich auf die Rechnungslegung oder die Finanzberichterstattung beziehen, und die besonderen Verfahren zur Sicherung der Unabhängigkeit des Abschlussprüfers. Die Feststellung, dass mindestens eines der Mitglieder des Prüfungsausschusses die Anforderungen erfüllt, die nach dem US-Recht an den „Audit Committee Financial Expert“ gestellt werden, entfällt künftig. Stattdessen gelten die oben genannten aktienrechtlichen Anforderungen an das sachverständige unabhängige Mitglied im Prüfungsausschuss.

In Erfüllung der Vorschriften des Sarbanes-Oxley Act hat die Allianz SE über den für alle Mitarbeiter geltenden Code of Conduct hinaus einen speziellen „Code of Ethics“ verabschiedet, der sich an die Mitglieder des Vorstands und leitende Mitarbeiter bestimmter Ressorts, überwiegend im Finanzbereich, richtet. Dieser Kodex gilt unverändert fort.

Die auf der Managementebene der Allianz SE und wesentlicher Konzerngesellschaften eingerichteten Disclosure Committees werden weiterhin ihren definierten Aufgaben nachgehen. Im Disclosure Committee der Allianz SE werden die Entwürfe der Finanzberichte durch die Leiter der relevanten Fachbereiche überprüft und erörtert. Damit unterstützt das Disclosure Committee den Vorstand in der Finanzberichterstattung und der Abgabe des Bilanzeids.

Meldepflichtige Wertpapiergeschäfte (Directors' Dealings)

Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind nach § 15 a Wertpapierhandelsgesetz verpflichtet, den Erwerb oder die Veräußerung von Wertpapieren der Allianz SE offenzulegen, soweit der Wert der von dem Mitglied und den ihm nahestehenden Personen getätigten Erwerbs- und Veräußerungsgeschäfte die Summe von 5 000 Euro innerhalb eines Kalenderjahrs erreicht oder übersteigt. Diese Meldungen werden auf unserer Internetseite unter www.allianz.com/cg veröffentlicht. Am 27. Februar 2009 kaufte Frau Dr. Ute Geipel-Faber, Ehefrau von Herrn Dr. Joachim Faber, Mitglied des Vorstands der Allianz SE, 2 000 Allianz Aktien zu einem Stückpreis von 54,30 Euro. Am 27. Februar 2009 kaufte Herr Nicolas Faber, Sohn von Herrn Dr. Joachim Faber, Mitglied des Vorstands der Allianz SE, 1 000 Allianz Aktien zu einem Stückpreis von 54,30 Euro. Am 3. März 2009 kaufte Herr Jean-Jacques Cette, Mitglied des Aufsichtrats der Allianz SE, 800 Allianz Aktien zu einem Stückpreis von 50,30 Euro. Am 14. Mai 2009 kaufte Herr Gustav Diekmann, sonstiger Verwandter von Herrn Michael Diekmann, Vorsitzender des Vorstands der Allianz SE, 1 800 Allianz Aktien zu einem Stückpreis von 69,00 Euro. Am 22. Dezember 2009 verkaufte Frau Magda Svoboda-Mascher, Ehefrau von Herrn Dr. Christof Mascher, Mitglied des Vorstands der Allianz SE, 67 Allianz Aktien zu einem Stückpreis von 86,38 Euro.

Anteilsbesitz von Vorstand und Aufsichtsrat

Der Gesamtbesitz aller Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder an Aktien der Allianz SE betrug zum 31. Dezember 2009 weniger als 1 Prozent der von der Gesellschaft ausgegebenen Aktien.

Vergütungsbericht

Im Folgenden werden die strategischen Grundsätze, die Struktur und Höhe der Vergütung für den Vorstand der Allianz SE und die oberen Führungskräfte der Allianz Gruppe dargelegt. Der Bericht für den Vorstand bezieht sich auf die Vergütungsstruktur, wie sie bis zum 31. Dezember 2009 bestand. In einem Ausblick wird auf die Veränderungen, die zum 1. Januar 2010 für den Vorstand und die oberen Führungskräfte eingeführt worden sind, eingegangen. In diesem Bericht wird außerdem die Vergütung für den Aufsichtsrat beschrieben.

Grundsätze der Führungskräftevergütung

Die Vergütung für den Vorstand und die oberen Führungskräfte ist so ausgestaltet, dass sie wettbewerbsfähig ist unter Berücksichtigung der Geschäftstätigkeit der Allianz Gruppe sowie der Geschäftsergebnisse im Vergleich zum Wettbewerbsumfeld. Ziel ist es, eine nachhaltige, wertorientierte Unternehmensführung zu gewährleisten und zu fördern.

Strategische Grundsätze:

- Die Gesamtvergütung ist so gestaltet, dass hochqualifizierte Führungskräfte gewonnen und an das Unternehmen gebunden werden können. Die Zusammensetzung und das Verhältnis der fixen zur leistungsbezogenen Vergütung variieren je nach Verantwortung der jeweiligen Führungskraft. Je stärker die Führungskraft die Ergebnisse der Gesamtgruppe, einer Gruppengesellschaft oder eines Geschäftsbereichs beeinflussen kann, desto höher steigt im Allgemeinen der Anteil der variablen Vergütung und die Gewichtung des langfristigen Leistungsanteils.
- Die erfolgsbezogene Vergütung ist so konzipiert, dass sie auch in unterschiedlichen Ergebnisszenarien und einem sich verändernden Geschäftsumfeld effektiv funktioniert. Die Zusammensetzung und die Gewichtung ist dabei so ausgestaltet, dass Chancen und Risiken in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen und die Auszahlungszeitpunkte unterschiedlich gestaffelt sind.
- Die erfolgsbezogene Vergütung ist an die Erreichung der Finanz- und strategischen Ziele der Allianz Gruppe gekoppelt; diese stehen im Einklang mit den Aktionärsinteressen. Bei den Zielen geht es nicht nur darum, quantitative und qualitative Geschäftsergebnisse zu erreichen, sondern auch darum, Verhaltensgrundsätze wie die Allianz Leadership Values (Führungsgrundsätze) und den Code of Conduct (firmeninterner Verhaltenskodex) einzuhalten.

Vorstandsvergütung

Der Aufsichtsrat legt die Vorstandsvergütung fest. Die Vergütungsstruktur wird im Aufsichtsrat in regelmäßigen Abständen überprüft und erörtert. Die letzte Überprüfung fand im Dezember 2009 statt. Der Aufsichtsrat hat mit Wirkung zum 1. Januar 2010 einige Anpassungen beschlossen; sie werden auf Seite 66 dieses Berichts beschrieben.

Vergütungsstruktur

Die Gesamtvergütung der einzelnen Vorstandsmitglieder richtet sich nach den jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereichen sowie der individuellen Leistung. Sie umfasst die nachfolgend genannten Bestandteile:

Fixe Vergütung

Die fixe Vergütung ist eine Grundvergütung, die in zwölf monatlichen Zahlungen erfolgt. Die Grundvergütung wurde zuletzt im Dezember 2009 überprüft.

Erfolgsbezogene Vergütung

Ziel des dreistufigen Anreizsystems ist es, der Erreichung kurzfristiger Finanzziele, dem langfristigen Erfolg und der Schaffung von nachhaltigem Wertzuwachs für die Anteilseigner (Shareholder Value) ausgewogen Rechnung zu tragen. Die Zielkategorien für die erfolgsbezogene Vergütung und deren Bemessungfaktoren berücksichtigen Risiken über den ökonomischen Wertbeitrag (EVA®[1]). Dadurch wird vermieden, dass die Vergütung rein ergebnisorientiert ist, ohne die zugrunde liegenden Risiken entsprechend zu berücksichtigen.

Der Aufsichtsrat überprüft regelmäßig die Ziele und deren Angemessenheit im Hinblick auf die strategischen Prioritäten der Gruppe.

Dreistufiges Anreizsystem bis 31.12.2009

Jährlicher Bonus (kurzfristig)	Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)	Aktienbezogene Vergütung (langfristig)
Zielkategorie	**Zielkategorie**	**Zielkategorie**
Finanzziele Allianz Gruppe	EVA®[1]-Ziele während des dreijährigen Leistungszeitraums	Nachhaltige Steigerung des Aktienkurses
Finanzziele Geschäftsbereiche	Finanz- und strategische Ziele der Allianz Gruppe	
Individuelle Ziele	Finanz- und strategische Ziele der Geschäftsbereiche	
	Individuelle strategische Ziele	

Jährlicher Bonus (kurzfristig)

Der jährliche Bonus ist ein variabler Vergütungsbestandteil, der von der Erreichung anspruchsvoller jährlicher Ziele abhängt. Die Tabelle weist typische Zielkategorien aus. Die Ziele werden zu Jahresbeginn definiert. Die Zielerreichung wird nach Ablauf der jährlichen Leistungsperiode ermittelt. Die Höhe der Bonuszahlung ist abhängig davon, in welchem Maße die Ziele erreicht beziehungsweise übererfüllt wurden. Der Aufsichtsrat legt den Zielbonus für die Vorstandsmitglieder fest. Im Jahr 2009 belief sich die Höhe des Zielbonus auf 150 Prozent der Grundvergütung. Maximal können 165 Prozent des Zielbonus erreicht werden.

Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)

Der Drei-Jahre-Bonus soll für die Führungskräfte gruppenweit Anreize zur nachhaltigen Steigerung des Firmenwerts schaffen. Die Bonuszahlungen hängen davon ab, ob die gesetzten Finanz- und strategischen Ziele innerhalb der festgelegten Drei-Jahres-Periode erreicht werden. Der mittelfristige Bonus wird nach Ablauf des dreijährigen Leistungszeitraums gewährt, sofern die Bemessung der Zielerreichung am Ende der Leistungsperiode eine Auszahlung zulässt. Ausnahmen sind möglich, beispielsweise bei Pensionierung. Der Aufsichtsrat legt den Zielbonus fest. Für die Leistungsperiode 2007 bis 2009 belief sich der Zielbonus auf zirka 128 Prozent der Grundvergütung von 2007. Maximal können 140 Prozent des mittelfristigen Zielbonus erreicht werden.

Aktienbezogene Vergütung (langfristig)

Das gruppenweite Allianz Programm der aktienbezogenen Vergütung, Group Equity Incentives (GEI), besteht aus virtuellen Aktienoptionen, sogenannten Stock Appreciation Rights (SAR) und virtuellen Aktien, sogenannten Restricted Stock Units (RSU).

Der Aufsichtsrat entscheidet jährlich über die Anzahl der SAR und RSU, die den Vorständen zugeteilt wird. Dabei wird die Rolle des jeweiligen Vorstandsmitglieds ebenso berücksichtigt wie die Leistung der Allianz Gruppe und gegebenenfalls die Leistung des vom jeweiligen Vorstandsmitglied verantworteten Geschäftsbereichs. Die Berechnungsgrundlage für die jährliche GEI-Zuteilung ist begrenzt auf die Summe der Grundvergütung und des jährlichen Zielbonus.

Bereits im Vorgriff auf das neue deutsche Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung (VorstAG), das ab Januar 2010 eine vierjährige Sperrfrist für Aktienoptionen vorschreibt, wurde für die SAR-Zuteilung 2009 die Sperrfrist von zwei auf vier Jahre verlängert.

[1] EVA® (Economic Value Added) steht für die positive oder negative Differenz zwischen Gewinn und Kapitalkosten (weitere Einzelheiten siehe Seite 63 des Konzernberichts).

Um die Interessen des Managements mit denen der Aktionäre in Einklang zu bringen, hat der Aufsichtsrat zwei Voraussetzungen für die Ausübung der SAR festgelegt. Entsprechend den Ausübungsbedingungen und -hürden (siehe Fußnote unter der GEI-Zuteilungstabelle auf Seite 64) können SAR innerhalb der folgenden drei Jahre nach Ablauf der Sperrfrist ausgeübt werden. Um die für Aktienoptionen typische Hebelwirkung zu begrenzen, ist der mögliche Wertzuwachs der SAR auf 150 Prozent des Ausgabepreises beschränkt.

Für RSU gilt eine Sperrfrist von fünf Jahren. Nach Ablauf der Sperrfrist werden die RSU automatisch von der Gesellschaft ausgeübt.

Betriebliche Altersvorsorge und vergleichbare Leistungen

Die Pensionsverträge für Vorstandsmitglieder sahen bis zum Jahr 2004 die Zusage eines Festbetrags vor, der nicht an die Entwicklung der fixen oder variablen Vergütung gekoppelt war. Mit Wirkung zum 1. Januar 2005 hat die Allianz SE ein beitragsorientiertes System eingeführt und zu diesem Zeitpunkt bestehende Anwartschaften aus der jeweiligen Pensionszusage festgeschrieben. Als Mindestverzinsung der Beiträge sind 2,75 Prozent pro Jahr zugesagt. Sofern die Nettoverzinsung der Kapitalanlage 2,75 Prozent übersteigt, wird dem Vorstandsmitglied eine entsprechende Gewinnbeteiligung im selben Jahr gutgeschrieben.

Die Höhe der Beitragszahlungen wird vom Aufsichtsrat von Jahr zu Jahr überprüft. Unter Berücksichtigung der marktüblichen Verhältnisse hat der Aufsichtsrat mit Wirkung zum 1. Januar 2009 eine Anpassung der Beitragszahlungen für Vorstandspensionen beschlossen, und zwar entsprechend den Dienstjahren im Vorstand. Dadurch erhöht sich der normale Pensionsbeitrag für Vorstände der Allianz SE nach fünf Dienstjahren von derzeit 30 auf 37,5 Prozent und nach zehn Dienstjahren auf 45 Prozent der Grundvergütung. Die Beitragszahlung ist nur insoweit garantiert, als sie zur weiteren planmäßigen Finanzierung der am 31. Dezember 2004 bestehenden Pensionsanwartschaften aus früheren Festbetragszusagen erforderlich ist. Das angesammelte Kapital wird im Versorgungsfall in gleichwertige Rentenleistungen umgerechnet, die dann an den Berechtigten, beziehungsweise an dessen Hinterbliebene für die im Plan festgelegte Zeitdauer ausbezahlt werden. Die Rückstellungszuführung für Pensionen (Current Service Cost) umfasst sowohl die erforderlichen Aufwendungen zur weiteren Finanzierung der Altansprüche als auch die Beitragszahlungen für das neue, beitragsorientierte System.

Die Alterspension beginnt frühestens nach Vollendung des 60. Lebensjahres, es sei denn, es handelt sich um eine medizinisch bedingte Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, die gegebenenfalls zu einer früheren Auszahlung führt, oder um eine Hinterbliebenenpension im Todesfall. Wird das Mandat aus anderen Gründen vor Erreichen der Altersgrenze beendet, bleibt gegebenenfalls der Anspruch auf eine unverfallbare Versorgungsanwartschaft erhalten.

Sonstiges

Die Mitglieder des Vorstands erhalten zusätzlich bestimmte Nebenleistungen, im Wesentlichen Beiträge zu Unfall- und Haftpflichtversicherungen sowie einen Dienstwagen. Diese Nebenleistungen sind von den Vorstandsmitgliedern zu versteuern. Gegebenenfalls werden Reisespesen für nicht ortsansässige Vorstandsmitglieder gewährt. Insgesamt belief sich der Wert der sonstigen Nebenleistungen im Jahr 2009 auf 0,5 (0,6) Millionen Euro.

Wenn Vorstandsmitglieder in anderen Gesellschaften ein Mandat ausüben und dafür eine Vergütung erhalten, wird dieser Betrag bei konzernangehörigen Unternehmen in voller Höhe, bei konzernfremden Gesellschaften zu 50 Prozent an die Allianz SE abgeführt. Vorstandsmitglieder behalten die volle Vergütung für Mandate nur dann, wenn diese vom Aufsichtsrat als persönliche Mandate eingestuft wurden. Die Vergütungen aus konzernfremden Mandaten werden in den Geschäftsberichten der jeweiligen Gesellschaften ausgewiesen. Eine Liste der konzernfremden Aufsichtsratsmandate findet sich auf Seite 105.

Vergütung 2009

In der folgenden Tabelle sind die fixe und die erfolgsbezogene Vergütung des Vorstands der Allianz SE im Jahr 2009 aufgeführt.

		Nicht-erfolgsbezogen		Erfolgsbezogen				
Mitglieder des Vorstands		Fixe Vergütung	Neben-leistungen [1]	Jährlicher Bonus (kurzfristig) [2]	Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig) [3]	Rechnerischer Wert gewährter SAR zum Zeitpunkt der Gewährung (langfristig) [4]	Rechnerischer Wert gewährter RSU zum Zeitpunkt der Gewährung (langfristig) [4]	Gesamt-summe
		Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €
Michael Diekmann	2009	1 200	28	2 081	257	505	750	4 821
(Vorsitzender)	2008	1 200	26	1 112	311	430	720	3 799
Dr. Paul Achleitner	2009	800	49	1 387	165	335	498	3 234
	2008	800	44	704	205	287	480	2 520
Oliver Bäte	2009	700	56	1 175	241	297	440	2 909
	2008	700	48	701	209	251	420	2 329
Clement B. Booth	2009	700	110	1 148	264	386	567	3 175
	2008	700	93	624	205	251	420	2 293
Enrico Cucchiani	2009	460	98	970	105	361	457	2 451
	2008	460	85	587	263	260	435	2 090
Dr. Joachim Faber	2009	700	23	1 244	215	434	612	3 228
	2008	700	19	526	211	261	437	2 154
Dr. Christof Mascher [5]	2009	216	12	200	62	145	245	880
	2008	—	—	—	—	—	—	—
Dr. Helmut Perlet [6]	2009	467	40	786	104	74	63	1 534
	2008	700	206	653	214	251	420	2 444
Dr. Gerhard Rupprecht	2009	350	39	510	53	192	240	1 384
	2008	350	12	357	123	119	199	1 160
Jean-Philippe Thierry	2009	280	46	395	23	99	84	927
	2008	175	57	155	52	237	397	1 073
Dr. Herbert Walter [7]	2009	9	0	0	0	0	0	9
	2008	175	0	0	0	29	49	253
Dr. Werner Zedelius	2009	700	16	1 115	75	647	801	3 354
	2008	700	9	825	300	314	525	2 673
Summe	2009	**6 582**	**517**	**11 011**	**1 564**	**3 475**	**4 757**	**27 906**
	2008	**6 660**	**599**	**6 244**	**2 093**	**2 690**	**4 502**	**22 788**
Veränderung zum Vorjahr in %		**– 1,17%**	**– 13,69%**	**76,35%**	**– 25,27%**	**29,18%**	**5,66%**	**22,46%**

[1] Die Bandbreite begründet sich mit dem Ausweis der Reisespesen für nicht ortsansässige Vorstandsmitglieder.

[2] Tatsächliche Höhe des für das Geschäftsjahr 2009 im Jahr 2010 ausbezahlten Bonus.

[3] Für jedes Vorstandsmitglied für das Geschäftsjahr 2009 ermittelter Anteil des Drei-Jahre-Bonus 2007 bis 2009.

[4] Die neue Vergütungsstruktur und die variable Zielvergütung, die ab 1. Januar 2010 gültig sind (siehe Seite 66), wurde den Vorstandsmitgliedern mit den neuen Vorstandsverträgen, datiert und unterschrieben am 9. Dezember 2009, zugesagt. Die SAR und RSU 2010 werden daher als gewährte Vergütung für das Jahr 2009 angesehen. Die in der Tabelle aufgelisteten GEI-Zuteilungen umfassen somit neben den am 12. März 2009 zugeteilten SAR und RSU auch eine bestmögliche Schätzung der im März 2010 ausgegebenen SAR und RSU.

[5] Dr. Christof Mascher trat am 10. September 2009 in den Vorstand der Allianz SE ein. Für die Zeit vom 10. September bis 31. Dezember 2009 erhielt er ein anteiliges Fixgehalt von 216 000 €, einen anteiligen jährlichen Bonus und einen anteiligen Drei-Jahre-Bonus.

[6] Dr. Helmut Perlet ist aus Altersgründen am 31. August 2009 aus dem Vorstand der Allianz SE ausgeschieden. Die angegebenen Werte sind daher anteilig. Entsprechend seinem Dienstvertrag erhielt Dr. Perlet für einen Zeitraum von sechs Monaten nach Mandatsbeendigung eine Übergangszahlung, die sich aus seinem Festgehalt und einem bestimmten Prozentsatz seines Zielbonus errechnet; auf den monatlichen Auszahlungsbetrag wurden während der sechs Monate jeweils die Pensionszahlungen angerechnet. Der im Rahmen der Übergangszahlung gewährte anteilige jährliche Bonus für 2009 beträgt 525 000 € und wird im März 2010 ausbezahlt.

[7] Dr. Herbert Walter ist nach dem Verkauf der Dresdner Bank an die Commerzbank am 12. Januar 2009 (Change of Control) aus dem Vorstand der Allianz SE ausgeschieden. Ferner schied Dr. Walter am 19. Januar 2009 aus dem Vorstand der Dresdner Bank AG aus. Dr. Walter erhielt für Januar 2009 ein anteiliges Gehalt in Höhe von 36 945 € und einen anteiligen Drei-Jahre-Bonus für 2007 bis 2009. Dr. Walter hat auf die Auszahlung einer Abfindung in Höhe von 3 595 100 €, die ihm im Rahmen seiner Aufhebungsvereinbarung vom 23. Dezember 2008 zugesagt worden war, sowie die Auszahlung eines Jahresbonusses für 2008 und eines anteiligen Drei-Jahre-Bonusses für 2008 verzichtet.

In Bezug auf den Drei-Jahre-Bonus 2007 bis 2009 zeigt die individualisierte Vergütungstabelle den Bonusanteil für das Jahr 2009; so bleibt die Vergleichbarkeit mit den in den Vorjahren gezeigten entsprechenden Vergütungsbestandteilen erhalten. Die Rechnungslegungsvorschriften erfordern jedoch zusätzlich die Offenlegung der abschließenden Bonusauszahlung. Der Drei-Jahre Bonus wird daher zweimal ausgewiesen: zum einen mit dem Bonusanteil für das Jahr 2009 (siehe vorangehende Vergütungstabelle) und zum anderen mit dem Auszahlungsbetrag für die Leistungsperiode 2007 bis 2009. Nach abschließender Leistungsbeurteilung für den Drei-Jahre-Bonus 2007 bis 2009 hat der Aufsichtsrat eine Auszahlung von insgesamt 6 443 Tausend Euro genehmigt.

Die im Rahmen des Drei-Jahre-Bonus an die einzelnen Vorstandsmitglieder ausgezahlten Beträge sowie deren entsprechend angepasste Gesamtvergütung für 2009 (in Klammern angegeben) waren wie folgt:

Michael Diekmann 1 040 (5 604) Tausend Euro,
Dr. Paul Achleitner 680 (3 749) Tausend Euro,
Oliver Bäte 450 (3 118) Tausend Euro,
Clement B. Booth 787 (3 698) Tausend Euro,
Enrico Cucchiani 714 (3 060) Tausend Euro,
Dr. Joachim Faber 738 (3 751) Tausend Euro,
Dr. Christof Mascher 62 (880) Tausend Euro,
Dr. Helmut Perlet 629 (2 059) Tausend Euro,
Dr. Gerhard Rupprecht 338 (1 669) Tausend Euro,
Jean-Philippe Thierry 232 (1 136) Tausend Euro,
Dr. Herbert Walter 50 (59) Tausend Euro,
Dr. Werner Zedelius 723 (4 002) Tausend Euro.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für 2009 einschließlich der Auszahlung des Drei-Jahre Bonus für 2007 bis 2009 beträgt 33 Millionen Euro (2008: 21 Millionen Euro ohne den auf Basis einer Zwischenbeurteilung ermittelten Wert der anteiligen Jahrestranche für den Drei-Jahre Bonus).

Zugeteilte Rechte und Bestände im Rahmen des GEI-Programms

Mitglieder des Vorstands	Anzahl am 12.3.2009 zugeteilter SAR	Anzahl am 11.3.2010 zugeteilter SAR [1)]	Anzahl gehaltener SAR zum 31.12.2009	Bandbreite des Ausübungspreises €	Anzahl am 12.3.2009 zugeteilter RSU	Anzahl am 11.3.2010 zugeteilter RSU [1)]	Anzahl gehaltener RSU zum 31.12.2009
Michael Diekmann (Vorsitzender)	6 139	22 806	108 252	51,95 – 160,13	3 015	11 321	42 345
Dr. Paul Achleitner	3 993	15 204	78 699	51,95 – 160,13	1 961	7 547	29 785
Oliver Bäte	3 720	13 303	14 179	51,95 – 117,38	1 827	6 604	6 903
Clement B. Booth	5 010	17 004	34 892	51,95 – 160,13	2 460	8 441	17 364
Enrico Cucchiani	8 966	10 654	74 609	51,95 – 160,13	4 403	5 289	27 452
Dr. Joachim Faber	7 243	17 212	73 341	51,95 – 160,13	3 557	8 544	28 992
Dr. Christof Mascher	—	8 695	28 282	51,95 – 160,13	—	4 317	12 306
Dr. Helmut Perlet	3 592	—	70 010	51,95 – 160,13	1 764	—	26 907
Dr. Gerhard Rupprecht	4 877	5 512	37 127	51,95 – 160,13	2 395	2 736	14 717
Jean-Philippe Thierry	4 819	—	72 454	51,95 – 160,13	2 367	—	16 963
Dr. Herbert Walter	—	—	17 331	83,47 – 160,13	—	—	—
Dr. Werner Zedelius	17 108	17 795	79 539	51,95 – 160,13	8 402	8 833	33 497

Die SAR können nach Ablauf der vierjährigen Sperrfrist ausgeübt werden, vorausgesetzt, die Ausübungshürden sind genommen. Für SAR, die bis einschließlich 2008 gewährt wurden, beträgt die Sperrfrist zwei Jahre. Für SAR, die ab 2009 gewährt wurden, hat die Gesellschaft die Sperrfrist auf vier Jahre angehoben. SAR können ausgeübt werden, wenn der Kurs der Allianz SE Aktie um mindestens 20 % über dem Preis liegt, zu dem die SAR ausgegeben wurden (Zuteilungskurs). Darüber hinaus muss der Kurs der Allianz SE Aktie während der Laufzeit den Dow Jones EURO STOXX Price Index (600) mindestens einmal an fünf aufeinanderfolgenden Börsentagen übertroffen haben. Die RSU werden am ersten Handelstag nach Ablauf der fünfjährigen Sperrfrist ausgeübt.

[1)] Die neue Vergütungsstruktur und die variable Zielvergütung, die ab dem 1. Januar 2010 gültig sind (siehe Seite 66), wurde den Vorstandsmitgliedern mit den neuen Vorstandsverträgen, datiert und unterschrieben am 9. Dezember 2009, zugesagt. Die SAR und RSU 2010 werden daher als gewährte Vergütung für das Jahr 2009 angesehen. Die in der Tabelle aufgelisteten GEI-Zuteilungen umfassen somit neben den am 12. März 2009 zugeteilten SAR und RSU auch eine bestmögliche Schätzung der im März 2010 ausgegebenen SAR und RSU.

Die Allianz Gruppe hat 3 (3) Millionen Euro aufgewandt, um Pensionsrückstellungen und Rückstellungen für vergleichbare Leistungen der aktiven Vorstandsmitglieder zu erhöhen. Am 31. Dezember 2009 betrugen die Pensionsrückstellungen und die Rückstellungen für vergleichbare Leistungen an Vorstandsmitglieder, die zu diesem Zeitpunkt aktiv waren, 22 (22) Millionen Euro.

Die folgende Tabelle zeigt die Current Service Cost und die Beiträge für jedes Vorstandsmitglied der Allianz SE, die im Zusammenhang mit der aktuell bestehenden Pensionszusage im Jahr 2009 anfallen. Um die Transparenz zu erhöhen, unterscheiden wir zwischen der Current Service Cost für die bisherigen leistungsorientierten Pensionszusagen (seit dem 31. Dezember 2004 abgelöst) und der Current Service Cost für die aktuellen Pensionszusagen.

Mitglieder des Vorstands	Bisherige leistungsorientierte Pensionszusage (festgeschrieben)	Aktuelle Pensionszusage	Gesamt
	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €
Michael Diekmann (Vorsitzender)	71	566	637
Dr. Paul Achleitner	165	285	450
Oliver Bäte	—	275	275
Clement B. Booth	—	247	247
Enrico Cucchiani	—	165	165
Dr. Joachim Faber	175	300	475
Dr. Christof Mascher	—	80	80
Dr. Helmut Perlet[1)]	0	213	213
Dr. Gerhard Rupprecht[1)]	0	164	164
Jean-Philippe Thierry	—	18	18
Dr. Herbert Walter	—	—	—
Dr. Werner Zedelius	91	272	363

Die gesamte Vergütung des Vorstands der Allianz SE für 2009 einschließlich Pensionsaufwendungen beläuft sich auf 36 Millionen Euro.

Im Jahr 2009 wurden für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder beziehungsweise ihre Hinterbliebenen Vergütungen und andere Versorgungsleistungen von 4 (7) Millionen Euro ausbezahlt. Außerdem besteht eine Rückstellung von 40 (38) Millionen Euro für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen.

Beendigung des Dienstverhältnisses

Vorstandsmitgliedern, die nach mindestens fünfjähriger Zugehörigkeit zum Vorstand aus diesem Gremium ausscheiden, steht für eine Zeitspanne von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Die fällige Summe wird auf der Grundlage der fixen Vergütung und eines Teils des jährlichen Zielbonus berechnet. Pensionszahlungen aus Allianz Pensionsplänen werden dabei angerechnet, sofern ein Anspruch auf sofort beginnende Pensionszahlung besteht.

Wenn ein Dienstverhältnis infolge eines sogenannten Kontrollwechsels (Change of Control) beendet wird, gilt die nachfolgend aufgeführte Sonderregelung:

Ein Kontrollwechsel setzt voraus, dass ein Aktionär der Allianz SE allein oder zusammen mit anderen Aktionären mehr als 50 Prozent der Stimmrechte an der Allianz SE hält. Wird infolge eines solchen Kontrollwechsels innerhalb einer Zeitspanne von zwölf Monaten die Bestellung eines

[1)] Für Dr. Perlet und Dr. Rupprecht gibt es keine Current Service Cost für die bisherigen leistungsorientierten Pensionspläne, weil beide Vorstände älter als 60 Jahre sind.

Vorstandsmitglieds einseitig durch den Aufsichtsrat widerrufen, erhält dieses für die restliche Laufzeit seines Dienstvertrags die vertraglich vereinbarten Bezüge in Form einer Einmalzahlung ausbezahlt. Das Gleiche gilt für den Fall, dass ein Vorstandsmitglied sein Mandat niederlegt, weil seine Verantwortlichkeiten als Vorstand wesentlich verringert wurden, und zwar ohne dass das betreffende Vorstandsmitglied schuldhaft Anlass zu der Beendigung gegeben hat. Die entsprechende Summe wird auf der Grundlage der fixen Vergütung beim Kontrollwechsel sowie des Jahres- und des laufenden Drei-Jahre-Bonus berechnet, und zwar jeweils bei marktgerechter Abzinsung auf den Zeitpunkt der Auszahlung. Für den Jahres- beziehungsweise den Drei-Jahre-Bonus wird eine Zielerreichung von 100 Prozent zugrunde gelegt. Sofern die restliche Laufzeit des Dienstvertrags zum Zeitpunkt des Kontrollwechsels nicht mindestens drei Jahre beträgt, erhöht sich die Einmalzahlung in Bezug auf die Festvergütung und den Jahresbonus gemäß einer Laufzeit von drei Jahren. Sofern das betroffene Vorstandsmitglied vor Ablauf der drei Jahre sein 60. Lebensjahr vollendet, verringert sich die Einmalzahlung entsprechend. Was die aktienbasierte Vergütung betrifft, wird das Vorstandsmitglied so behandelt, als sei es in den Ruhestand getreten. Diese Regelungen greifen entsprechend, wenn ein auslaufendes Vorstandsmandat vor Ablauf von zwei Jahren nach einem Kontrollwechsel nicht verlängert wird.

Für alle weiteren Fälle einer vorzeitigen Beendigung eines Vorstandsmandats gibt es in den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder keine besonderen Regelungen.

Die Allianz SE erfüllt die Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex zur Deckelung von Abfindungszahlungen im Falle vorzeitiger Beendigung der Vorstandstätigkeit ohne wichtigen Grund. Diese sind in Ziffer 4.2.3 Absätze 4 und 5 des Kodex dargelegt. Entsprechend sehen unsere Dienstverträge vor, dass die Zahlungen bei vorzeitiger Beendigung das Zweifache einer Jahresvergütung nicht überschreiten und nicht mehr als die Restlaufzeit des Dienstvertrages vergüten. Unter Jahresvergütung ist hierbei die im abgelaufenen Geschäftsjahr gewährte Barvergütung zu verstehen unter zeitanteiliger Einbeziehung des mittelfristigen Bonus (Deckelung von Abfindungszahlungen). Im Falle einer vorzeitigen Beendigung wegen Kontrollwechsels dürfen die Zahlungen nicht höher sein als 150 Prozent der Deckelung von Abfindungszahlungen.

Neues Vergütungssystem für den Vorstand ab 1. Januar 2010

Der Aufsichtsrat hat das Vergütungssystem für die Vorstandsmitglieder im Berichtsjahr auf der Grundlage der seit August 2009 geltenden neuen Regelungen zur Vorstandsvergütung überprüft und die Struktur der erfolgsbezogenen Vergütung unter besonderer Berücksichtigung des Nachhaltigkeitsgedankens angepasst. Ferner wurden Änderungen bei der Zielsetzung für die erfolgs- und leistungsbezogene Vergütung beschlossen. Mit Zustimmung aller Vorstandsmitglieder wurden die Anpassungen umgesetzt und die Dienstverträge mit Wirkung zum 1. Januar 2010 entsprechend umgestellt. Damit ist gewährleistet, dass die Vergütungsstruktur einheitlich bleibt.

Die Gesamtvergütung teilt sich in die fixe Grundvergütung sowie eine erfolgs- und leistungsbezogene variable Vergütung auf, wobei die festen Jahresbezüge und die variable Zielvergütung wie bisher im Verhältnis 25 zu 75 stehen. In der erfolgsbezogenen Vergütung bleiben die wesentlichen Komponenten erhalten; jedoch wurde ihre Zusammensetzung im Interesse einer stärkeren Ausrichtung auf den langfristigen Unternehmenserfolg gegenüber dem Vorjahr geändert. Im neuen System setzt sich die variable Zielvergütung zu jeweils gleichen Teilen zusammen aus einer leistungsabhängigen Barzahlung nach einem Jahr (Jahresbonus), einer leistungsabhängigen Barzahlung nach drei Jahren (Drei-Jahre-Bonus) und einer aktienbezogenen Vergütung (Auszahlung nach fünf Jahren). Damit wurde das Vergütungselement mit mehrjähriger Bemessungsgrundlage (Drei-Jahre-Bonus) zu Lasten des Jahresbonus verstärkt. Die Höhe der fixen Grundvergütung und der Summe erfolgsbezogener Zielvergütungen bleibt gegenüber dem Vorjahr gleich.

Struktur und Höhe der jährlichen Zielvergütung

	Prozentualer Anteil (bisher) %	Prozentualer Anteil (neu) %	Ordentliches Vorstandsmitglied[1] Tsd €	Vorstandsvorsitzender Tsd €
Fixe Vergütung	25	25	700	1 200
Erfolgsbezogene Zielvergütung				
Jährlicher Bonus (kurzfristig)	37	25	700	1 180
Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig)	11	25	700	1 180
Aktienbezogene Vergütung (langfristig)	27[2]	25	700	1 180
Summe Zielvergütung	**100**	**100**	**2 800**	**4 740**

Für die variable Vergütung trifft der Aufsichtsrat mit den Mitgliedern des Vorstands jährlich eine Zielvereinbarung. In dieser werden die quantitativen und qualitativen Ziele für das jeweils nächste Geschäftsjahr sowie darüber hinaus alle drei Jahre Ziele für einen Drei-Jahre-Zeitraum festgelegt. Die allgemeinen Bedingungen für die variablen Vergütungsbestandteile sind in den global geltenden Regelungen des Allianz Sustained Performance Plan (ASPP) festgehalten.

Der Jahresbonus hängt von der Zielerreichung in einem Geschäftsjahr ab und wird nach Festlegung durch den Aufsichtsrat ausgezahlt.

Der Drei-Jahre-Bonus ist auf die nachhaltige Zielerreichung in einem Zeitraum von drei Jahren ausgerichtet. Nach Ablauf der dreijährigen Leistungsperiode bewertet der Aufsichtsrat die Zielerreichung auf der Grundlage der gesetzten Drei-Jahre-Ziele. Die Auszahlung erfolgt nach der entsprechenden Festsetzung durch den Aufsichtsrat.

Die aktienbezogene Vergütung wird in Form von virtuellen Aktien, sogenannten Restricted Stock Units (RSU), gewährt. Die Zuteilung erfolgt nach Ablauf des Geschäftsjahres im Zusammenhang mit der Festlegung des Jahresbonus. Die Anzahl der RSU ergibt sich dabei aus der Höhe des Jahresbonus für das abgelaufene Geschäftsjahr, geteilt durch den berechneten Marktwert eines RSU zum Zeitpunkt der Zuteilung. Für die Ausübung besteht eine Sperrfrist von vier Jahren ab Zuteilung; nach Ablauf dieser Frist erfolgt die Auszahlung durch die Gesellschaft auf der Grundlage des dann aktuellen Börsenkurses der Allianz SE Aktie. Die virtuellen Aktienoptionen, sogenannte Stock Appreciation Rights (SAR), die bisher Teil der aktienbezogenen Vergütung waren, werden im Rahmen des neuen Vergütungssystems nicht mehr gewährt.

Die maximal mögliche Zielerreichung für die variable Vergütung ist auf 165 Prozent begrenzt. Der Aufsichtsrat kann in der Bewertung der Zielerfüllung die erfolgsbezogene Vergütung in der Bandbreite von 0 Prozent bis maximal 165 Prozent der jeweiligen Zielvergütung festsetzen. Darüber hinaus kann der mögliche Wertzuwachs der RSU maximal 200 Prozent des Aktienkurses bei Zuteilung betragen.

Die Ziele für die variable Vergütung wurden ebenfalls neu ausgerichtet und das Zielvereinbarungsverfahren vereinfacht. Für die Leistungsbemessung des Jahresbonus werden quantitative und qualitative Ziele gesetzt. Die quantitativen Ziele bestehen aus Gruppenzielen, die mit 50 Prozent gewichtet werden, und Zielen für den vom jeweiligen Vorstandsmitglied verantworteten Geschäftsbereich (Business Division) beziehungsweise das entsprechende Zentralressort, die mit 25 Prozent gewichtet werden.

Die Jahresziele für die Gruppe stellen auf den operativen Konzerngewinn und den Konzernjahresüberschuss für das jeweilige Geschäftsjahr ab; der bisherige Bezug auf den Economic Value Added (EVA®) entfällt. Für das quantitative jährliche Ziel des Geschäftsbereichs wird auf den operativen Gewinn abgestellt. Für die Zentralressorts werden jeweils funktionsbezogene Ziele, beispielsweise für die Solvabilitätsquote oder das Investmentergebnis, gesetzt.

Die qualitativen Ziele, die für den Jahresbonus mit 25 Prozent gewichtet werden, setzen sich aus fünf Kategorien zusammen, die für die Gruppenstrategie wesentlich sind. Innerhalb dieser Kategorien gibt es konkretere Ziele, die den einzelnen Vorstandsmitgliedern zugeordnet sind.

Für den Drei-Jahre-Bonus stellen die quantitativen Ziele auf die Portfolioentwicklung nach Wachstum und Ergebnis ab. Dabei werden auf Gruppenebene die durchschnittliche Wachstumsrate in der dreijährigen Leistungsperiode sowie

[1] Alle Mitglieder des Vorstands mit Ausnahme von Dr. Achleitner (Zielvergütung 3 200 Tsd €) und des Vorstandsvorsitzenden

[2] Durchschnitt 2005 bis 2009

die Kapitalrendite, bezogen auf den operativen Konzerngewinn und der Konzernjahresüberschuss jeweils für das letzte Geschäftsjahr innerhalb dieser Drei-Jahre-Periode, zugrunde gelegt. Für die Beurteilung der Geschäftsentwicklung des Geschäftsbereichs wird auf das durchschnittliche Wachstum 2010 bis 2012 und auf die Kapitalrendite, bezogen auf den operativen Gewinn, abgestellt.

Der Aufsichtsrat bewertet die Zielerreichung auf Grundlage der gesetzten Drei-Jahre-Ziele und qualitativen Nachhaltigkeitskriterien.

Zielkategorien für die erfolgsbezogene Barvergütung (Jahresziele 2010 und Drei-Jahre-Ziele 2010 bis 2012)

Jahresbonus		Drei-Jahre-Bonus
Quantitative Ziele 75 %		Portfolioentwicklung
Gruppenziele 50 %	Operativer Gewinn 2010 Jahresüberschuss 2010	**Basis auf Gruppenebene:** durchschnittl. Wachstum 2010 – 2012 Kapitalrendite 2012 (auf Basis des operativen Gewinns und des Jahresüberschusses)
Ziele des Geschäftsbereichs/ Funktionen 25 %	Operativer Gewinn 2010 des Geschäftsbereichs Spezielle Ziele 2010 für Finanz-, Investment- und Chief Operating Officer (COO)-Funktion	**Basis auf Ebene des Geschäftsbereichs:** durchschnittl. Wachstum 2010 – 2012 Kapitalrendite 2012 (auf Basis des operativen Gewinns)
Qualitative Ziele 25 %	**5 Kategorien, die für die Gruppenstrategie 2010 – 2012 wesentlich sind:** • Bevorzugter Partner (Partner of Choice) für alle Interessengruppen (Kunden, Mitarbeiter, Investoren, Öffentlichkeit) • Profitables Wachstum • Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit • Entwicklung des Marktmanagements (einschließlich bspw. Adressierung von Konflikten zwischen Vertriebskanälen, Ausweitung des Fokus auf jüngere Kundensegmente und weiterem profitablem Kundenwachstum) • Schutz des Eigenkapitals	**Nachhaltigkeitsprüfung anhand qualitativer Kriterien:** • Vergleich von tatsächlichem und erwartetem Wachstum • Entwicklung der Profitabilität • Vergleich mit den wesentlichen Wettbewerbern • Eintritt außergewöhnlicher Ereignisse • Eigenkapital gemessen am internen Risikokapitalmodell • zusätzliche Nachhaltigkeitskriterien

Die Höhe der aktienbezogenen Vergütung hängt von der nachhaltigen Börsenkursentwicklung der Allianz SE Aktie in dem Vier-Jahre-Zeitraum zwischen Zuteilung der RSU und dem Ablauf der Sperrfrist ab.

In Bezug auf Pensionsregelungen und Nebenleistungen verweisen wir auf die entsprechenden Passagen auf Seite 62 dieses Geschäftsberichts. Auch für die Regelungen zur vorzeitigen Beendigung eines Vorstandsmandats gelten die oben dargestellten Grundsätze, allerdings mit der Maßgabe, dass die Grundlage für die Begrenzung einer Abfindungszahlung auf die jährliche Festvergütung zuzüglich 50 Prozent der variablen Zielvergütung angepasst wurde.

Ein Übergangsgeld für die ersten sechs Monate nach dem Ausscheiden aus dem Vorstand nach mindestens fünfjähriger Zugehörigkeit wird ab dem 1. Januar 2010 bei Neubestellungen nicht mehr zugesagt. Für die bestehenden Dienstverträge wurde die Regelung zum Übergangsgeld um ein sechsmonatiges Wettbewerbsverbot ergänzt.

Das Vergütungssystem entspricht sowohl den neuen gesetzlichen Anforderungen als auch dem Vergütungsrundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) vom 21. Dezember 2009. Mit diesem Schreiben wurde der vom Financial Stability Board (FSB) für die G20-Mitgliedstaaten entwickelte Vergütungsstandard für den Finanzsektor in Deutschland umgesetzt.

Führungskräftevergütung unterhalb des Vorstands

Für die Führungskräftevergütung unterhalb des Vorstands gelten die gleichen allgemeinen Grundsätze und Richtlinien der Allianz Gruppe, die wir weiter oben mit Bezug auf den Vorstand dargelegt haben.

Die nachstehend dargelegten Informationen beziehen sich auf das Rundschreiben der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zu den Anforderungen an Vergütungssysteme im Versicherungsbereich vom 21. Dezember 2009.

Für die Zwecke dieses Berichts sind obere Führungskräfte als Inhaber von Schlüsselpositionen definiert. Die gruppenübergreifenden Führungsgrundsätze und Kontrollsysteme gewährleisten, dass nur angemessene Risiken eingegangen werden. Die Vergütungsstruktur und die Anreizelemente fördern die Ausrichtung der Geschäftstätigkeit auf eine nachhaltige Wertsteigerung.

Die Allianz Gruppe verfügt über Vergütungsausschüsse, die regelmäßig auf Geschäftsbereichs-, regionaler und Gesellschaftsebene die Vergütungsrichtlinien und deren Anwendung unterhalb der Allianz SE Vorstandsebene überprüfen und entscheiden. Zusätzlich bedürfen Zahlungen oder individuelle Vereinbarungen, die gewisse materielle Grenzen überschreiten, beziehungsweise Pläne, die langfristige Verbindlichkeiten schaffen, der Zustimmung eines Vergütungsausschusses, der auf Gruppenebene entscheidungsberechtigt ist.

Gruppenweit werden zahlreiche verschiedene Vergütungsstrukturen und -strategien angewandt. Diese berücksichtigen die Rolle der Führungskräfte, deren Geschäftsbereich, die lokal üblichen Vergütungsstrukturen und das jeweilige regulatorische Umfeld. So sind die Geschäftsbereiche in der Lage, in ihren jeweils anders gearteten Märkten wettbewerbsfähig zu bleiben und dennoch die weltweit geltenden Grundsätze und Grenzen der Allianz Gruppe zu beachten. Je nach Art und Umfang der Geschäftstätigkeit richtet der Vorstand Vergütungsausschüsse mit Aufsichtsfunktion ein. Diese setzen sich im Allgemeinen aus Vorstandsmitgliedern der Allianz SE, anderen regionalen Vorständen oder Geschäftsführern, Geschäftsbereichsleitern, Chief Financial Officers (CFOs) oder Chief Operating Officers (COOs) und dem Personalleiter zusammen; Letzterer ist in der Regel beratend und/oder als Schriftführer tätig. Es wird darauf geachtet, dass zu jedem Vergütungsausschuss auch unabhängige Mitglieder zählen, um Interessenskonflikten vorzubeugen.

Die globalen Governancestrukturen und die entsprechenden Mindestanforderungen werden zentral gesteuert. Dadurch wird ein weltweit einheitliches Vorgehen erreicht. Ferner können so kurzfristig Anpassungen vorgenommen werden, die notwendig sind, sofern sich Geschäftsbedingungen ändern oder neue Vorschriften beachtet werden müssen. Darüber hinaus können ein nachhaltiges Performance-Management sowie die Governance Grundsätze fortlaufend verbessert werden.

Für einige wenige Gruppengesellschaften, zu deren Geschäft entweder die Vermögensverwaltung oder die Finanzanlagen für die Allianz oder für Dritte zählen, bestehen eigens darauf ausgerichtete Anreizprogramme und Vergütungsstrukturen. Diese können sich inhaltlich von den sonst üblichen Anreizprogrammen unterscheiden. So gibt es beispielsweise in diesen Gruppengesellschaften Gewinnbeteiligungen, Eigeninvestments und andere Anreizpläne mit Barvergütung. Geeignete Maßnahmen zur Risikokontrolle und Vergütungsausschüsse, deren Mitglieder Experten mit Fach- und Branchenkenntnis sind, stellen eine angemessene Überwachung sicher.

Führungskräfte unterhalb der Vorstandsebene sind für einzelne Geschäftszweige oder Produktgruppen direkt verantwortlich. Ihre Vergütung orientiert sich deshalb stärker am länder- oder regionsspezifischen Geschäftsumfeld. Folglich variiert die Vergütungspraxis und Vergütungshöhe. Dennoch gelten auch für sie die gleichen Vergütungsgrundsätze und die Vergütungsstruktur, wie diese bereits für den Vorstand der Allianz SE beschrieben wurden.

Die Vergütung für Führungskräfte der nächsten Ebenen unterhalb des Allianz SE Vorstandes setzt sich aus den folgenden Elementen zusammen:

- Fixe Vergütung,
- erfolgsbezogene Vergütung,
- die erfolgsbezogene Vergütung umfasst dabei kurz- und gegebenenfalls mittelfristige Anreize sowie langfristige Anreize in Form von aktienbasierter Vergütung.

Allerdings erhält nicht jede Führungskraft alle Vergütungskomponenten. Die prozentuale Gewichtung kann ebenfalls variieren.

Ferner bietet die Allianz je nach Marktumfeld eine Reihe von Pensionsplänen und flexiblen Leistungsplänen an, insbesondere auch die Möglichkeit zur Entgeltumwandlung, die den Teilnehmern hilft, ihre Alterseinkünfte zu erhöhen.

Auf Gruppenebene betrug bei Geschäftsleitern und Mitarbeitern, die im Sinne des oben erwähnten BaFin-Rundschreibens hohe Risikopositionen begründen können (inklusive dem Allianz SE Vorstand) das Verhältnis von fixer zu leistungsbezogener Zielvergütung für das Jahr 2009 etwa 49 zu 51 Prozent.

Die Führungskräfte der obersten Ebenen sind auch berechtigt, am globalen Mitarbeiteraktienkaufplan (Employee Stock Purchase Plan; siehe Ausführungen im Kapitel „Unsere Mitarbeiter“ auf Seite 54 des Konzernberichts) teilzunehmen, wobei dies im Verhältnis zur Gesamtvergütung unwesentlich ist.

Gleichzeitig mit dem Beschluss über die Veränderungen für den Vorstand mit Wirkung zum 1. Januar 2010 änderte sich auch das Vergütungssystem für Führungskräfte unterhalb des Vorstands. Es gilt ebenfalls grundsätzlich ab dem 1. Januar 2010.

Aufsichtsratsvergütung

Die Aufsichtsratsvergütung verfolgt in erster Linie das Ziel, die Interessen der Aktionäre zu wahren und zu unterstützen sowie eine angemessene Trennung zwischen den Vergütungsgrundsätzen für Aufsichtsrat und Vorstand zu gewährleisten, die der unterschiedlichen Aufgabenstellung Rechnung trägt. Die entsprechende Vergütungsstruktur ist darauf ausgerichtet, die adäquate Beaufsichtigung der Unternehmensführung und eine unabhängige Entscheidung über die Vorstandsvergütung zu ermöglichen.

Die Vergütung richtet sich nach § 11 der Satzung der Allianz SE. Gemäß § 113 AktG wird sie von der Hauptversammlung der Gesellschaft festgelegt. Dementsprechend wurden die Bestimmungen über Höhe und Struktur der Aufsichtsratsvergütung in § 11 der Satzung von der ordentlichen Hauptversammlung 2005 beschlossen. Bei der Umwandlung der Allianz AG in die Allianz SE im Jahr 2006 wurden diese Bestimmungen unverändert übernommen.

Die Struktur der Aufsichtsratsvergütung erfüllt die Anforderungen des Deutschen Corporate Governance Kodex. Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten eine fixe und eine erfolgsbezogene Vergütung einschließlich eines langfristigen Vergütungsanteils. Die erfolgsbezogene Vergütung orientiert sich am Ergebnis je Aktie, das in diesem Zusammenhang eine effektive und angemessene Kennzahl ist.

Die Vergütung wird regelmäßig auf die Einhaltung zusätzlicher deutscher, europäischer und internationaler Empfehlungen und Vorschriften überprüft.

Strategische Grundsätze

- Die Gesamtvergütung ist angemessen im Verhältnis zu Tätigkeit, Aufgabeninhalt und -umfang sowie Verantwortung der Aufsichtsratsmitglieder und angemessen auch im Hinblick auf die Geschäfts- und Finanzlage des Unternehmens.

- Es besteht Ausgewogenheit zwischen fixen Vergütungsbestandteilen sowie kurzfristigen und langfristigen erfolgsorientierten Vergütungskomponenten. Dies stellt die Neutralität und die Unabhängigkeit der Aufsichtsratsmitglieder sicher und setzt gleichzeitig geeignete Leistungsanreize.

- Die Vergütung berücksichtigt die individuellen Aufgaben und Zuständigkeiten der Aufsichtsratsmitglieder, also den Vorsitz oder den stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat sowie Mandate in Ausschüssen.

Vergütungsstruktur

Die Grundvergütung besteht aus der festen Vergütung und zwei erfolgsbezogenen Bestandteilen. Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats sowie Vorsitzende und Mitglieder der Ausschüsse erhalten eine zusätzliche Vergütung wie unten beschrieben.

Fixe Vergütung

Die Festvergütung beträgt jährlich 50 000 Euro.

Erfolgsbezogene Vergütung

- Die kurzfristige erfolgsbezogene Vergütung ist abhängig von der Steigerung des Konzernergebnisses je Aktie (Earnings Per Share, EPS) im Vergleich zum Vorjahr.[1] Wenn keine Steigerung (0 Prozent) erzielt wird, erfolgt keine Auszahlung, bei Erreichen von 16 Prozent EPS-Wachstum erfolgt die maximale Auszahlung von 24 000 Euro.

- Die langfristige erfolgsbezogene Vergütung ist abhängig von der EPS-Steigerung im Vergleich zum entsprechenden Wert vor drei Jahren.[2] Sofern das EPS in diesem Zeitraum nicht erhöht wurde, erfolgt keine Auszahlung. Der maximale Auszahlungsbetrag beläuft sich auf 24 000 Euro und wird bei einem EPS-Wachstum von 40 Prozent erreicht.

Für beide erfolgsbezogenen Vergütungskomponenten wird nur ein EPS-Wachstum über einem Schwellenwert von 5 Euro gemessen. Die Allianz muss somit eine EPS-Steigerung oberhalb dieses Schwellenwerts erreichen, damit der Aufsichtsrat eine erfolgsbezogene Vergütung erhält.

Vorsitz und stellvertretender Vorsitz im Aufsichtsrat sowie Vorsitz und Mitgliedschaft in den Ausschüssen werden zusätzlich wie folgt vergütet:

Vorsitz

Funktion	Vergütung
Vorsitzender des Aufsichtsrats	erhält das 2-fache der Grundvergütung
Stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrats	erhalten das 1,5-fache der Grundvergütung

[1] 150 € für jeden Zehntelprozentpunkt, um den das Konzernergebnis je Aktie im Vergleich zum Vorjahr verbessert wurde

[2] 60 € für jeden Zehntelprozentpunkt, um den das Konzernergebnis je Aktie gegenüber dem Referenzwert vor drei Jahren verbessert wurde.

Ausschüsse

Funktion		Zusätzliche Vergütung
Prüfungsausschuss	Vorsitz	45 000 €
	Mitgliedschaft	30 000 €
Nominierungsausschuss	Vorsitz	0 €
	Mitgliedschaft	0 €
Andere Ausschüsse (Personalausschuss, Ständiger Ausschuss und Risikoausschuss)	Vorsitz	50 % der Grundvergütung
	Mitgliedschaft	25 % der Grundvergütung

Mit den beiden auf je 24 000 Euro begrenzten variablen Vergütungsbestandteilen und einem Festbetrag von 50 000 Euro beträgt die Maximalvergütung eines einfachen Aufsichtsratsmitglieds 98 000 Euro im Jahr. Dieser Höchstbetrag wird erreicht, wenn das Vorjahreskonzernergebnis je Aktie um 16 Prozent angestiegen ist und diese Kennziffer sich in den letzten drei Jahren um insgesamt 40 Prozent verbessert hat.

Die Aufsichtsratsmitglieder erhalten für jede Aufsichtsrats- beziehungsweise Ausschusssitzung, an der sie persönlich teilgenommen haben, 500 Euro Sitzungsgeld. Es wird kein zusätzliches Sitzungsgeld gezahlt, wenn mehrere Sitzungen an einem Tag oder an aufeinanderfolgenden Tagen stattfinden.

Die Gesamtvergütung jedes Aufsichtsratsmitglieds ist nach oben begrenzt. Die Vergütung des Aufsichtsratsvorsitzenden darf 300 Prozent der Grundvergütung eines Mitglieds nicht übersteigen. Für die anderen Mitglieder liegt die Grenze bei 200 Prozent der Grundvergütung.

Vergütung 2009

Das Konzernergebnis je Aktie belief sich im Jahr 2009 auf 9,53 Euro. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 2008 stieg es um 90,6 Prozent oberhalb der Mindestschwelle von 5 Euro. In Bezug auf das Jahr 2006 wurde keine EPS-Steigerung erzielt. Die Grundvergütung für das Geschäftsjahr 2009 setzt sich daher aus folgenden Vergütungsanteilen zusammen:

Komponente der Grundvergütung	2009 €	2008 €
Fixvergütung	50 000	50 000
Kurzfristige erfolgsbezogene Vergütung	24 000	0
Langfristige erfolgsbezogene Vergütung	0	0
Gesamte Grundvergütung	**74 000**	**50 000**

Die Maximalvergütung (ohne Sitzungsgeld) für das Jahr 2009 belief sich für den Aufsichtsratsvorsitzenden auf 222 000 Euro und für die übrigen Mitglieder des Aufsichtsrats auf 148 000 Euro.

Die Gesamtvergütung des Aufsichtsrats einschließlich der Sitzungsgelder betrug im Berichtsjahr 1 491 086 Euro (1 080 000 Euro). Dementsprechend stieg die durchschnittliche Jahresvergütung der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder auf 123 400 Euro (90 000 Euro). Für 2008 wurde keine erfolgsbezogene Vergütung gezahlt.

In der folgenden Tabelle sind die einzelnen Vergütungskomponenten für den Aufsichtsrat im Jahr 2009 aufgeführt. Aus Gründen der Transparenz sind außerdem die Vorjahreszahlen angegeben.

Mitglieder des Aufsichtsrats		Fixvergütung €	Kurzfristige erfolgsbezogene Vergütung €	Langfristige erfolgsbezogene Vergütung €	Ausschussvergütung €	Sitzungsgeld €	Gesamtvergütung (nach Kappung) €
Dr. Henning Schulte-Noelle	2009	100 000	48 000	0	111 000	2 500	224 500[1]
(Vorsitzender)	2008	100 000	0	0	75 000	4 000	154 000[2]
Dr. Gerhard Cromme	2009	75 000	36 000	0	37 000	2 000	150 000
(Stellvertretender Vorsitzender)	2008	75 000	0	0	36 250	4 000	104 000[3]
Rolf Zimmermann	2009	70 834	34 000	0	35 459	2 500	142 793
(Stellvertretender Vorsitzender)	2008	50 000	0	0	12 500	4 000	66 500
Claudia Eggert-Lehmann	2009	6 250	3 000	0	3 084	0	12 334
(frühere Stellvertretende Vorsitzende) (bis 12. Januar 2009)	2008	75 000	0	0	25 000	3 500	103 500
Dr. Wulf H. Bernotat	2009	50 000	24 000	0	48 500	2 000	124 500
	2008	50 000	0	0	42 500	4 000	96 500
Jean-Jacques Cette	2009	50 000	24 000	0	30 000	3 500	107 500
	2008	50 000	0	0	30 000	4 000	84 000
Karl Grimm	2009	50 000	24 000	0	16 959	1 500	92 459
(seit 28. Januar 2009)	2008	—	—	—	—	—	—
Godfrey Robert Hayward	2009	50 000	24 000	0	18 500	2 000	94 500
	2008	50 000	0	0	12 500	3 500	66 000
Dr. Franz B. Humer	2009	50 000	24 000	0	63 500	3 000	140 500
	2008	50 000	0	0	50 000	4 500	104 500
Prof. Dr. Renate Köcher	2009	50 000	24 000	0	18 500	2 000	94 500
	2008	50 000	0	0	12 500	3 500	66 000
Peter Kossubek	2009	50 000	24 000	0	18 500	2 000	94 500
	2008	50 000	0	0	12 500	3 500	66 000
Igor Landau	2009	50 000	24 000	0	30 000	2 500	106 500
	2008	50 000	0	0	30 000	4 500	84 500
Jörg Reinbrecht	2009	50 000	24 000	0	30 000	2 500	106 500
	2008	50 000	0	0	30 000	4 500	84 500
Gesamt	2009	**702 084**	**337 000**	**0**	**461 002**	**28 000**	**1 491 086**
	2008	**700 000**	**0**	**0**	**368 750**	**47 500**	**1 080 000**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr							**+ 38,1 %**

Vergütungen für Mandate in anderen Allianz Konzerngesellschaften

Als Mitglied des Aufsichtsrats der früheren Allianz Gruppengesellschaft Dresdner Bank AG erhielt Frau Claudia Eggert-Lehmann 45 000 Euro. Als Mitglied des Aufsichtsrats (bis 2. April 2009) der Allianz Deutschland AG erhielt Herr Karl Grimm 20 000 Euro.

Kredite an Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

Zum Bilanzstichtag (31. Dezember 2009) gab es keine ausstehenden Darlehen, die Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat der Allianz SE von Allianz Gruppengesellschaften gewährt wurden. Die Gewährung von Darlehen erfolgt zu branchenüblichen Konditionen beziehungsweise den gleichen Konditionen, die für Mitarbeiter gelten. Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat werden im Rahmen bestehender Kontoverbindungen Dispositionskredite eingeräumt, ebenfalls zu branchenüblichen beziehungsweise für Mitarbeiter geltenden Konditionen. Diese Dispositionskredite werden im gewöhnlichen Geschäftsbetrieb gewährt und entsprechen in ihren Konditionen dem, was für vergleichbare Personengruppen gilt. Sie enthalten keine größeren Risiken als das gewöhnliche Ausfallrisiko und keine sonstigen ungünstigen Besonderheiten. Die Konditionen von Darlehen und Dispositionskrediten, die Vorstandsmitgliedern gewährt werden, entsprechen den für Allianz Mitarbeiter geltenden Bedingungen.

[1] Die Obergrenze für die Gesamtvergütung (ohne Sitzungsgeld) liegt bei 222 000 € (für den Vorsitzenden beträgt die Obergrenze das Dreifache der Grundvergütung für 2009).
[2] Die Obergrenze für die Gesamtvergütung (ohne Sitzungsgeld) liegt bei 150 000 € (für den Vorsitzenden beträgt die Obergrenze das Dreifache der Grundvergütung für 2008).
[3] Die Obergrenze für die Gesamtvergütung (ohne Sitzungsgeld) liegt bei 100 000 € (begrenzt auf das Zweifache der Grundvergütung für 2008).

Sonstige Angaben

Unsere Mitarbeiter [1)]

2009 konzentrierten wir uns in der Personalpolitik auf folgende Themen:

- Die Prinzipien des neuen Zielbetriebsmodells (Target Operating Model, TOM) wurden im Personalwesen eingeführt und unsere operativen Einheiten bei der entsprechenden TOM-Umsetzung unterstützt.
- Unser Talent-Management-Konzept (siehe Konzerngeschäftsbericht 2008, Seite 116) wurde verbessert, wobei die dazugehörigen Maßnahmen und Prozesse implementiert wurden.
- Unsere Anreiz- und Vergütungsprogramme für das obere Management wurden an das neue regulatorische Umfeld angepasst.
- Wir steigerten deutlich unsere Initiativen, die Attraktivität der Allianz als Arbeitgeber zu erhöhen, und zwar nach innen und nach außen.
- Wir bereiteten uns auf künftigen Personalbedarf vor und berücksichtigten dabei demographische und sozioökonomische Trends.

Arbeitnehmervertretung in der Allianz SE

Der SE-Betriebsrat vertritt die Arbeitnehmerinteressen bei grenzüberschreitenden Angelegenheiten der Allianz SE und ihrer Tochtergesellschaften mit Sitz in den Mitgliedstaaten der EU, den Vertragstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums sowie in der Schweiz. In zwei turnusmäßigen Sitzungen wurde der Betriebsrat 2009 über verschiedene Sachverhalte informiert und angehört. Neben der Erörterung von Geschäftslage und Perspektiven der Allianz in Europa wurden ihre grenzüberschreitende operative Strategie (zum Beispiel die Einführung des neuen Zielbetriebsmodells in unseren operativen Einheiten, die neue Vertriebsinitiative, das strategische Workforce Planning), grenzüberschreitende europäische Aktivitäten (zum Beispiel Allianz Global Investors, Integration der cominvest) und andere länderübergreifende Themen (zum Beispiel abschließender Vollzug des Dresdner-Bank-Verkaufs und Gründung der Allianz Bank) vorgestellt.

Der geschäftsführende Ausschuss des SE-Betriebsrats wurde zudem wiederholt ad hoc informiert und angehört, etwa im Zusammenhang mit der Aufstellung einer globalen Plattform für Immobilieninvestitionen.

Der konstruktive Dialog mit dem SE-Betriebsrat fördert ein gutes wechselseitiges Verständnis für die vor uns liegenden Herausforderungen; er stellt sicher, dass Allianz Geschäftsleitung und Arbeitnehmervertreter vertrauensvoll zusammenarbeiten.

Niederlassungen

Im Jahr 2009 führte die Allianz SE ihr Rückversicherungsgeschäft von München sowie den Niederlassungen in Singapur, Labuan (Malaysia), Dubai, Dublin und Zürich aus. Der Geschäftsbetrieb in Dubai wird 2010 geschlossen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Sturm „Xynthia“ in Westeuropa

Am 28. Februar 2010 hat der Sturm „Xynthia“ in Teilen Westeuropas, hauptsächlich in Frankreich, Spanien und Deutschland, große Schäden verursacht. Der Allianz Konzern ist mit seinen Schaden- und Unfallversicherungsgesellschaften in diesen Ländern engagiert. Momentan ist eine verläßliche Schätzung der Nettoschadenbelastung durch diesen Sturm nicht möglich [2)].

[1)] Ein ausführlicher Bericht über unsere Mitarbeiter ist im Jahresbericht 2009 der Allianz Gruppe zu finden.

[2)] Erste Schätzungen Stand Mitte März 2010 deuten einen Nettoverlust zwischen 28 Mio € und 40 Mio € für die Allianz SE an.

Übernahmerelevante Angaben und Erläuterungen

Die folgenden Angaben erfolgen gemäß § 289 Abs. 4 HGB:

Zusammensetzung des gezeichneten Kapitals

Das Grundkapital der Allianz SE belief sich zum 31. Dezember 2009 auf 1 161 984 000 Euro. Es war eingeteilt in 453 900 000 auf den Namen lautende, nennwertlose Stückaktien mit einem anteiligen Grundkapitalbetrag von 2,56 Euro je Aktie. Die Aktien sind voll eingezahlt. Mit allen Aktien sind die gleichen Rechte und Pflichten verbunden. Jede Stückaktie hat eine Stimme.

Stimmrechts- und Übertragungsbeschränkungen; Stimmrechtsausübung bei Arbeitnehmerbeteiligung am Kapital

Die Aktien können nur mit Zustimmung der Gesellschaft übertragen werden. Gemäß § 2 Abs. 2 der Satzung wird die Gesellschaft die ordnungsgemäß beantragte Zustimmung nur dann verweigern, wenn sie es aus außerordentlichen Gründen im Interesse des Unternehmens für erforderlich hält. Die Gründe werden dem Antragsteller bekannt gegeben.

Die Vinkulierung der Aktien geht bei der Allianz zurück bis auf die Gründung im Jahre 1890. Sie ist in Deutschland in der Versicherungsbranche weit verbreitet. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Gesellschaft in keinem Fall ihre Zustimmung zur Übertragung verweigert. Die Vinkulierung führt aufgrund der standardisierten Abläufe zu keinerlei Verzögerungen bei der Eintragung im Aktienregister und schränkt die Börsenhandelsfähigkeit in keiner Weise ein.

Aktien, die von Mitarbeitern der Allianz Gruppe im Rahmen des Mitarbeiter-Aktienkaufprogramms erworben werden, unterliegen grundsätzlich einer einjährigen Veräußerungssperre; im Ausland dauert die Veräußerungssperre aus steuerlichen Gründen zum Teil bis zu fünf Jahre. In einigen Ländern werden die Mitarbeiteraktien während der Sperrfrist von einer Bank oder einer anderen natürlichen oder juristischen Person als Treuhänder gehalten, damit die Einhaltung der Sperrfrist sichergestellt ist. Die Mitarbeiter können dem Treuhänder jedoch Anweisungen für die Ausübung des Stimmrechts geben beziehungsweise sich eine Vollmacht für die Stimmrechtsausübung erteilen lassen. Die Einrichtung von Sperrfristen unterstützt den Zweck der Mitarbeiter-Aktienkaufprogramme, die Mitarbeiter an das Unternehmen zu binden und sie an der Entwicklung des Aktienkurses teilhaben zu lassen.

Beteiligungen am Kapital, die 10 Prozent der Stimmrechte überschreiten

Direkte oder indirekte Beteiligungen am Grundkapital der Allianz SE, die 10 Prozent der Stimmrechte überschreiten, sind der Allianz SE nicht gemeldet worden und sind ihr auch nicht anderweitig bekannt.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, bestehen nicht.

Gesetzliche Vorschriften und Satzungsbestimmungen über Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über Satzungsänderungen

Die Vorstandsmitglieder der Allianz SE werden vom Aufsichtsrat für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt (Art. 9 Abs. 1, Art. 39 Abs. 2 und Art. 46 SE-Verordnung, §§ 84, 85 AktG, § 5 Abs. 3 der Satzung). Wiederbestellungen, jeweils für höchstens fünf Jahre, sind zulässig. Für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern ist die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen im Aufsichtsrat erforderlich. Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Aufsichtsratsvorsitzenden, der nach Art. 42 Satz 2 SE-Verordnung zwingend ein Anteilseignervertreter sein muss, den Ausschlag (§ 8 Abs. 3 der Satzung). Bei Nichtteilnahme des Vorsitzenden hat bei Stimmengleichheit der Stellvertreter die entscheidende Stimme, sofern dieser ein Anteilseignervertreter ist. Einem Stellvertreter, der Arbeitnehmervertreter ist, steht der Stichentscheid nicht zu (§ 8 Abs. 3 der Satzung). Auf diese Weise ist sichergestellt, dass die Anteilseignerseite im Aufsichtsrat das Letztentscheidungsrecht hat. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Gericht auf Antrag eines Beteiligten nach § 85 AktG das Mitglied zu bestellen.

Der Vorstand besteht gemäß § 5 Abs. 1 der Satzung aus mindestens zwei Personen. Im Übrigen bestimmt der Aufsichtsrat die Anzahl der Vorstandsmitglieder. Der Aufsichtsrat hat gemäß § 84 Abs. 2 AktG einen Vorsitzenden des Vorstands benannt.

Bei der Bestellung ist insbesondere darauf zu achten, dass die Vorstandsmitglieder zuverlässig und fachlich für die Leitung eines Versicherungsunternehmens geeignet sind. Vorstand kann nicht werden, wer bereits bei zwei Versicherungsunternehmen, Pensionsfonds, Versicherungs-Holdinggesellschaften oder Versicherungs-Zweckgesellschaften als Geschäftsleiter bestellt ist, wobei die Aufsichtsbehörde Ausnahmen bei Mandaten innerhalb derselben Versicherungs- oder Unternehmensgruppe zulassen kann (§§ 121 a, 7 a Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG). Die Absicht der Bestellung eines Vorstandsmitglieds ist der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht anzuzeigen (§§ 121 a, 13 d Nr. 1 VAG). Vorstandsmitglieder können vom Aufsichtsrat abberufen werden, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt (§ 84 Abs. 3 AktG).

Über Änderungen der Satzung hat die Hauptversammlung zu beschließen. Gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Satzung der Allianz SE bedürfen sie, soweit nicht zwingende gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, einer Mehrheit von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen beziehungsweise, sofern mindestens die Hälfte des Grundkapitals vertreten ist, der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Damit macht die Satzung Gebrauch vom Wahlrecht des § 51 Satz 1 SE-Ausführungsgesetz, dem wiederum Art. 59 Abs. 1 und 2 SE-Verordnung zugrunde liegt. Eine höhere Mehrheit ist etwa für die Änderung des Gegenstands des Unternehmens und für eine Sitzverlegung in einen anderen Mitgliedstaat vorgeschrieben (§ 51 Satz 2 SE-Ausführungsgesetz). Der Aufsichtsrat kann die Fassung der Satzung ändern (§ 179 Abs. 1 Satz 2 AktG und § 10 der Satzung).

Befugnisse des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand hat die folgenden Befugnisse zur Ausgabe von Aktien sowie zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien:

- Er ist ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 7. Februar 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 406 545 646,08 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006/I). Der Vorstand kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats für Spitzenbeträge, zur Sicherung der Rechte von Inhabern von Options- oder Wandelschuldverschreibungen und im Falle einer Barkapitalerhöhung um bis zu 10 Prozent ausschließen, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet. Der Vorstand kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats darüber hinaus im Falle einer Sachkapitalerhöhung ausschließen (§ 2 Abs. 3 der Satzung).

- Der Vorstand ist ferner ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 7. Februar 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Namen lautender Stückaktien gegen Bareinlagen einmal oder mehrmals um bis zu insgesamt 5 880 296,96 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006/II). Der Vorstand kann das Bezugsrecht der Aktionäre mit Zustimmung des Aufsichtsrats ausschließen, um die neuen Aktien an Mitarbeiter der Allianz SE und ihrer Konzerngesellschaften auszugeben, ferner für Spitzenbeträge (§ 2 Abs. 4 der Satzung).

- Außerdem besteht eine bedingte Kapitalerhöhung in Höhe von 250 000 000 Euro, die nur durchgeführt wird, soweit Wandlungs- oder Optionsrechte aus Schuldverschreibungen, welche die Allianz SE oder deren Tochterunternehmen aufgrund der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 8. Februar 2006 ausgegeben haben, ausgeübt oder soweit Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden (§ 2 Abs. 6 der Satzung).

- Der Vorstand ist weiter aufgrund des Beschlusses der Hauptversammlung vom 29. April 2009 zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien zu sonstigen Zwecken gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt. Danach kann die Gesellschaft bis zum 28. Oktober 2010 eigene Aktien erwerben, die zusammen mit anderen eigenen Aktien, die sich im Besitz der Allianz SE befinden oder ihr nach den §§ 71 a ff. AktG zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt 10 Prozent des Grundkapitals übersteigen dürfen. Die gemäß dieser Ermächtigung erworbenen Aktien können unter Ausschluss des Bezugsrechts zu allen gesetzlich zulässigen, insbesondere den in der Ermächtigung genannten Zwecken verwendet werden. Gemäß der Ermächtigung der Hauptversammlung vom 29. April 2009 können im Rahmen des Erwerbs eigener Aktien nach § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG auch Derivate verwendet werden, die jedoch 5 Prozent des bei Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals nicht übersteigen dürfen.

- Daneben besteht eine Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien für Zwecke des Wertpapierhandels (§ 71 Abs. 1 Nr. 7 AktG), die bis zum 28. Oktober 2010 gilt. Der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien darf am Ende jeden Tages 5 Prozent des Grundkapitals der Allianz SE nicht überschreiten. Die erworbenen eigenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 Prozent des Grundkapitals übersteigen.

Die dargestellten Ermächtigungen zur Ausgabe von Wandel- und Optionsschuldverschreibungen, zur Ausgabe neuer Aktien aus genehmigtem Kapital sowie zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien versetzen den Vorstand in die Lage, schnell und flexibel einen etwaigen Kapitalbedarf zu decken, je nach Marktlage attraktive Finanzierungsmöglichkeiten zu nutzen und zum Beispiel bei Beteiligungserwerben auch Allianz Aktien als Gegenleistung anzubieten. Außerdem können Aktien an Mitarbeiter der Allianz Gruppe ausgegeben werden. Durch die Ermächtigung zum Erwerb eigener Aktien zu Handelszwecken wird im Mehrheitsbesitz der Allianz SE stehenden Kreditinstituten der Eigenhandel mit Allianz Aktien ermöglicht.

Entschädigungsvereinbarungen und wesentliche Vereinbarungen mit Bedingungen für den Fall eines Kontrollwechsel

Folgende wesentliche Vereinbarungen der Gesellschaft stehen unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots:

Unsere Rückversicherungsverträge enthalten grundsätzlich eine Klausel, die beiden Vertragspartnern ein außerordentliches Kündigungsrecht einräumt für den Fall, dass der andere Vertragspartner fusioniert oder sich seine Eigentums- und Beherrschungsverhältnisse wesentlich verändern. Verträge mit Brokern über die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Einkauf von Rückversicherungen sehen ebenfalls Kündigungsrechte für den Fall eines Kontrollwechsels vor. Derartige Klauseln sind marktüblich.

Bilaterale Kreditverträge sehen zum Teil Kündigungsrechte vor für den Fall des Kontrollwechsels, der zumeist als Erwerb von mindestens 30 Prozent der Stimmrechte im Sinne des § 29 Abs. 2 Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG) definiert ist. Im Falle einer Ausübung der Kündigungsrechte müssten diese Kreditlinien durch neue Kreditlinien zu den dann gültigen Konditionen ersetzt werden.

Die von der Allianz SE ausgegebenen und zum 31. Dezember 2009 gekündigten Genussscheine sahen das Recht der Genussscheininhaber vor, die Genussscheine zu kündigen und die Zahlung eines Ablösebetrags je Genussschein in Höhe von 122,9 Prozent des durchschnittlichen Einheitskurses der Allianz Aktie an der Wertpapierbörse in München während der letzten drei Monate vor der Beendigung des Genussscheinverhältnisses zu verlangen, wenn ein Unternehmen eine Mehrheitsbeteiligung an der Allianz SE erwirbt.

Folgende Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft sind für den Fall eines Übernahmeangebots mit Vorstandsmitgliedern oder Arbeitnehmern getroffen:

In den Dienstverträgen der Vorstandsmitglieder der Allianz SE ist eine sogenannte Change-of-control-Klausel enthalten. Falls innerhalb von zwölf Monaten nach Erwerb von mehr als 50 Prozent des Grundkapitals durch einen Aktionär oder durch mehrere zusammenwirkende Aktionäre (Kontrollwechsel) die Bestellung als Mitglied des Vorstands einseitig durch den Aufsichtsrat widerrufen, das Organverhältnis einvernehmlich beendet oder das Organverhältnis von dem Vorstandsmitglied durch Mandatsniederlegung beendet wird, weil die Verantwortlichkeiten als Vorstand wesentlich verringert werden, ohne dass das Vorstandsmitglied dazu schuldhaft Anlass gegeben hat, erhält das Vorstandsmitglied für die restliche Laufzeit des Dienstvertrags seine vertraglichen Bezüge in Form einer Einmalzahlung ausbezahlt. Die Einmalzahlung ermittelt sich auf der Basis der festen Jahresbezüge zuzüglich 50 Prozent der variablen Zielvergütung. Sofern die restliche Laufzeit des Dienstvertrags nicht mindestens drei Jahre beträgt, erhöht sich die Einmalzahlung grundsätzlich entsprechend einer Laufzeit von drei Jahren. Entsprechendes gilt, wenn ein auslaufendes Vorstandsmandat vor Ablauf von zwei Jahren nach einem Kontrollwechsel nicht verlängert wird, wobei die Einmalzahlung dann für die Zeit zwischen Mandatsende und dem Ablauf von drei Jahren nach Kontrollwechsel gewährt wird.

Weitere Einzelheiten enthält der Vergütungsbericht auf den Seiten 60 bis 73.

Das Group-Equity-Incentive (GEI)-Programm enthält ebenfalls Regelungen für den Fall eines Kontrollwechsels. Im Rahmen dieses Programms werden Stock Appreciation

Rights (SAR), also virtuelle Optionen auf Allianz Aktien, und Restricted Stock Units (RSU), also virtuelle Allianz Aktien, als aktienbasierter Vergütungsbestandteil weltweit an das Top-Management der Allianz Gruppe ausgegeben.

Wenn die Mehrheit des stimmberechtigten Kapitals der Allianz SE durch einen oder mehrere Dritte, die nicht zum Allianz Konzern gehören, unmittelbar oder mittelbar erworben wird, werden nach den Rahmenbedingungen für die SAR-Pläne abweichend von den ordentlichen Ausübungsfristen die SAR am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung einer Sperrfrist ausgeübt. Die RSU werden im Falle eines solchen Mehrheitserwerbs gemäß den Rahmenbedingungen für die RSU-Pläne am Tag des Kontrollwechsels durch die Gesellschaft für die betroffenen Planteilnehmer ohne Berücksichtigung der ansonsten geltenden Sperrfrist ausgeübt. Die Barzahlung je RSU beträgt dann mindestens den in einem vorangehenden Übernahmeangebot gebotenen Preis. Der für den Fall eines Kontrollwechsels vorgesehene Wegfall der Sperrfrist trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Bedingungen für die Aktienkursentwicklung bei einem Kontrollwechsel wesentlich ändern.

Weitere Einzelheiten zum GEI-Programm enthält die Anmerkung 48 des Konzernabschlusses.

Internes Kontrollsystem über die Finanzberichterstattung

Die Allianz SE als kontrollrelevante operative Einheit ist Teil des internen Kontrollsystems der Allianz Gruppe. Daher gelten die nachfolgenden Ausführungen aus dem Konzernbericht grundsätzlich auch für den Abschluss der Allianz SE.

Wir setzen in Übereinstimmung mit einer umsichtigen Risikoorganisation und aufsichtsrechtlichen Vorschriften ein internes System zur Kontrolle der Finanzberichterstattung ein (internes Kontrollsystem). Damit sollen Risiken erkannt und verringert werden, die in den Konzernabschlüssen zu wesentlich falschen Darstellungen führen könnten. Zu diesen Risiken gehören Fehler, die während des Abschlusses oder der Abwicklung von Transaktionen und während der Finanzberichterstattung entstehen, sowie falsche Darstellungen in betrügerischer Absicht. Unser internes Kontrollsystem fußt auf dem Kontroll-Rahmenwerk; das vom „Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission“ (COSO) entwickelt wurde.

Ansatz der internen Kontrolle

Um den Umfang unseres internen Kontrollsystems abzustecken, verwenden wir einen am Risiko ausgerichteten Top-down-Ansatz. Wir führen jährlich eine quantitative und qualitative Analyse der Konzernabschlüsse sowie der veröffentlichten Angaben der Allianz Gruppe durch, um jene Bilanzposten herauszufiltern, die am stärksten dem Betrug- und Fehlerrisiko ausgesetzt sind. Sobald diese Posten festgestellt worden sind, werden über eine weitere Analyse jene operativen Einheiten identifiziert, welche die höchsten Beiträge zu den Konzernbilanzsalden leisten. Diese Einheiten werden dazu angehalten, ein internes Kontrollsystem aufzubauen, aufrechtzuerhalten und zu überprüfen (kontrollrelevante operative Einheiten).

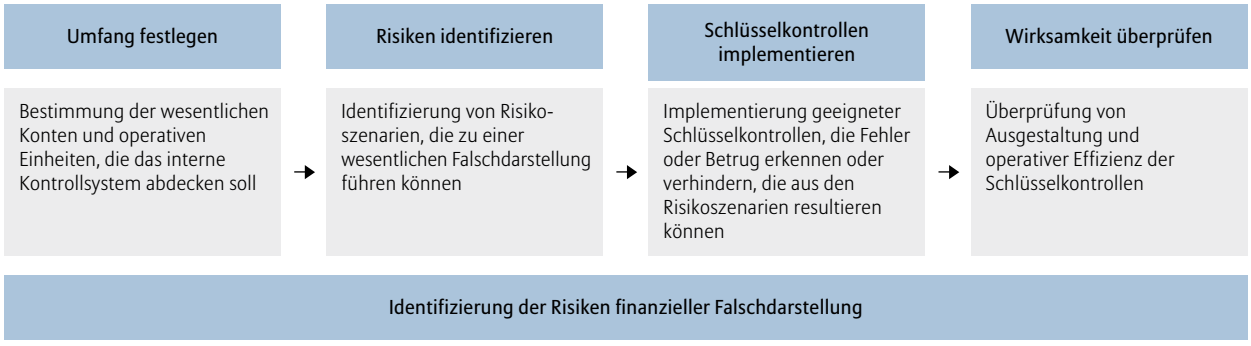
Kontrollrelevante operative Einheiten identifizieren örtlich Prozesse und Risikoszenarien, die laut Vorgabe der Gruppe für Bilanzposten erheblich sind und zu entsprechenden Falschdarstellungen im Finanzausweis führen könnten. Dies geschieht einerseits auf der Grundlage der Eintrittswahrscheinlichkeit der Risikoszenarien, andererseits dahingehend, wie gravierend sich der Fehler auswirken könnte. Im Allgemeinen gelten diejenigen Risikoszenarien als gruppenrelevant, die mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit eintreten und das Konzernergebnis vor Steuern um mehr als 1 Prozent beeinflussen können. Zusätzlich zu diesem quantitativen Schwellenwert sind auch qualitative Überlegungen fester Bestandteil des Risikoidentifikationsprozesses, etwa die Zusammensetzung der Bilanzposten. Für jedes identifizierte bedeutende Risiko werden Kontrollen eingesetzt, welche die Wahrscheinlichkeit und den potenziellen Umfang eines Falschausweises wegen Risikoeintritts mindern (Kontrollen auf Prozessebenen).

Kontrollrelevante operative Einheiten müssen außerdem unternehmensübergreifende Kontrollen einrichten. Das sind Kontrollen, die nicht nur die bestimmte Bilanzposten betreffen, sondern sich auf die gesamte interne Kontrollstruktur einer Einheit erstrecken. Wie im COSO-Rahmenwerk aufgeführt, geht es dabei um die Überprüfung des Kontrollumfelds einer Organisation, der Effektivität des Informations- und Kommunikationsflusses, des Risikobewertungsprozesses und des internen Kontrollsystems selbst.

Prozesse der Finanzberichterstattung sind außerdem stark von IT-Systemen abhängig. Diese Systeme sind integraler Bestandteil beim Abschluss, bei der Speicherung, der Verarbeitung und der Berichterstattung von Finanztransaktionen und stehen damit in einer engen Verbindung zum gesamten Finanzberichterstattungsprozess. IT-Rolle und IT-Kontrolle sind unerlässlich für ein leistungsfähiges internes Kontrollsystem.

Jährlich bewerten wir unser internes Kontrollsystem mittels Effektivitätsprüfungen unserer Prozesse, unserer Einheiten und der IT-Kontrollen.

Group Audit und die örtlichen internen Revisionsabteilungen gewährleisten fortlaufend die Qualität unseres internen Kontrollsystems, indem sie es überwachen und seine Wirksamkeit beurteilen.



Ausweitung auf andere Bereiche

Gegenwärtig installieren wir bewährte interne Kontrollmechanismen, ähnlich denen unseres internen Kontrollsystems im Hinblick auf die Finanzberichterstattung, in einigen ausgewählten weiteren Berichterstattungsprozessen. Bis zum Jahresende 2010 soll beispielsweise die Berechnung des „Market Consistent Embedded Value“ (MCEV) besser überprüft werden. Wir tun das, weil wir davon überzeugt sind, dass solche Vorkehrungen ausschlaggebend für Geschäftserfolg und Vertrauenserwerb sind.

München, den 15. Februar 2010
Allianz SE

Der Vorstand

Diekmann	Dr. Achleitner
Bäte	Booth
Cucchiani	Dr. Faber
Dr. Mascher	Ralph
Dr. Rupprecht	Dr. Zedelius

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember	Anhangsangabe Nr.	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2008 Tsd €
AKTIVA				
A. Immaterielle Vermögensgegenstände	1, 2		542 526	62 499
B. Kapitalanlagen	1, 3 – 5			
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		309 632		317 621
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		69 054 636		69 440 485
III. Sonstige Kapitalanlagen		14 101 060		13 310 089
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft		3 977 059		3 949 457
			87 442 387	87 017 652
C. Forderungen				
I. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		534 023		434 985
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 86 365 (117 042) Tsd €				
Beteiligungsunternehmen [1]: 9 357 (6 633) Tsd €				
II. Sonstige Forderungen	6	2 392 580		4 174 845
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 1 585 716 (3 218 150) Tsd €				
Beteiligungsunternehmen [1]: 10 172 (108) Tsd €				
			2 926 603	4 609 830
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		8 627		10 307
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		184 740		181 757
III. Eigene Anteile		186 894		39 197
rechnerischer Wert: 6 616 (1 397) Tsd €				
IV. Andere Vermögensgegenstände	7	274 866		233 451
			655 127	464 712
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		132 406		123 532
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	8	50 659		36 495
			183 065	160 027
Summe der Aktiva			**91 749 708**	**92 314 720**

[1] Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

	Anhangs-angabe Nr.	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2008 Tsd €
PASSIVA					
A. Eigenkapital	10				
I. Gezeichnetes Kapital			1 161 984		1 159 808
II. Kapitalrücklage			27 472 876		27 409 075
III. Gewinnrücklagen					
1. gesetzliche Rücklage		1 229			1 229
2. Rücklage für eigene Anteile		186 894			39 197
3. andere Gewinnrücklagen		11 625 276			11 687 182
			11 813 399		11 727 608
IV. Bilanzgewinn			1 860 990		1 585 675
				42 309 249	41 882 166
B. Genussrechtskapital	11			121 458	441 455
C. Nachrangige Verbindlichkeiten	12, 15			6 833 549	6 877 466
D. Versicherungstechnische Rückstellungen	13				
I. Beitragsüberträge					
1. Bruttobetrag		625 942			650 555
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		90 306			97 147
			535 636		553 408
II. Deckungsrückstellung					
1. Bruttobetrag		3 473 657			3 507 780
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		316 072			562 828
			3 157 585		2 944 952
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
1. Bruttobetrag		5 856 624			5 895 516
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		1 404 869			1 528 121
			4 451 755		4 367 395
IV. Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung					
1. Bruttobetrag		96 870			90 006
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		25 340			20 138
			71 530		69 868
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen			1 459 521		1 813 642
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen					
1. Bruttobetrag		104 551			103 896
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft		1 259			2 824
			103 292		101 072
				9 779 319	9 850 337

	Anhangs-angabe Nr.	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2008 Tsd €
PASSIVA					
E. Andere Rückstellungen	14			4 623 973	4 551 118
F. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft				459 299	705 683
G. Andere Verbindlichkeiten					
I. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft			521 517		380 638
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 329 891 (315 943) Tsd €					
Beteiligungsunternehmen [1]: 2 213 (1 808) Tsd €					
II. Anleihen	15		6 486 278		5 697 873
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 6 486 278 (5 697 873) Tsd €					
III. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15		3 075 140		273 770
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: — (13 151) Tsd €					
IV. Sonstige Verbindlichkeiten	15		17 531 846		21 651 064
davon aus Steuern: 11 620 (3 869) Tsd €					
davon gegenüber verbundenen Unternehmen: 16 128 847 (17 410 488) Tsd €					
Beteiligungsunternehmen [1]: 1 316 (34 064) Tsd €					
				27 614 781	28 003 345
H. Rechnungsabgrenzungsposten				8 080	3 150
Summe der Passiva				**91 749 708**	**92 314 720**

[1] Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember

	Anhangs-angabe Nr.	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2008 Tsd €
I. Versicherungstechnische Rechnung					
1. Verdiente Beiträge f. e. R.					
a) Gebuchte Bruttobeiträge	17	3 810 701			3 449 077
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge		– 650 097			– 587 831
			3 160 604		2 861 246
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge		21 201			12 859
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen		– 5 019			– 51 114
			16 182		– 38 255
Verdiente Beiträge f. e. R.				3 176 786	2 822 991
2. Technischer Zinsertrag f. e. R.	18			148 472	120 974
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge f. e. R.				581	1 536
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.					
a) Zahlungen für Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag		– 2 493 743			– 2 396 229
bb) Anteil der Rückversicherer		435 566			537 451
			– 2 058 177		– 1 858 778
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle					
aa) Bruttobetrag		67 029			361 332
bb) Anteil der Rückversicherer		– 119 168			– 400 083
			– 52 139		– 38 751
Aufwendungen für Versicherungsfälle f. e. R.				– 2 110 316	– 1 897 529
5. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	19			3 764	– 35 774
6. Aufwendungen für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen f. e. R.				– 18 745	– 10 315
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.	20			– 866 628	– 796 079
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen f. e. R.				– 9 193	– 18 828
9. Zwischensumme				324 721	186 976
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen				354 121	– 255 026
11. Versicherungstechnisches Ergebnis f. e. R.				**678 842**	**– 68 050**
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung					
1. Erträge aus Kapitalanlagen	21	4 101 887			13 914 382
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen	22, 23	– 2 403 643			– 11 784 598
Kapitalanlageergebnis			1 698 244		2 129 784
3. Technischer Zinsertrag			– 165 312		– 134 246
				1 532 932	1 995 538
4. Sonstige Erträge	24		820 792		874 584
5. Sonstige Aufwendungen	25		– 1 370 432		– 1 801 394
Sonstiges nichtversicherungstechnisches Ergebnis				– 549 640	– 926 810
6. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis				**983 292**	**1 068 728**
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				1 662 134	1 000 678
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	26	– 168 728			– 28 884
Konzernumlage		452 920			607 196
			284 192		578 312
9. Sonstige Steuern			– 4 754		2 821
Steuern				279 438	581 133
10. Jahresüberschuss				**1 941 572**	**1 581 811**
11. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr				5 209	3 716
12. Entnahmen aus Gewinnrücklagen					
aus der Rücklage für eigene Anteile				—	6 026
13. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
in die Rücklage für eigene Anteile			– 6 470		—
in andere Gewinnrücklagen			– 79 321		– 5 878
				– 85 791	– 5 878
14. Bilanzgewinn	27			**1 860 990**	**1 585 675**

Anhang

Grundlagen der Darstellung

Die Gesellschaft erstellt den Jahresabschluss und den Lagebericht nach Maßgabe des Handelsgesetzbuches (HGB), des Aktiengesetzes (AktG), des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz, VAG) und der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV).

Der Jahresabschluss wurde, sofern nicht anders angegeben, in Tausend Euro (Tsd €) aufgestellt.

BilMoG

Das Gesetz zur Modernisierung des Bilanzrechts (Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz, BilMoG) ist am 29. Mai 2009 in Kraft getreten. Hierbei handelt es sich um die umfangreichste Reform des HGB seit 1985. Obwohl BilMoG erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 1. Januar 2010 beginnen, anzuwenden ist, sind einige Vorschriften zur Berichterstattung bereits für den Jahresbericht 2009 zu beachten.

Diese beziehen sich in erster Linie auf den Ausweis von Eventualverbindlichkeiten und die Veröffentlichung der Entsprechenserklärung nach § 285 HGB sowie auf die Angaben zum internen Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess sowie zur Unternehmensführung nach §§ 289 und 289 a HGB.

Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um die steuerlich zulässigen Abschreibungen, angesetzt.

Das in der Anhangsangabe Nr. 2 aufgeführte Vertriebsrecht wird linear bis zum Zeitpunkt der ersten Kündigungsmöglichkeit abgeschrieben.

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken

Diese Posten sind mit den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten, vermindert um Abschreibungen, angesetzt. Es wird nach Maßgabe der steuerlich zulässigen Höchstsätze linear oder degressiv abgeschrieben.

Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden auf diese Vermögenswerte außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Sie sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB, bewertet.

Abschreibungen werden als die Differenz zwischen den Anschaffungskosten und dem jeweiligen Wert nach IDW S1 bewertet.

Sofern der Marktwert am Bilanzstichtag über der Bewertung des Vorjahrs liegt, werden Zuschreibungen höchstens bis auf die historischen Anschaffungskosten vorgenommen.

Sonstige Kapitalanlagen

Aktien, Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere, Investmentanteile, andere Kapitalanlagen

Die Bewertung erfolgt grundsätzlich gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag. Aus unterschiedlichen Anschaffungskosten gleicher Wertpapiere ist ein Durchschnittsanschaffungswert gebildet worden. Bei Investmentanteilen, die dazu bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen, erfolgt eine Bewertung nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 2 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem dauerhaft niedrigeren Wert.

Schuldscheinforderungen sowie Darlehen und Einlagen bei Kreditinstituten

Sie werden mit dem Nennbetrag abzüglich geleisteter Tilgungen bewertet.

Sachanlagen, Vorräte und andere Vermögensgegenstände

Diese Posten sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um steuerlich zulässige Abschreibungen, angesetzt. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden nach steuerlichen Vorschriften abgeschrieben. Die unter den anderen Vermögensgegenständen ausgewiesenen Optionen auf Allianz Aktien werden teilweise gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsen- oder Marktwert am Bilanzstichtag bewertet. Teilweise werden diese Optionen in eine kompensatorische Bewertung im Rahmen einer Bewertungseinheit einbezogen, die zwischen diesen Optionen und den Verpflichtungen aus den konzerninternen Absicherungsgeschäften im Zusammenhang mit den aktienbezogenen Incentive-Plänen gebildet wurde.

Eigene Anteile

Die Bewertung erfolgt gemäß § 341 b Abs. 2 HGB in Verbindung mit § 253 Abs. 1 und 3 HGB mit den Anschaffungskosten beziehungsweise dem niedrigeren Börsenkurs am Bilanzstichtag. Aus den unterschiedlichen Anschaffungskosten eigener Anteile ist pro Depot ein Durchschnittsanschaffungswert gebildet worden.

Übrige Aktiva

Im Einzelnen:

- Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft
- Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft
- Sonstige Forderungen
- Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand
- Abgegrenzte Zinsen und Mieten

Diese Posten werden zum Nennbetrag abzüglich geleisteter Tilgungen und eventueller Wertberichtigungen bewertet.

Versicherungstechnische Rückstellungen

Im Einzelnen:

- Beitragsüberträge
- Deckungsrückstellung
- Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle
- Rückstellung für erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung
- Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen
- Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

Die versicherungstechnischen Rückstellungen wurden nach handelsrechtlichen Erfordernissen gebildet. Es wird dabei vor allem berücksichtigt, dass die dauernde Erfüllbarkeit der eingegangenen Verpflichtungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sichergestellt ist. Die Rückstellungen, die auf das Rückversicherungsgeschäft entfallen, werden generell nach den Vorgaben des Zedenten gebildet. Für eingetretene, aber noch nicht beziehungsweise nicht ausreichend gemeldete Schäden werden die Rückstellungen nach versicherungsmathematischen Methoden ermittelt.

Wir berechnen die versicherungstechnischen Rückstellungen im abgegebenen Rückversicherungsgeschäft wie in den Verträgen bestimmt.

Die Schwankungsrückstellung und die Rückstellung für Atomanlagen sowie die Großrisikenrückstellung für die Produkthaftpflichtversicherung von Pharmarisiken und für Terrorrisiken werden gemäß § 341 h HGB in Verbindung mit §§ 29, 30 RechVersV ermittelt.

Andere Rückstellungen

Die Pensionsrückstellungen sind nach versicherungsmathematischen Grundsätzen mit den aktualisierten Richttafeln 2005G von Prof. Dr. K. Heubeck berechnet. Die so ermittelten Verpflichtungen werden in voller Höhe passiviert. Der Umfang der anderen Rückstellungen richtet sich nach dem voraussichtlichen Bedarf; dabei wurden die Rückstellungen für Vorruhestandsleistungen, Mitarbeiterjubiläen und Altersteilzeit nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt.

Übrige Passiva

Im Einzelnen:

- Genussrechtskapital
- Nachrangige Verbindlichkeiten
- Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft
- Andere Verbindlichkeiten

Diese Posten sind zum Rückzahlungsbetrag bewertet. Rentenverpflichtungen sind mit ihrem Barwert angesetzt.

Rechnungsabgrenzungsposten

Agio- und Disagiobeträge wurden als aktive beziehungsweise passive Rechnungsabgrenzungsposten angesetzt und über die Restlaufzeit des jeweiligen Finanzinstruments verteilt.

Währungsumrechnung

Auf fremde Währungen lautende Ausleihungen an verbundene Unternehmen werden zum Devisenkurs am Stichtag in Euro umgerechnet. Dabei wird das strenge Niederstwertprinzip angewandt.

Für die Bewertung der auf fremde Währungen lautenden Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen, Aktien, Investmentanteile und sonstigen variablen und festverzinslichen Wertpapiere wird der Wert in Originalwährung zu den am Stichtag geltenden Wechselkursen in Euro umgerechnet.

Im Falle verbundener Unternehmen und Beteiligungen wird beim Vergleich der Anschaffungskosten in Euro mit dem Zeitwert in Euro wie oben beschrieben das gemilderte Niederstwertprinzip angewandt. Für die sonstigen Kapitalanlagen kommt das strenge Niederstwertprinzip zur Anwendung.

Als Folge dieser Bewertungsmethode werden Währungsgewinne und -verluste nicht separat festgestellt und daher nicht im Währungsumrechnungsergebnis erfasst. Stattdessen wird der Nettoeffekt aus Wechselkursveränderungen und Wertschwankungen in Originalwährung in den Ab-/Zuschreibungen und den realisierten Gewinnen /Verlusten dieser Anlagekategorien erfasst und im Kapitalanlageergebnis ausgewiesen.

Die auf Fremdwährung lautenden begebenen Anleihen und Darlehensverbindlichkeiten sowie versicherungstechnischen Rückstellungen werden zum jeweiligen Stichtagsdevisenkurs in Euro umgerechnet. Nicht realisierte Verluste aus Wechselkursschwankungen werden sofort erfolgswirksam erfasst, nicht realisierte Gewinne jedoch nicht.

Angaben zu den Aktiva

1 Entwicklung der Aktivposten A., B.I. bis B.III. im Geschäftsjahr 2009

		Bilanzwerte 31. Dezember 2008		Zugänge
		Tsd €	%	Tsd €
A.	**Immaterielle Vermögensgegenstände**			
	Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	62 499		510 223
B.I.	**Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken**	317 621	0,4	1 555
B.II.	**Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**			
	1. Anteile an verbundenen Unternehmen	66 722 883	80,3	16 436 117
	2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	2 282 573	2,7	423 285
	3. Beteiligungen	435 029	0,5	1 399 531
	4. Ausleihungen an Beteiligungen	—	—	268
	Summe B.II.	**69 440 485**	**83,5**	**18 259 201**
B.III.	**Sonstige Kapitalanlagen**			
	1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	1 149 125	1,4	302 639
	2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	7 850 545	9,5	7 924 552
	3. Sonstige Ausleihungen			
	a) Namensschuldverschreibungen	—	—	—
	b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	18 449	—	—
	4. Einlagen bei Kreditinstituten	3 973 009	4,8	1 451 069
	5. Andere Kapitalanlagen	318 961	0,4	—
	Summe B.III.	**13 310 089**	**16,1**	**9 678 260**
Summe B.I. – III.		**83 068 195**	**100,0**	**27 939 016**
Gesamt		**83 130 694**		**28 449 239**

	Umbuchungen	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Netto-Zugang (+) Netto-Abgang (–)	Bilanzwerte 31. Dezember 2009	
	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	Tsd €	%
	—	5 092	—	25 104	480 027	542 526	
	—	—	—	9 544	– 7 989	309 632	0,4
	30 956	17 344 596	—	247 710	– 1 125 233	65 597 650	78,6
	– 1 000 000	309 319	4 541	34 855	– 916 348	1 366 225	1,6
	– 30 956	418 279	—	—	950 296	1 385 325	1,7
	1 000 000	250 000	—	44 832	705 436	705 436	0,8
	—	**18 322 194**	**4 541**	**327 397**	**– 385 849**	**69 054 636**	**82,7**
	—	695 812	8 607	17 404	– 401 970	747 155	0,9
	—	7 992 330	24 650	54 597	– 97 725	7 752 820	9,3
	—	—	—	—	—	—	—
	—	—	—	619	– 619	17 830	—
	—	—	—	—	1 451 069	5 424 078	6,5
	—	159 784	—	—	– 159 784	159 177	0,2
	—	**8 847 926**	**33 257**	**72 620**	**790 971**	**14 101 060**	**16,9**
	—	**27 170 120**	**37 798**	**409 561**	**397 133**	**83 465 328**	**100,0**
	—	**27 175 212**	**37 798**	**434 665**	**877 160**	**84 007 854**	

2 Immaterielle Vermögensgegenstände

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände stieg um 0,5 Mrd €. Davon beziehen sich 0,5 Mrd € auf das Vertriebsrecht, das wir als Teil der Gegenleistung für den Verkauf der Dresdner Bank AG an die Commerzbank AG erhielten. Die Commerzbank AG wird ab dem zweiten Halbjahr 2010 exklusiv Versicherungsprodukte der Allianz vermarkten.

3 Zeitwert der Kapitalanlagen

Zum 31. Dezember 2009 belief sich der Zeitwert der Kapitalanlagen auf 98,5 (98,2) Mrd €. Der entsprechende Buchwert dieser Kapitalanlagen lag bei 87,4 (87,0) Mrd €.

Die Werte verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Anlagekategorien:

	Buchwert		Zeitwert		Bewertungsreserve	
	2009 Mrd €	2008 Mrd €	2009 Mrd €	2008 Mrd €	2009 Mrd €	2008 Mrd €
Grundvermögen	0,3	0,3	0,5	0,5	0,2	0,2
Dividendenwerte	67,7	68,3	78,4	79,0	10,7	10,7
Inhaberschuldverschreibungen	7,8	7,9	7,9	8,1	0,1	0,2
Ausleihungen	2,1	2,3	2,1	2,3	—	—
Einlagen bei Kreditinstituten	5,4	4,0	5,4	4,0	—	—
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	4,0	3,9	4,0	3,9	—	—
Sonstige Kapitalanlagen	0,1	0,3	0,2	0,4	0,1	0,1
Gesamt	**87,4**	**87,0**	**98,5**	**98,2**	**11,1**	**11,2**

Bewertungsmethoden zur Festsetzung der Zeitwerte

Grundvermögen

Grundstücke und Gebäude werden nach der DCF-Methode (Discounted Cashflow) bewertet und Neubauten zu den Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten. Der Zeitwert wurde im Geschäftsjahr ermittelt.

Dividendenwerte

Börsennotierte Unternehmen werden grundsätzlich zum Börsenkurs des letzten Handelstages 2009 angesetzt. Nicht börsennotierte Unternehmen werden zu dem nach der DVFA-Methode berechneten Substanzwert beziehungsweise bei Erwerb in der jüngeren Vergangenheit generell zum Transaktionswert angesetzt.

Inhaberschuldverschreibungen

Diese Posten werden zum Börsenkurswert des letzten Handelstages 2009 angesetzt oder, sofern der Börsenkurswert nicht vorhanden ist, zu einem von Maklern oder Kursstellungsdiensten zur Verfügung gestellten Preis.

Ausleihungen, Einlagen bei Kreditinstituten und Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Bei diesen Posten gab es im Geschäftsjahr keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem Buchwert und dem beizulegenden Zeitwert.

4 Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

	2009 Mrd €	2008 Mrd €	Veränderung Mrd €
Anteile an verbundenen Unternehmen	65,6	66,7	– 1,1
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	1,4	2,3	– 0,9
Beteiligungen	1,4	0,4	1,0
Ausleihungen an Beteiligungen	0,7	—	0,7
Gesamt	**69,1**	**69,4**	**– 0,3**

Der Buchwert der Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen ging um 0,3 Mrd € auf 69,1 (69,4) Mrd € zurück.

Der Buchwertrückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen aufgrund des Dresdner-Bank-Verkaufs (– 5,4 Mrd €) und aufgrund von Abschreibungen (– 0,2 Mrd €), die vornehmlich unsere Beteiligung an ROSNO betrafen, wurde kompensiert durch Buchwertzuwächse, die im Wesentlichen aus folgenden Kapitalerhöhungen und Transaktionen resultierten:

- Kapitalerhöhung bei der Vermögensholding AZ Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH im Zusammenhang mit der stillen Beteiligung an der Commerzbank AG (0,8 Mrd €);
- Kapitalerhöhung bei der Allianz Life Insurance Company of North America in Verbindung mit dem Kauf von Collateralized Debt Obligations von der Dresdner Bank AG (1,1 Mrd €);
- Kapitalerhöhung bei der Allianz Global Investors AG im Rahmen der Übernahme der cominvest Group als Teil der Gegenleistung für den Dresdner-Bank-Verkauf (0,6 Mrd €);
- Reorganisation von Holding-Strukturen bezüglich unserer Tochtergesellschaft AGCS AG (1,0 Mrd €) und einer verbundenen Investmentholding (0,7 Mrd €) mit Beteiligungen an ICBC, Unicredit und The Hartford, die zu einem entsprechenden Anstieg der Buchwerte dieser Tochtergesellschaften führte;
- Übernahme von Anteilen an der Commerzbank AG (1,4 Mrd €) als weitere Gegenleistung für den Dresdner-Bank-Verkauf.

Die Anteile an der Commerzbank AG werden in der Position Beteiligungen ausgewiesen. Von den 1,4 Mrd € wurden im Jahr 2009 Aktien mit einem Buchwert von 0,4 Mrd € am Markt veräußert.

Nach dem Dresdner-Bank-Verkauf wurde ein Darlehen in Höhe von 1,0 Mrd € an die Commerzbank AG, das zuvor unter Ausleihungen an verbundene Unternehmen ausgewiesen wurde, in die Position Ausleihungen an Beteiligungen umgegliedert. Von diesen 1,0 Mrd € wurden 0,3 Mrd € im Jahr 2009 zurückgezahlt.

Abgesehen von den oben beschriebenen Buchwertänderungen resultieren weitere Buchwertzugänge und -abgänge von Anteilen an verbundenen Unternehmen vorwiegend aus folgenden Sachverhalten:

- gruppeninterne Restrukturierungen im Zusammenhang mit dem Verkauf der Dresdner Bank AG hatten weitere Zu- und Abgänge von jeweils 5,9 Mrd € zur Folge (Nettoeffekt 0 €);
- der oben aufgeführte Anstieg des Buchwerts um 1,7 Mrd € im Rahmen der Reorganisation von Holding-Strukturen ergibt sich als Nettoveränderung aus Buchwertzugängen von 5,4 Mrd € und Buchwertabgängen von 3,7 Mrd €;
- weitere Neuausrichtungen unseres Portfolios an strategischen Beteiligungen führten zu zusätzlichen Zu- und Abgängen von jeweils 1,5 Mrd € (Nettoeffekt 0 €).

5 Veröffentlichung des Anteilsbesitzes

Die Aufstellung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen wird zusammen mit dem Jahresabschluss im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht und auf der Website der Gesellschaft zugänglich gemacht.

6 Sonstige Forderungen

Der Rückgang der sonstigen Forderungen von insgesamt 1,8 Mrd € ist vor allem auf rückläufige Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

7 Andere Vermögensgegenstände

Dieser Posten umfasst vor allem Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionspläne, Optionen auf Allianz SE Aktien zur Absicherung der konzerninternen Verpflichtungen aus den aktienbezogenen Incentive-Plänen und im Rahmen von Derivategeschäften geleistete Margenzahlungen.

8 Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält das Disagio auf Darlehensaufnahmen von verbundenen Unternehmen, emittierte Anleihen und nachrangige Verbindlichkeiten in Höhe von 51 (36) Mio €.

9 Gestellte Sicherheiten

Aktiva in Höhe von 1,6 (3,0) Mrd € werden als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gestellt. Davon entfallen 1,3 (2,7) Mrd € auf verbundene Unternehmen.

Angaben zu den Passiva

10 Eigenkapital

Zum 31. Dezember 2009 betrug das im Handelsregister eingetragene gezeichnete Kapital 1 161 984 000 €. Das Grundkapital ist eingeteilt in 453 900 000 vinkulierte Namensaktien. Dabei handelt es sich um nennwertlose Stückaktien mit einem rechnerischen Anteil am gezeichneten Kapital von 2,56 € je Stück.

Zum 31. Dezember 2009 hielt die Allianz SE 2 584 367 (545 807) eigene Aktien. Im ersten und zweiten Quartal 2009 wurden 3 190 300 eigene Aktien zur Absicherung von Verpflichtungen aus dem Group-Equity-Incentive-Programm zu einem durchschnittlichen Kurs von 68,31 € gekauft. Dies entspricht 8 167 168,00 € oder 0,7% des gezeichneten Kapitals. Im dritten Quartal 2009 wurden 1 280 000 eigene Aktien zu einem Durchschnittskurs von 80,39 € verkauft. Dies entspricht 3 276 800,00 € oder 0,3% des gezeichneten Kapitals. Der verbleibende Anstieg um 128 260 Aktien wird im Jahr 2010 für den Mitarbeiteraktienkaufplan unserer Tochterunternehmen im NAFTA-Raum verwandt.

Zum 31. Dezember 2009 hielten andere Konzernunternehmen 118 410 (1 013 970) Allianz SE Aktien.

Die eigenen Anteile betragen 6 919 109,12 € oder 0,6% am gezeichneten Kapital.

Entwicklung der Anzahl im Umlauf befindlicher Aktien

	2009	2009	2008
Stand 1. Januar		**453 050 000**	**450 150 000**
Kapitalerhöhung aus der Ausübung Optionsscheine „All-in-One“		—	2 200 000
Kapitalerhöhung für Mitarbeiteraktien		850 000	700 000
Stand 31. Dezember		**453 900 000**	**453 050 000**
Eigene Aktien, die für die Absicherung des GEI-Programms gehalten werden	– 2 334 335		– 424 035
Eigene Aktien, die für vierteljährliche Mitarbeiteraktienpläne gehalten werden	– 250 032		– 121 772
Eigene Aktien der Allianz SE		**– 2 584 367**	**– 545 807**
Eigene Aktien, die von verbundenen Unternehmen gehalten werden		– 118 410	– 1 013 970
Anzahl der im Umlauf befindlichen Aktien zum 31. Dezember		**451 197 223**	**451 490 223**

Zum 31. Dezember 2009 bestand ein Genehmigtes Kapital 2006/I in Höhe von 406 545 646,08 € (158 806 893 Aktien), das bis zum 7. Februar 2011 befristet ist. Die Bezugsrechte der Aktionäre können im Fall von Kapitalerhöhungen gegen Sacheinlagen sowie für Spitzenbeträge ausgeschlossen werden. Im Fall einer Kapitalerhöhung gegen Bareinlagen kann das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabebetrag der neuen Aktien den Börsenpreis nicht wesentlich unterschreitet und die Aktien unter Ausschluss des Bezugsrechts gemäß § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG 10% des Eigenkapitals nicht überschreiten. Des Weiteren können die Bezugsrechte der Aktionäre ausgeschlossen werden, sofern dies erforderlich ist, um Inhabern mit Wandlungs- oder Optionsrecht ausgestatteter Anleihen ein Bezugsrecht zuzuerkennen. Aus einem weiteren genehmigten Kapital (Genehmigtes Kapital 2006/II) können bis zum 7. Februar 2011 Aktien gegen Bareinlagen ausgegeben werden. Das Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden zu dem Zweck, die neuen Aktien an Mitarbeiter der Allianz SE und ihrer Konzerngesellschaften auszugeben. Zum 31. Dezember 2009 belief sich das Genehmigte Kapital 2006/II auf 5 880 296,96 € (2 296 991 Aktien).

Zum 31. Dezember 2009 bestand ein bedingtes Kapital in Höhe von 250 000 000 € (97 656 250 Aktien), genehmigt im Jahr 2006.

Eine Kapitalerhöhung kann nur insoweit erfolgen, als die Inhaber von Wandlungs- oder Optionsrechten aus Schuldverschreibungen, welche die Allianz SE oder ihre Tochtergesellschaften ausgegeben haben, ihre Wandlungs- oder Optionsrechte ausüben oder Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden.

Kapitalrücklage

	Tsd €
Stand 31. Dezember 2008	27 409 075
Einstellungen aus Kapitalerhöhungen 2009	63 801
Stand 31. Dezember 2009	**27 472 876**

Gewinnrücklagen

	31. Dezember 2008 Tsd €	Dotierung Rücklage für eigene Anteile Tsd €	Dotierung andere Gewinnrücklagen Tsd €	31. Dezember 2009 Tsd €
1. Gesetzliche Rücklage	1 229	—	—	1 229
2. Rücklage für eigene Anteile	39 197	147 697	—	186 894
3. Andere Gewinnrücklagen	11 687 182	– 141 227	79 321	11 625 276
Gesamt	**11 727 608**	**6 470**	**79 321**	**11 813 399**

11 Genussrechtskapital

Zum 31. Dezember 2009 wurden die Genussscheine der Allianz SE gemäß § 6 Abs. 4 der Genussscheinbedingungen gekündigt. Die Inhaber erhielten zum 4. Januar 2010 für jeden Genussschein mit einem Nennwert von 5,12 € einen Ablösungsbetrag von 103,32 €. Der gesamte Ablösungsbetrag für die 1 175 554 ausstehenden Genussscheine wird zum 31. Dezember 2009 unter Genussrechtskapital in der Bilanz ausgewiesen.

Außerdem erhalten die Inhaber der Genussscheine gemäß § 2 der Genussscheinbedingungen für das Geschäftsjahr 2009 eine Ausschüttung, die am ersten Geschäftstag nach der Jahreshauptversammlung der Aktionäre der Allianz SE 2010 erfolgt. Die Ausschüttung je Genussschein liegt beim 2,4-fachen der Dividende für jede Aktie der Allianz SE für das Geschäftsjahr 2009 und beträgt mindestens 5% des Nennwerts der Genussscheine von 5,12 €. Sofern in der Hauptversammlung die vorgeschlagene Dividende von 4,10 € je Aktie für das Geschäftsjahr 2009 genehmigt wird, erhalten die Inhaber für jeden Genussschein eine Ausschüttung von 9,84 €. Der entsprechende Ausschüttungsbetrag für die Genussscheine wird in der Bilanz unter andere Verbindlichkeiten ausgewiesen.

12 Nachrangige Verbindlichkeiten

Die nachrangigen Verbindlichkeiten gingen 2009 leicht auf 6,8 (6,9) Mrd € zurück. Davon entfallen 3,9 (3,9) Mrd € auf konzerninterne Verbindlichkeiten, die aus Emissionen nachrangiger Anleihen durch die Allianz Finance II B.V., Amsterdam resultieren. Die Allianz Finance II B.V., Amsterdam ist ein verbundenes Unternehmen, das den Erlös aus diesen Emissionen in der Regel an die Allianz SE in Form konzerninterner Darlehen weiterleitet.

Die darüber hinaus bestehenden externen nachrangigen Verbindlichkeiten in Höhe von 2,9 (3,0) Mrd € resultieren aus der Emission von Anleihen, die von der Allianz SE direkt begeben wurden. Der leichte Rückgang von 0,1 Mrd € ist auf Währungseffekte zurückzuführen.

Die Allianz SE garantiert den Gesamtbetrag der durch die Allianz Finance II B.V., Amsterdam begebenen Anleihen von 5,5 (5,6) Mrd €.

13 Versicherungstechnische Rückstellungen

Deckungsrückstellung

Die Deckungsrückstellung stieg um 213 Mio € in Übereinstimmung mit dem Anstieg der verdienten Nettobeiträge im Lebensversicherungsgeschäft.

Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle f. e. R. erhöhte sich um 84 Mio €.

Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

Im Rahmen eines Systemintegrations-Projekts wurde die Zuordnung des Geschäfts zu Untersparten überprüft. Hieraus resultierte, dass die Zuordnungen in unseren ausländischen Niederlassungen rückwirkend in Übereinstimmung mit den Kriterien der Geschäftszuordnung der Allianz SE harmonisiert wurden. Diese Zuordnung stellt die Basis für die Schwankungsrückstellung dar und führte zu einer einmaligen Auflösung von 206 Mio €. Insgesamt belief sich der Rückgang der Schwankungsrückstellungen und ähnlicher Rückstellungen auf 354 Mio €.

14 Andere Rückstellungen

Die Allianz SE hat die gesamtschuldnerische Haftung für die Pensionsverpflichtungen der deutschen Konzerngesellschaften übernommen und sich verpflichtet, diese zu erfüllen. Daher werden die Pensionsverpflichtungen dieser Konzerngesellschaften im Einzelabschluss der Allianz SE aus gewiesen. Darüber hinaus enthält die Position die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen gegenüber den eigenen Mitarbeitern.

Die anderen Rückstellungen stiegen um 73 Mio €. Zurückzuführen war dieser Anstieg auf eine Nettozuführung für die Pensionsverpflichtungen im Rahmen der regulären Geschäftstätigkeit in Höhe von 79 Mio €, eine Nettozuführung für Steuerrückstellungen zur Zahlung von Körperschaftsteuern von 88 Mio € sowie eine Nettozuführung für finanzielle Garantien in Höhe von 145 Mio €.

Dieser Anstieg wurde vor allem durch einen Rückgang der Nettorückstellung für derivative Finanzinstrumente (211 Mio €) sowie geringere Rückstellungen für noch nicht vorliegende Rechnungen (39 Mio €) ausgeglichen. Die Rückstellungen für noch nicht vorliegende Rechnungen hatten 2008 aufgrund des Dresdner-Bank-Verkaufs ein außergewöhnlich hohes Niveau.

	Rückstellung	Verbrauch (–)	Ertrag aus der Auflösung (–)	Zuführung (+)	Rückstellung
	31. Dezember 2008 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2009 Tsd €	31. Dezember 2009 Tsd €
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	3 572 309	217 090	1 877	297 560	3 650 902
Steuerrückstellungen	249 383	37 904	25 161	150 982	337 300
Sonstige Rückstellungen					
1. Drohende Verluste	408 736	271 700	9 074	288 489	416 451
2. Übrige	320 690	170 970	41 675	111 275	219 320
Summe andere Rückstellungen	**4 551 118**	**697 664**	**77 787**	**848 306**	**4 623 973**

15 Fälligkeiten der Finanzierungsverbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten für nachrangige Verbindlichkeiten, Anleihen und sonstige Verbindlichkeiten sind den beiden nachfolgenden Tabellen zu entnehmen.

Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2009

	Summe Tsd €	Restlaufzeit bis 1 Jahr Tsd €	Restlaufzeit 1–3 Jahre Tsd €	Restlaufzeit 3–5 Jahre Tsd €	Restlaufzeit 5–10 Jahre Tsd €	Restlaufzeit > 10 Jahre Tsd €
Nachrangige Verbindlichkeiten (C.)						
Konzerninterne Weiterreichung von Emissionserlösen aus konzernexternen Finanzierungen	3 855 126	161 664	—	—	—	3 693 462
Nachrangige Anleihe, emittiert von Allianz SE	2 978 423	84 452	—	—	—	2 893 971
Zwischensumme	**6 833 549**	**246 116**	**—**	**—**	**—**	**6 587 433**
Anleihen (konzernintern – G.II.)	**6 486 278**	**1 254 278**	**1 277 000**	**2 316 000**	**1 380 000**	**259 000**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (G.III.)	**3 075 140**	**2 025 140**	**800 000**	**250 000**	**—**	**—**
Sonstige Verbindlichkeiten (G.IV.)						
Konzerninterne Weiterreichung von Emissionserlösen aus konzernexternen Finanzierungen	1 687 145	312 145	—	—	1 375 000	—
Sonstige konzerninterne Verbindlichkeiten [1]	14 441 702	12 871 014	754 982	180 706	635 000	—
Zwischensumme konzerninterne sonstige Verbindlichkeiten	**16 128 847**	**13 183 159**	**754 982**	**180 706**	**2 010 000**	**—**
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	**1 402 999**	**1 402 999**	**—**	**—**	**—**	**—**
Zwischensumme sonstige Verbindlichkeiten	**17 531 846**	**14 586 158**	**754 982**	**180 706**	**2 010 000**	**—**
Gesamt	**33 926 813**	**18 111 692**	**2 831 982**	**2 746 706**	**3 390 000**	**6 846 433**

Restlaufzeiten zum 31. Dezember 2008

	Summe Tsd €	Restlaufzeit bis 1 Jahr Tsd €	Restlaufzeit 1–3 Jahre Tsd €	Restlaufzeit 3–5 Jahre Tsd €	Restlaufzeit 5–10 Jahre Tsd €	Restlaufzeit > 10 Jahre Tsd €
Nachrangige Verbindlichkeiten (C.)						
Konzerninterne Weiterreichung von Emissionserlösen aus konzernexternen Finanzierungen	3 855 537	162 075	—	—	—	3 693 462
Nachrangige Anleihe, emittiert von Allianz SE	3 021 929	84 838	—	—	—	2 937 091
Zwischensumme	**6 877 466**	**246 913**	**—**	**—**	**—**	**6 630 553**
Anleihen (konzernintern – G.II.)	**5 697 873**	**814 873**	**1 078 000**	**1 946 000**	**1 600 000**	**259 000**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (G.III.)	**273 770**	**23 770**	**—**	**250 000**	**—**	**—**
Sonstige Verbindlichkeiten (G.IV.)						
Konzerninterne Weiterreichung von Emissionserlösen aus konzernexternen Finanzierungen	624 371	624 371	—	—	—	—
Sonstige konzerninterne Verbindlichkeiten	16 786 117	13 466 890	1 123 000	1 631 395	564 832	—
Zwischensumme konzerninterne sonstige Verbindlichkeiten	**17 410 488**	**14 091 261**	**1 123 000**	**1 631 395**	**564 832**	**—**
Verbindlichkeiten gegenüber Dritten	**4 240 576**	**4 240 576**	**—**	**—**	**—**	**—**
Zwischensumme sonstige Verbindlichkeiten	**21 651 064**	**18 331 837**	**1 123 000**	**1 631 395**	**564 832**	**—**
Gesamt	**34 500 173**	**19 417 393**	**2 201 000**	**3 827 395**	**2 164 832**	**6 889 553**

Von den gesamten Finanzierungsverbindlichkeiten sind zum 31. Dezember 2009 Verbindlichkeiten in Höhe von 1,1 Mrd € durch die Verpfändung von Vermögensgegenständen besichert.

[1] Zum 31. Dezember 2009 hatten sonstige konzerninterne Verbindlichkeiten in Höhe von 12,9 Mrd € eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Davon entfielen 4,0 Mrd € auf Cashpool-Verbindlichkeiten und 7,8 Mrd € auf konzerninterne Darlehen. Bei Fälligkeit werden konzerninterne Darlehen regelmäßig durch die Allianz SE prolongiert.

16 Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten

Optionen auf Aktien und Aktienindizes

Gattung	Nominal Tsd €	Beizulegender Wert Tsd €	Buchwert Tsd €	Basiswert	Bilanzposition
Gekaufte Kaufoption	150 986	30 070	40 667	Allianz SE Aktie	Aktiva D.IV.
Gekaufte Kaufoption	117 226	35 285	23 355	Bank Pekao Aktie	Aktiva B.III.
Verkaufte Kaufoption	517 020	– 64 999	180 905	Allianz SE Aktie	Passiva G.IV.

Optionen europäischen Typs werden nach dem Black-Scholes-Modell und Optionen amerikanischen Typs nach dem Binomialmodell auf der Basis des Schlusskurses am Bewertungsstichtag bewertet. Die maßgebliche Zinsstruktur wird von den Swap-Sätzen am Bewertungsstichtag abgeleitet. Die künftige Dividendenrendite wird auf der Basis vorliegender Marktinformationen zum Bewertungsstichtag geschätzt. Die Volatilität wird auf der Basis der aktuell gehandelten impliziten Volatilität ermittelt, wobei die Restlaufzeit und das Verhältnis zwischen Ausübungspreis und relevantem Referenzpreis berücksichtigt werden.

Terminkontrakte auf Aktien und Aktienindizes sowie abgesicherte RSU

Gattung	Nominal Tsd €	Beizulegender Wert Tsd €	Buchwert Tsd €	Basiswert	Bilanzposition
Terminkauf	340 067	96 432	—	Allianz SE Aktie	—
Absicherung RSU	249 925	– 249 925	376 688	Allianz SE Aktie	Passiva G.IV.

Der beizulegende Zeitwert eines Terminkontrakts entspricht der Differenz zwischen dem Schlusskurs des Basiswerts am Bewertungsstichtag und dem diskontierten Terminpreis. Der anwendbare Diskontsatz wird von interpolierten Swap-Sätzen abgeleitet. Der Barwert der vor Fälligkeit des Terminkontrakts fälligen Dividendenzahlungen wird ebenfalls berücksichtigt, es sei denn, die Dividenden sind Gegenstand einer Durchleitungsvereinbarung.

Verbindlichkeiten aus abgesicherten RSU, welche die Konzerngesellschaften von der Allianz SE erwerben, um ihre Verbindlichkeiten aus den Group-Equity-Incentive-Plänen abzusichern, werden auf der Basis des Schlusskurses der Allianz Aktie am Bewertungsstichtag abzüglich der Barwertsumme der geschätzten künftigen Dividenden berechnet, die vor Fälligkeit der jeweils abgesicherten RSU fällig werden.

Devisen-Terminkontrakte

Gattung	Nominal Tsd €	Beizulegender Wert Tsd €	Buchwert Tsd €	Basiswert	Bilanzposition
Terminkauf	91 900	– 2 019	—	SGD	—
Terminverkauf	1 805 637	– 33 849	31 386	CNY, GBP, USD, HKD, CHF, CZK, SGD	Passiva E.

Der beizulegende Zeitwert eines Devisen-Terminkontrakts entspricht der Differenz zwischen dem diskontierten Terminkurs und dem Devisenkassakurs in Euro, wobei der Euro-Zinssatz zur Abzinsung und der Fremdwährungs-Zinssatz zur Aufzinsung verwendet werden.

Optionen auf Anleihen

Gattung	Nominal Tsd €	Beizulegender Wert Tsd €	Buchwert Tsd €	Basiswert	Bilanzposition
Verkaufte Verkaufsoption	1 295 624	127 815	159 177	The Hartford Anleihen	Passiva E.
Gekaufte Verkaufsoption	1 295 624	– 127 815	159 177	The Hartford Anleihen	Aktiva B.III.

Diese konzerninternen Optionen werden nach einem Black-Derman-Toy-Modell bewertet, das auf die aktuelle Swap-Kurve und Swaption-Volatilitäten abgestimmt ist. Da eine Bewertungseinheit gebildet wurde, werden sowohl die verkauften als auch die gekauften Verkaufsoptionen zu den Anschaffungskosten angesetzt.

Überblick über Finanzinstrumente

Kategorie	Position der Allianz SE	Nominal Tsd €	Beizulegender Wert Tsd €	Buchwert Tsd €
Währungsbezogene Geschäfte	Fremdwährungskäufer	91 900	– 2 019	—
Währungsbezogene Geschäfte	Fremdwährungsverkäufer	1 805 637	– 33 849	31 386
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	Aktien-/Indexkäufer	608 279	161 788	64 022
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte	Aktien-/Indexverkäufer	517 020	– 64 999	180 905
Absicherung RSU	Aktienverkäufer	249 925	– 249 925	376 688
Auf Anleihen bezogene Geschäfte	Anleihekäufer	1 295 624	– 127 815	159 177
Auf Anleihen bezogene Geschäfte	Anleiheverkäufer	1 295 624	127 815	159 177

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

17 Gebuchte Bruttobeiträge

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Schaden- und Unfallrückversicherung sowie Krankenrückversicherung	3 340 296	3 170 361
Lebensrückversicherung	470 405	278 716
Gesamt	**3 810 701**	**3 449 077**

18 Technischer Zinsertrag f. e. R.

Die Höhe des übertragenen technischen Zinsertrags von der nichtversicherungstechnischen in die versicherungstechnische Rechnung wird gemäß § 38 RechVersV ermittelt. Dieser Betrag stieg um 27 Mio €.

19 Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Netto-Deckungsrückstellung	6 166	– 40 209
Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	– 2 402	4 435
Gesamt	**3 764**	**– 35 774**

Die Veränderung der Netto-Deckungsrückstellung wurde im Wesentlichen durch die Auflösung aufgrund des Portfoliotransfers des Variable Annuity-Geschäfts von 56 Mio € in unsere Konzerngesellschaft Allianz Re Dublin Ltd. beeinflusst.

Die sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen wurden im Wesentlichen von der Entwicklung im Kraftfahrzeugrückversicherungsgeschäft geprägt.

20 Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R.

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Brutto	– 992 525	– 919 354
Anteil der Rückversicherer	125 897	123 275
Netto	**– 866 628**	**– 796 079**

Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb f. e. R. stiegen aufgrund höherer Prämieneinnahmen um 71 Mio €. Bezogen auf die verdienten Beiträge ergibt sich hieraus eine verbesserte Kostenquote.

21 Erträge aus Kapitalanlagen

	2009 Tsd €	2009 Tsd €	2008 Tsd €
a) Erträge aus Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen davon aus verbundenen Unternehmen: 249 080 (1 719 939) Tsd €		250 640	1 724 496
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen davon aus verbundenen Unternehmen: 36 494 (302 324) Tsd €			
ba) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	29 302		27 839
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	546 395		967 252
		575 697	995 091
c) Erträge aus Zuschreibungen		37 798	65 182
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		2 141 873	9 301 172
e) Erträge aus Gewinnabführungsverträgen		1 095 879	1 828 441
Gesamt		**4 101 887**	**13 914 382**

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
ba) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	**29 302**	**27 839**
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
Inhaberschuldverschreibungen	261 915	426 825
Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft	168 554	150 359
Einlagen bei Kreditinstituten	40 253	137 315
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	31 620	132 227
Ausleihungen an Beteiligungen	20 008	—
Darlehen an Dritte	12 741	9 796
Forderungen aus konzerninternem Cashpool	4 874	9 731
Investmentanteile	4 869	90 588
Aktien	763	10 361
Übrige	798	50
Zwischensumme	**546 395**	**967 252**
Gesamt	**575 697**	**995 091**

22 Aufwendungen für Kapitalanlagen

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
a) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		
aa) Zinsaufwendungen	– 1 153 788	– 1 469 427
ab) Sonstige	– 69 300	– 236 007
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	– 409 561	– 1 561 153
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	– 517 521	– 335 392
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme	– 253 473	– 8 182 619
Gesamt	**– 2 403 643**	**– 11 784 598**

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
aa) Zinsaufwendungen		
Verbindlichkeiten aus konzerninternen Anleihen	– 296 703	– 115 803
Verbindlichkeiten aus konzerninternen Ausleihungen	– 217 848	– 526 442
Konzerninterne nachrangige Verbindlichkeiten (konzerninterne Weiterreichung von Emissionserlösen aus konzernexternen Finanzierungen)	– 211 119	– 285 659
Nachrangige Anleihen, emittiert von Allianz SE	– 202 869	– 150 246
Verbindlichkeiten gegenüber Banken	– 110 428	– 36 107
Verbindlichkeiten aus konzerninternem Cashpool	– 66 813	– 206 889
Verbindlichkeiten aus der Emission von Commercial Papers	– 31 349	– 145 195
Übrige	– 16 659	– 3 086
Gesamt	**– 1 153 788**	**– 1 469 427**

23 Abschreibungen auf Kapitalanlagen

Die Abschreibungen auf Kapitalanlagen enthalten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 4 (3) Mio € auf Grundstücke gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB und 248 (1 304) Mio € auf Anteile an verbundenen Unternehmen, wovon 177 Mio € auf ROSNO entfallen.

24 Sonstige Erträge

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Währungskursgewinne	339 480	117 025
Gewinne aus Derivaten	220 251	620 637
Erträge aus der Konzernumlage der Altersvorsorgeaufwendungen	57 675	71 994
Erträge aus konzerninternen Geschäften	33 655	30 469
Übrige	169 731	34 459
Gesamt	**820 792**	**874 584**

25 Sonstige Aufwendungen

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	– 266 442	– 247 154
Aufwendungen für Finanzgarantien	– 257 031	– 127 040
Währungskursverluste	– 146 698	– 252 989
Aufwendungen für Derivate	– 144 029	– 460 399
Altersvorsorgeaufwendungen	– 81 223	– 71 965
Rückstellungen für drohende Verluste aus Derivategeschäften	– 31 386	– 239 448
Übrige	– 443 623	– 402 399
Gesamt	**– 1 370 432**	**– 1 801 394**

Honorar für den Abschlussprüfer

Im Geschäftsjahr 2009 wurde folgender Aufwand erfasst:

	Tsd €
a) Abschlussprüfung	– 3 927
b) Sonstige Bestätigungs- und Bewertungsleistungen	– 1 048
c) Steuerberatungsleistungen	– 96
d) Sonstige Leistungen	– 702
Gesamt	**– 5 773**

26 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Bei der Ermittlung der abzugrenzenden Steuerbeträge hat die Gesellschaft die voraussichtlichen künftigen Steuerbelastungen saldiert.

Als Organträger ist die Allianz SE aufgrund steuerlicher Organschaften Steuerschuldner für die bei den Organgesellschaften anfallenden Steuern. Solange die im körperschaft- und gewerbesteuerlichen Organkreis vorhandenen Verlustvorträge nicht weitgehend verbraucht sind, führen die Steuerumlagen bei der Organträgerin Allianz SE im Ergebnis zu einem Steuerertrag.

27 Bilanzgewinn

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Jahresüberschuss	1 941 572	1 581 811
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	5 209	3 716
Entnahme aus Gewinnrücklagen – aus der Rücklage für eigene Anteile	—	6 026
Einstellungen in Gewinnrücklagen – in die Rücklage für eigene Anteile	– 6 470	—
– in andere Gewinnrücklagen	– 79 321	– 5 878
Bilanzgewinn	**1 860 990**	**1 585 675**

Sonstige Angaben

Haftungsverhältnisse, Rechtsstreitigkeiten und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Garantien gegenüber Konzerngesellschaften

Die nachfolgend beschriebenen Garantien wurden von der Allianz SE zur Besicherung der Verbindlichkeiten von Konzerngesellschaften gegenüber Dritten abgegeben:

- von der Allianz Finance II B.V., Amsterdam begebene Anleihen in Höhe von 10,9 Mrd €, hiervon 5,5 Mrd € in nachrangiger Form;
- von der Allianz Finance Corporation, USA emittierte Commercial Papers; zum Jahresende waren 0,4 Mrd USD unter dem Programm ausstehend;
- Garantien zugunsten verschiedener operativer Allianz Gesellschaften in Höhe von 0,7 Mrd €.

Garantieerklärungen in Höhe von 1,8 Mrd € wurden außerdem abgegeben für von der Allianz RAS Seguros y Reaseguros S.A., Madrid abgeschlossene Pensionsversicherungsverträge.

Die Allianz SE hat im Zusammenhang mit dem Erwerb von nachrangigen Verbindlichkeiten der The Hartford Financial Services Group in Höhe von 1,75 Mrd USD Garantien gegenüber Tochtergesellschaften übernommen.

Unter Berücksichtigung eines Selbstbehalts bestehen bedingte Verpflichtungen in Höhe von bis zu maximal 600 Mio USD gegenüber Fireman's Fund Insurance Company, Novato im Zusammenhang mit bestimmten Versicherungsrückstellungen.

Die Allianz SE stellt eine Garantie in Höhe von maximal 1,0 Mrd € für die Verpflichtungen der Allianz Vie, Paris aus einem fondsgebundenen Pensionsvertrag. Zum 31. Dezember 2009 beliefen sich die besicherten Ansprüche auf 571 Mio €.

Für verschiedene Tochtergesellschaften hat die Allianz SE darüber hinaus Garantien im Gesamtbetrag von 414 Mio € übernommen.

Verpflichtungen der Allianz Nederland Schadeverzekering N.V. in Höhe von maximal 350 Mio € im Zusammenhang mit einem Versicherungsvertrag werden von der Allianz SE garantiert.

Verpflichtungen bestehen zudem mit 140 Mio € in Höhe der Wertguthaben für Altersteilzeitverpflichtungen deutscher Konzerngesellschaften.

Der Allianz Bank Zrt., Ungarn wurde im Zusammenhang mit einem Darlehensgeschäft eine Garantie über 90 Mio CHF gewährt.

Zur Sicherstellung von Zahlungsverpflichtungen der Allianz Argos 14 GmbH unter einem abgeschlossenen Derivatevertrag im Zusammenhang mit der Emission von Cat Bonds mit Blue Fin Ltd hat die Allianz SE eine Garantie zur Verfügung gestellt.

Die Allianz SE garantiert gegenüber Marsh, Inc. die Bonität bestimmter Tochtergesellschaften. Diese Garantien haben eine jährliche Laufzeit und sind betragsmäßig nicht begrenzt.

Zwischen der Allianz Risk Transfer AG, Zürich und der Allianz SE existiert eine Vereinbarung hinsichtlich einer angestrebten Mindestkapitalisierung in Form eines Net Worth Maintenance Agreement.

Finanzielle Verpflichtungen ergeben sich außerdem aus der Zusage von Ausgleichszahlungen an Inhaber von Rechten aus Stock-Option-Programmen der Allianz France S.A.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf von Beteiligungen wurden in Einzelfällen Garantien zur Reduzierung von Kontrahentenrisiken oder für einzelne Grundlagen der Kaufpreisfestlegung abgegeben.

Ferner hat die Allianz SE für die Verbindlichkeiten mehrerer Tochter- und Beteiligungsgesellschaften eine marktübliche beziehungsweise aufsichtsrechtlich geforderte, im Umfang nicht bezifferbare Ausfallhaftung übernommen. Dazu gehört insbesondere eine Freistellungserklärung für die Oldenburgische Landesbank AG und ihre Tochtergesellschaften gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts des Einlagensicherungsfonds.

Garantien gegenüber Dritten

Für eine Kapitalmarktemission der HT1 Funding GmbH wurde eine bedingte Zahlungsvereinbarung abgeschlossen für den Fall, dass die HT1 Funding GmbH den Coupon der Anleihe nicht oder nicht voll bedienen kann.

Am 31. Dezember 2009 bestanden sonstige Verpflichtungen aus Garantien und Bürgschaften in Höhe von 56 Mio €.

Gesetzliche Pflichten

Gesetzliche Pflichten zur Übernahme etwaiger Verluste ergeben sich aufgrund von Beherrschungsverträgen und/oder Gewinnabführungsverträgen mit folgenden Gesellschaften:

- ACM-Compagnie Mercur AG
- Allianz Alternative Assets Holding GmbH
- Allianz Argos 14 GmbH
- Allianz Autowelt GmbH
- Allianz Deutschland AG
- Allianz Finanzbeteiligungs GmbH
- Allianz Global Corporate & Specialty AG
- Allianz Investment Management SE
- Allianz Shared Infrastructure Services SE
- AZ-Arges Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH
- IDS GmbH-Analysis and Reporting Services
- META Finanz-Informationssysteme GmbH

Am 28. Juli 2009 wurde ein Gewinnabführungs- und Beherrschunsgvertrag zwischen Allianz SE und Allianz Common Applications and Services GmbH abgeschlossen, der noch der Zustimmung durch Aufsichtsrat und Hauptversammlung bedarf. Der Gewinnabführungs- und Beherrschungsvertrag wird mit Eintragung ins Handelsregister der Allianz Common Applications and Services GmbH wirksam.

Aus Werbeverträgen resultierten im Jahr 2009 finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 192 Mio €.

Resteinzahlungsverpflichtungen für nicht voll eingezahlte Aktien bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 30 Mio € gegenüber verbundenen Unternehmen.

Der Gesamtbetrag der Sicherheitsleistungen gegenüber Vermietern beträgt 0,2 Mio €.

Rechtsstreitigkeiten

Am 5. November 2001 wurde unter der Bezeichnung Silverstein gegen Swiss Re International Business Insurance Company Ltd. eine Klage gegen mehrere Versicherungs- und Rückversicherungsgesellschaften, einschließlich der heute unter dem Namen Allianz Global Risks US Insurance Co. (AGR US) tätigen Gesellschaft des Allianz Konzerns, beim United States District Court for the Southern District of New York eingereicht. Mit dieser Klage wurde das Ziel verfolgt, den Terroranschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center im Hinblick auf die angeblich geltenden Versicherungsbedingungen verschiedener Versicherungsverträge als zwei verschiedene Ereignisse einstufen zu lassen.

Am 23. Mai 2007 erzielte AGR US im Rahmen der gerichtlich angeordneten Vergleichsverhandlungen hinsichtlich der streitigen Versicherungsansprüche eine Einigung mit Silverstein Properties. SCOR SE (SCOR) teilte am 24. Mai 2007 mit, dass diese Einigung ihrer Auffassung nach nicht den Bedingungen des Rückversicherungszertifikats zwischen SCOR und AGR US entspricht, und legte den Fall, wie im Rückversicherungszertifikat vorgesehen, dem Schiedsgericht vor. Im November 2009 hat das Schiedsgericht entschieden, dass SCOR keine Ansprüche gegen Allianz hat. Somit hatte der Ausgang des Schiedsverfahrens keine negativen finanziellen Auswirkungen auf die Allianz.

Am 24. Mai 2002 hat die Hauptversammlung der Dresdner Bank AG die Übertragung der Aktien ihrer Minderheitsaktionäre auf die Allianz SE als Hauptaktionär gegen Gewährung einer Barabfindung in Höhe von 51,50 € je Aktie beschlossen (sogenannter Squeeze-out). Die Höhe der Barabfindung wurde von der Allianz SE auf der Basis eines Expertengutachtens festgelegt und ihre Angemessenheit von einem gerichtlich bestellten Prüfer bestätigt. Einige der ausgeschiedenen Minderheitsaktionäre haben in einem gerichtlichen Spruchverfahren vor dem Landgericht Frankfurt beantragt, die angemessene Barabfindung zu bestimmen. Wir sind der Ansicht, dass kein Anspruch auf Anhebung der Barabfindung besteht. Sollte das Gericht den Betrag der Barabfindung höher festsetzen, wirkt sich diese Erhöhung auf alle etwa 16 Mio an die Allianz SE übertragenen Aktien aus.

Sonstige Eventualverbindlichkeiten

Gemäß § 5 Abs. 10 des Gesellschaftsvertrags des Einlagensicherungsfonds hat sich die Allianz SE verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Oldenburgischen Landesbank AG (OLB), der Münsterländischen Bank Thie & Co. KG und des Bankhauses W. Fortmann & Söhne KG entstehen.

Mit dem Wirksamwerden der Veräußerung der Dresdner Bank AG am 12. Januar 2009 hat der Allianz Konzern die im Jahr 2001 abgegebene Freistellungserklärung zugunsten des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. im Hinblick auf die Dresdner Bank AG widerrufen. Damit gilt die Freistellung nur noch für Hilfsmaßnahmen, die auf Tatsachen beruhen, welche zum Zeitpunkt des Widerrufs bereits bestanden.

Angaben zu den Organmitgliedern

Alle derzeitigen und im Geschäftsjahr oder später ausgeschiedenen Mitglieder des Vorstands sowie die derzeitigen und im Geschäftsjahr oder später ausgeschiedenen Mitglieder des Aufsichtsrats sind auf Seite 8 und 9 angegeben. Ihre Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien sind auf den Seiten 105 bis 108 angegeben.

Bezüge des Vorstands

Am 31. Dezember 2009 setzte sich der Vorstand aus zehn aktiven Mitgliedern zusammen, für deren Tätigkeit die nachstehend aufgeführten Aufwendungen entstanden.

Die Vergütung des Vorstands umfasst die fixe und die erfolgsbezogene Vergütung.

Die erfolgsbezogene Vergütung besteht aus einem jährlichen Bonus (kurzfristig), einem Drei-Jahre-Bonus (mittelfristig) und einer aktienbezogenen Vergütung (langfristig). Die aktienbezogene Vergütung bestand im Jahr 2009 aus 193 652 (112 102) virtuellen Optionen (Stock Appreciation Rights, SAR) und 95 783 (54 404) virtuellen Aktien (Restricted Stock Units, RSU).

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
Fixe Bezüge	– 6 582	– 6 660
Jährlicher Bonus	– 11 011	– 6 244
Nebenleistungen	– 517	– 599
Fixe Bezüge, jährlicher Bonus und Nebenleistungen gesamt	**– 18 110**	**– 13 503**
Wert der SAR zum Zeitpunkt der Gewährung	– 3 475	– 2 690
Wert der RSU zum Zeitpunkt der Gewährung	– 4 757	– 4 502
Aktienbezogene Vergütung	**– 8 232**	**– 7 192**
Gesamt	**– 26 342**	**– 20 695**

Nach abschließender Leistungsbeurteilung für den Drei-Jahre-Bonus 2007 bis 2009 hat der Aufsichtsrat eine Auszahlung von insgesamt 6 443 Tsd € genehmigt, davon entfällt 1 564 (2 093) Tsd € auf die anteilige Jahrestranche für 2009.

Die Gesamtvergütung des Vorstands für 2009 einschließlich der Auszahlung des Drei-Jahre-Bonus für 2007 bis 2009 beträgt 32 785 (für 2008 ohne den auf Basis einer Zwischenbeurteilung ermittelten Wert der anteiligen Jahrestranche für den Drei-Jahre-Bonus: 20 695) Tsd €.

Aktienbezogene Vergütung

Der Zeitwert der im Geschäftsjahr gewährten SAR betrug zum Zeitpunkt ihrer Gewährung 3 475 (2 690) Tsd €, derjenige der RSU 4 757 (4 502) Tsd €.

Leistungen an ausgeschiedene Vorstandsmitglieder

Für ausgeschiedene Vorstandsmitglieder bzw. ihre Hinterbliebenen wurden im Berichtsjahr 2009 Vergütungen und andere Versorgungsleistungen von 4 (7) Mio € ausbezahlt. Außerdem besteht eine Rückstellung von 40 (38) Mio € für laufende Pensionen und Anwartschaften auf Pensionen.

Aufsichtsratsvergütung

	€	%
Fixe Vergütung	– 702 084	47,1
Erfolgsbezogene Vergütung	– 337 000	22,6
Ausschussvergütung	– 461 002	30,9
Kappung	37 000	– 2,5
Sitzungsgeld	– 28 000	1,9
Gesamt	**– 1 491 086**	**100,0**

Für weitere Informationen siehe die Seiten 60 bis 73.

Durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter im Berichtsjahr

Ohne Vorstandsmitglieder, Auszubildende, Praktikanten und Arbeitnehmer in der passiven Phase der Altersteilzeit, in der Elternzeit oder im Grundwehr-/Zivildienst.

	2009	2008
Innendienst-Vollzeitmitarbeiter	1 088	958
Innendienst-Teilzeitmitarbeiter	146	116
Gesamt	**1 234**	**1 074**

Personalaufwendungen

	2009 Tsd €	2008 Tsd €
1. Löhne und Gehälter	– 183 012	– 139 603
2. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	– 13 528	– 11 698
3. Aufwendungen für Altersversorgung	– 20 896	– 17 456
Gesamt	**– 217 436**	**– 168 757**

Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 WpHG

Die Gesellschaft hat die folgenden Mitteilungen gemäß § 21 Abs. 1 WpHG erhalten:

Gesellschaftsname	Wohnort/ Sitz	+ = Überschreitung – = Unterschreitung	Meldeschwelle %	Datum	Stimmrechtsanteil %	Anzahl der Stimmrechte	Zurechnung gemäß § 22 WpHG
AllianceBernstein L.P.	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
AllianceBernstein Corp.	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
Equitable Holdings, LLC	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
AXA Equitable Life Insurance Company	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
AXA Equitable Financial Services, LLC	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
AXA Financial, Inc.	New York	–	3	16. April 2009	2,97	13 443 186	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
BlackRock, Inc.	New York	+	3	1. Dezember 2009	4,86	22 077 578	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
BlackRock Holdco 2, Inc.	New York	+	3	1. Dezember 2009	4,74	21 536 208	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
BlackRock Financial Management, Inc.	New York	+	3	1. Dezember 2009	4,74	21 536 208	§ 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2
AXA S.A.	Paris	–	3	8. Dezember 2009	2,93	13 288 769	13 269 309 Stimmrechte (2,9234 %) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 in Verbindung mit § 22 Abs. 1 Satz 2 und 19 460 Stimmrechte (0,0043 %) gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1

Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex

Vorstand und Aufsichtsrat der Allianz SE haben am 17. Dezember 2009 die Entsprechenserklärung zum Deutschen Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG abgegeben und auf der Website der Gesellschaft unter www.allianz.com/cg dauerhaft zugänglich gemacht.

München, den 15. Februar 2010
Allianz SE

Der Vorstand

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Einzelabschluss der Allianz SE ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

München, den 15. Februar 2010
Allianz SE

Der Vorstand

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Allianz SE, München für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

München, den 3. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Frank Ellenbürger
Wirtschaftsprüfer

Johannes Pastor
Wirtschaftsprüfer

Mandate der Aufsichtsratsmitglieder

Dr. Henning Schulte-Noelle
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
E.ON AG, ThyssenKrupp AG

Dr. Wulf H. Bernotat
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Bertelsmann AG, METRO AG,
Deutsche Telekom AG (seit 1. Januar 2010)

Konzernmandate
E.ON Energie AG (Vorsitzender),
E.ON Ruhrgas AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
Konzernmandate
E.ON Nordic AB (Vorsitzender bis 4. Januar 2010)
E.ON Sverige AB (Vorsitzender)

Jean-Jacques Cette
Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
Konzernmandate
Allianz France S.A.

Dr. Gerhard Cromme
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Axel Springer AG, Siemens AG (Vorsitzender),
ThyssenKrupp AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
Compagnie de Saint-Gobain S.A.

Claudia Eggert-Lehmann bis 12. Januar 2009
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Dresdner Bank AG (Stv. Vorsitzende)

Karl Grimm seit 28. Januar 2009
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Konzernmandate
Allianz Versorgungskasse VVaG (Stv. Vorsitzender)

Godfrey Robert Hayward

Dr. Franz B. Humer bis 31. Dezember 2009
Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
DIAGEO plc (Vorsitzender)

Konzernmandate
Roche Holding AG (Vorsitzender)

Prof. Dr. Renate Köcher
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
BMW AG, Infineon Technologies AG, MAN SE

Peter Kossubek
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Konzernmandate
Allianz Versorgungskasse VVaG

Igor Landau
Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
adidas AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
HSBC France, Sanofi-Aventis S.A.

Jörg Reinbrecht

Peter Sutherland seit 1. Januar 2010
Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
BW Group Ltd., Eli Lilly Holdings Ltd., Goldman Sachs International (Vorsitzender), Koç Holding A.Ş.

Rolf Zimmermann

Stand: 31. Dezember 2009 oder (bei ausgeschiedenen Mitgliedern) Tag des Ausscheidens

[1] Mandate in anderen Kontrollgremien sehen wir dann als „vergleichbar" an, wenn das Unternehmen börsennotiert ist oder mehr als 500 Mitarbeiter hat.

Mandate der Vorstandsmitglieder

Michael Diekmann

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
BASF SE (Stv. Vorsitzender), Linde AG (Stv. Vorsitzender), Siemens AG

Konzernmandate
Allianz Deutschland AG (Vorsitzender),
Allianz Global Investors AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz France S. A. (Vizepräsident), Allianz S. p. A.

Dr. Paul Achleitner

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Bayer AG, RWE AG

Konzernmandate
Allianz Deutschland AG, Allianz Global Investors AG,
Allianz Investment Management SE (Vorsitzender)

Oliver Bäte

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Konzernmandate
Allianz Global Corporate & Specialty AG (Vizepräsident),
Allianz Global Investors AG,
Allianz Investment Management SE (Vizepräsident)

Clement B. Booth

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Konzernmandate
Allianz Global Corporate & Specialty AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz Australia Limited,
Allianz Insurance Holdings plc (Vorsitzender),
Allianz Irish Life Holdings plc,
Allianz Life Insurance Company of North America (bis 31. Dezember 2009),
Euler Hermes S. A. (Vorsitzender seit 1. Januar 2010),
Fireman's Fund Insurance Company (bis 31. Dezember 2009)

Enrico Cucchiani

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
Pirelli & C. S. p. A., Unicredit S. p. A.

Konzernmandate
Allianz Compañía de Seguros S. A. Barcelona (Stv. Vorsitzender),
Allianz Hayat ve Emeklilik A. Ş. (Stv. Vorsitzender),
Allianz Sigorta P & C A. Ş. (Stv. Vorsitzender),
Allianz S. p. A. (CEO),
Companhia de Seguros Allianz Portugal S. A.

Stand: 31. Dezember 2009 oder (bei ausgeschiedenen Mitgliedern) Tag des Ausscheidens

[1] Mandate in anderen Kontrollgremien sehen wir dann als „vergleichbar" an, wenn das Unternehmen börsennotiert ist oder mehr als 500 Mitarbeiter hat.

Dr. Joachim Faber

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Deutsche Börse AG

Konzernmandate
Allianz Global Investors Deutschland GmbH (Vorsitzender),
Allianz Global Investors Kapitalanlagegesellschaft mbH (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz France S.A.,
Allianz Global Investors Italia SGR S.p.A. (Vorsitzender),
Allianz S.p.A.

Dr. Helmut Perlet bis 31. August 2009

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Commerzbank AG, GEA Group AG

Konzernmandate
Allianz Deutschland AG,
Allianz Global Corporate & Specialty AG (Stv. Vorsitzender) (bis 31. August 2009),
Allianz Global Investors AG (bis 15. September 2009),
Allianz Investment Management SE (Stv. Vorsitzender) (bis 9. September 2009)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz Life Insurance Company of North America,
Allianz S.p.A., Fireman's Fund Insurance Company

Dr. Christof Mascher seit 10. September 2009

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten Konzernmandate
Allianz Shared Infrastructure Services SE (Vorsitzender)

Jay Ralph seit 1. Januar 2010

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten Konzernmandate
Allianz Global Corporate & Specialty AG

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz Life Insurance Company of North America (Vorsitzender),
Fireman's Fund Insurance Company (Vorsitzender)

Dr. Gerhard Rupprecht

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten
Fresenius SE, Heidelberger Druckmaschinen AG

Konzernmandate
Allianz Beratungs- und Vertriebs-AG (Vorsitzender),
Allianz Lebensversicherungs-AG (Vorsitzender),
Allianz Private Krankenversicherungs-AG (Vorsitzender),
Allianz Versicherungs-AG (Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien Konzernmandate
Allianz Elementar Lebensversicherungs-AG (Vorsitzender),
Allianz Elementar Versicherungs-AG (Vorsitzender),
Allianz Investmentbank AG (Stv. Vorsitzender),
Allianz Suisse Lebensversicherungs-Gesellschaft,
Allianz Suisse Versicherungs-Gesellschaft

Jean-Philippe Thierry bis 31. Dezember 2009

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien
Atos Origin (Vorsitzender), Baron Philippe de Rothschild, Eurazeo, Paris Orléans, Pinault Printemps Redoute, Société Financière et Foncière de participation

Konzernmandate bis 31. Dezember 2009
Allianz France S.A. (Vorsitzender),
Allianz France International S.A. (Vorsitzender),
Euler Hermes S.A. (Vorsitzender),
Mondial Assistance AG (Vorsitzender)

Stand: 31. Dezember 2009 oder (bei ausgeschiedenen Mitgliedern) Tag des Ausscheidens

[1] Mandate in anderen Kontrollgremien sehen wir dann als „vergleichbar" an, wenn das Unternehmen börsennotiert ist oder mehr als 500 Mitarbeiter hat.

Dr. Herbert Walter bis 12. Januar 2009

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten

Deutsche Lufthansa AG, Deutsche Börse AG, E.ON Ruhrgas AG

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien

Banco BPI S.A., Banco Popular Español S.A.

Dr. Werner Zedelius

Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden inländischen Aufsichtsräten und SE-Verwaltungsräten

Konzernmandate

Allianz Private Krankenversicherungs-AG (Stv. Vorsitzender)

Mitgliedschaft in vergleichbaren [1] Kontrollgremien

Bajaj Allianz General Insurance Company Limited, Bajaj Allianz Life Insurance Company Limited

Konzernmandate

Allianz Hungária Biztositó Rt. (Vorsitzender), Allianz pojistovna a. s. (Vorsitzender), Allianz Slovenska poistovna a. s. (Vorsitzender), ROSNO (Vorsitzender), T. U. Allianz Polska S.A. (Vorsitzender), T. U. Allianz Życie Polska S.A. (Vorsitzender)

Stand: 31. Dezember 2009 oder (bei ausgeschiedenen Mitgliedern) Tag des Ausscheidens

[1] Mandate in anderen Kontrollgremien sehen wir dann als „vergleichbar" an, wenn das Unternehmen börsennotiert ist oder mehr als 500 Mitarbeiter hat.

Abkürzungsverzeichnis

A. M. Best	A. M. Best Company, Inc.
a.s.	akciova společnost
A.Ş.	Anonim Şirket
AG	Aktiengesellschaft
AGCS	Allianz Global Corporate & Specialty
AGR US	Allianz Global Risks US Insurance Company
AktG	Aktiengesetz
All Net	Allianz International Employee Benefits Network
Allianz SE Re	Allianz SE Reinsurance
ASPP	Allianz Sustained Performance Plan
AZ-RAS	Allianz Riunione Adriatica di Sicurta
B.V.	Besloten Vennootschap met beperkte aansprakelijkheid
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BCM	Business Continuity Management
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
CAT	catastrophe
CEIOPS	Committee of European Insurance and Occupational Pensions Supervisors
CEO	Chief Executive Officer
CFO	Chief Financial Officer
COO	Chief Operating Officer
Corp.	Corporation
COSO	Committee of Sponsoring Organization
CRisP	Credit Risk Reporting Platform
CRO	Chief Risk Officer
DCF	Discounted Cash Flow
DVFA	Deutsche Vereinigung für Finanzanalyse und Asset Management
e.V.	eingetragener Verein
EAD	Exposure At Default
EPS	Earnings per share
ERM	Enterprise Risk Management
EU	Europäische Union
EVA	Economic Value Added
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f. e. R.	für eigene Rechnung
FATF	Financial Action Task Force on Money Laundering
GEA	Global Engineering Alliance
GEI	Group Equity Incentives
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HR	Human Ressources
ICBC	Industrial and Commercial Bank of China Limited
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IFRS	International Financial Reporting Standards
Inc.	Incorporated Company
LGD	Loss Given Default
LLC	Limited Liability Company
Ltd.	Limited
M&A	Mergers & Acquisitions
MaRisk VA	Aufsichtsrechtliche Mindestanforderungen an das Risikomanagement in Versicherungen
MCEV	Market Consistent Embedded Value
Mio	Millionen
Mrd	Milliarden
N.V.	Naamloze Vennootschap
n/a	not applicable
NAFTA	North American Free Trade Agreement
NBM	New Business Margins
Nr.	Nummer
NYSE	New York Stock Exchange
OE	Operative Einheiten
OLB	Oldenburgische Landesbank AG
OTC	over the counter
Pkt	Punkt
plc	public limited company
RechVersV	Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen
Repo-Markt	Repurchase-Markt
ROSNO	Russian People's Insurance Society
RSU	Restricted Stock Units
S.A.	Société Anonyme
S.p.A.	Società per Azioni
SAR	Stock Appreciation Rights
SCOR	SCOR SE
SE	Societas Europaea
stv.	stellvertretend
TOM	Target Operating Model
Tsd	Tausend
US	United States
USD	US-Dollar
VAG	Versicherungsaufsichtsgesetz
VaR	Value at Risk
VorstAG	Gesetz zur Angemessenheit der Vorstandsvergütung
VVaG	Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpÜG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz

Allianz SE
Königinstraße 28
80802 München

Telefon 089 38 00 0
info@allianz.com
www.allianz.com

Fotografie: Andreas Pohlmann

Dieser Geschäftsbericht liegt
auch in englischer Sprache vor.